

Deutschland-Journal

Sonderausgabe
Dokumentation zum Seminar am 21. März 2015

Welches Deutschland,
welches Europa wollen wir?



swg

Staats- und Wirtschaftspolitische Gesellschaft e. V.

Wer wir sind und was wir wollen

Wir werben für ein Deutschland, dessen Bürger wissen und danach handeln, daß Gesellschaft und Staat Ihre Sache sind, und mit Friedrich d.Gr. die „Pflicht jedes guten Staatsbürgers“ sehen, „seinem Vaterland zu dienen“ und „zum Wohle der Gesellschaft beizutragen...“ (Politisches Testament 1768).

Wir wollen einen Staat, in dem gemäß Art. 2 GG jeder Bürger „nach seiner Fassung selig werden“ kann, soweit er nicht die Freiheit anderer verletzt, besonders auch, daß die Meinungsfreiheit gemäß Art. 5 GG frei von amtlicher oder gesellschaftlicher Ächtung gewährleistet ist.

Wir wollen die Rechtsstaatlichkeit, die im Grundgesetz gefordert ist, in den Gesetzen, in der Rechtsprechung, im politischen und gesellschaftlichen Verhalten und Handeln.

Wir wollen eine Politik, welche die Werte unserer abendländischen Tradition hochhält, von Tatsachen und Erfahrungen ausgeht, statt von Ideologien, und sachgerechte Entscheidungen trifft.

Für unser Geschichtsbild streben wir nach Wahrheit (Tatsächlichkeit) und eine gerechte Wertung.

Wir werben dafür, daß wir Deutschen selbstbewußt zu unserer über 1100-jährigen Kultur und ihrem „spezifischen Beitrag zur Weltzivilisation“ (so der Schweizer Dichter Adolf Muschg) stehen und damit zu unseren Tugenden, die ein wichtiger Teil unserer Eigenart sind. Denn nur so können wir den inneren Frieden gegenüber Anfechtungen erhalten und die Einwanderer an uns binden, die wir haben wollen. Nur so können wir auch unsere Interessen in Europa und der Welt wahrnehmen.

Wir sind für eine Europäische Union demokratisch selbstbestimmter Vaterländer. Ihr Wettbewerb um die besten Lösungen gibt Europa die nötige Kraft, um sich in der Welt zu behaupten.

Demgemäß sprechen unsere Vortragenden von politischer Korrektheit ungetrübten Klartext, um anhand der Fakten die Lage und Folgerungen möglichst sachgerecht darzustellen. Das soll die Zuhörer befähigen, sich ein eigenes Urteil über die für uns bedeutsamen Vorgänge zu bilden und sachkundig in ihrem Wirkungskreis zu argumentieren.

Wir können mit unserem Tun nicht die Welt aus den Angeln heben. Doch wir dienen damit einem Bedürfnis sehr vieler Menschen, die bei der Bildung der wirklichen öffentlichen Meinung dazu beitragen wollen, daß in Deutschland das für das Gemeinwohl Beste getan wird, oder als Möglichkeit zumindest ins allgemeine Bewußtsein gelangt.

Die SWG, 1962 in Köln gegründet, gemeinnützig, hat über 4000 Mitglieder und Freunde auch über Deutschland hinaus. In den Regios Schleswig-Holstein (Kiel), Hamburg und Hannover führt sie im Jahr je bis zu acht Vortragsveranstaltungen durch, dazu einen Seminartag im Frühjahr in Hamburg. Mitglieder und Freunde erhalten ein Deutschland-Journal am Jahresende mit Vorträgen und Aufsätzen, gegen Jahresmitte eine Sonderausgabe des Journals als Dokumentation des Seminartages plus dazu passenden Anhängen mit der Bitte um eine Spende. Interessenten erhalten das Heft gegen Einsendung einer Spende von 5 €. Die SWG finanziert ihre ehrenamtliche Tätigkeit allein durch Privatspenden und den Mitgliedsbeitrag (35 €).

Internetportal mit Informationen/Kommentaren, auch den kompletten Deutschland-Journalen, unter: www.swg-hamburg.de.



Deutschland-Journal

Sonderausgabe
Dokumentation zum Seminar am 21. März 2015

Welches Deutschland,
welches Europa wollen wir?

Umschlagbild

Ehre und Last des „ehrlichen Maklers“

Berliner Kongress 1878 von Anton v. Werner

aus: <http://www.österreich-ungarn.de/berlinerkongress.html>

swg

Staats- und Wirtschaftspolitische Gesellschaft e. V.

Kleine swg-Reihe, Heft 89

ISSN 0944-324X

ISBN 3-88527-114-1

Redaktion: Manfred Backerra (MB)

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation
in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten
sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© 2015 by Staats- und Wirtschaftspolitische Gesellschaft e. V.

Geschäftsführender Vorstand: Manfred Backerra, Oberst a.D., Vors. /

Stephan Ehmke, Dipl.-Päd., Oberstlt. d.R., Stv. Vors.

Beirat: Wilhelm v. Gottberg, Pater Lothar Groppe SJ,

Prof. Dr. Klaus Hornung, Hans-Joachim von Leesen, Gerd Schultze-Rhonhof

Buchtstraße 4 - 22087 - Hamburg - Postf. 261827 - 261827 Hamburg

T. 040/414008-28 - F. -48

geschäftsstelle@swg-hamburg.de / vorstand@swg-hamburg.de

www.swg-hamburg.de

Vereinsregister Hamburg – Gemeinnützigkeit anerkannt

Postbank Hamburg IBAN: DE0520010020033961420

Druck: Rautenberg Druck GmbH, 26789 Leer

Welches Deutschland, welches Europa wollen wir?

Inhalt

Vorwort		5
Manfred Backerra	Einführung – Wollen gegen den Strom	7
Hans Heckel	Ein Deutschland des Gemeinwohls durch Sachgerechtigkeit	17
WillyWimmer	Ein Deutschland, das seine Interessen kennt und dafür eintritt	35
	Fragezeit	45
Alexander Gauland	Ein Europa selbstbestimmt vereint wirkender Vaterländer	51
	Fragezeit	63
	Aussprache	73
Programm mit Vorstellung der Referenten / Änderung		81

Anhang

Klaus Hornung	Otto von Bismarck und die deutsche Zukunft	85
Manfred Backerra	Anmerkungen zu „ Otto von Bismarck ...“	97
Günter G. A. Marklein	Bismarcks Sozialversicherung	101
Döring-Ernst v. Gottberg	Kriegsgefangenschaft auf den Rheinwiesen 1945	123
Gigi Romeiser	Offener Brief an Bundespräsident Christian Wulff	139
Buchvorstellung	Reinhard Uhle-Wettler: Vasallen	144



**WO ALLE
EINER MEINUNG SIND,
WIRD MEISTENS
GELOGEN.**

JUNGE FREIHEIT – Die Wochenzeitung für Debatte.

Die **JUNGE FREIHEIT**, eine der letzten
unabhängigen Wochenzeitungen
Deutschlands.

www.jungefreiheit.de

**4 Wochen
gratis lesen**

☎ 030 / 86 49 53 - 25



Lesen, was andere verschweigen.



Nach Ablauf der 4 Wochen endet die Belieferung automatisch. Sie gehen keinerlei Verpflichtungen ein!

Vorwort

Zum 10. Seminartag waren 170 Teilnehmer im großen Mozart-Saal des Logenhauses beisammen, einige von weither angereist.

In der Begrüßung wurde bekannt gegeben: Als Geschäftsführenden Vorstand der SWG wählte die Mitgliederversammlung am 14. Februar als Vorsitzenden und Stellvertreter Manfred Backerra und Stephan Ehmke, Regioleiter Kiel/Schleswig-Holstein.

Das Thema *Ein Deutschland des Gemeinwohls durch Sachgerechtigkeit* übernahm für Manfred Kleine-Hartlage, der aus unabweisbarem Grund abgesagt hatte, Hans Heckel, der durch seinen satirisch-informativen *Wochenrückblick* in der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* bestens darauf vorbereitet war. Dr. Alexander Gauland war gekommen, obschon er eigentlich zum Ausrücken einer Magengrippe ins Bett gehört hätte. Wie der Leser bemerken wird, bevorzugten alle Vortragenden statt eines Rundumschlags zu ihrem Thema Aussagen zu besonderen Schwerpunkten von derzeitigen Mängeln, die aus ihrer Sicht vor allem zu beseitigen wären.

In den Pausen und beim Sekt zum Ausklang konnte man unter Gleichgesinnten in Freiheit auch kontroverse Vorstellungen und Gedanken austauschen und etwas Mut schöpfen, seine Meinung im auch sonst meist mit Tabus verminten Umfeld zur Geltung zu bringen.



Brandenburg-Preußen Museum
Wustrau

Bismarck 200 – von Waterloo bis Friedrichsruh Sonderausstellung bis 22. November 2015

<http://www.brandenburg-preussen-museum.de/sonderausstellungen.html>

Liebe Leser!

Was hätten Sie bei dieser Ausgabe anders gemacht?
Welche Themen hätten Sie sich besonders gewünscht?
Wodurch wäre dieses Journal für Sie attraktiver
geworden?

Bitte schreiben Sie es unverblümt per Brief,
Fax oder E-Post an die unten angegebenen Adressen.

Mit Dank voraus

Vorstand und Redaktion

P.S. Wem könnten wir das Journal auch noch zusenden?

Manfred Backerra
Einführung
Wollen gegen den Strom

Am 1. April vor 200 Jahren wurde Otto von Bismarck geboren. Er und sein Werk wären einen Seminartag wert, wie vorher Friedrich der Große. Doch auch mit unserem heutigen Thema werden wir Bismarcks Andenken ehren. Denn ich bin sicher, daß vieles dessen, was heute als Zielvorstellung vorgetragen wird, ausgesprochen oder unausgesprochen Bismarcks Werk und Wollen als Maßstab nimmt. Bismarck ist sicher einer der Großen der Weltgeschichte, von denen Jacob Burckhardt



in seinen *Weltgeschichtlichen Betrachtungen* sagt: *Große Männer, die als Ideale fortleben, haben einen großen Wert für die Welt und ihre Nationen, denn ... sie halten einen hohen Maßstab der Dinge aufrecht, sie helfen zum Aufraffen aus zeitweiliger Erniedrigung.*¹

Doch bei aller Hochachtung für Bismarck ist festzuhalten, daß wir den Erfolg der Reichsgründung einer glücklichen Konstellation von vier starken Männern verdanken: Bismarck als Regisseur, Moltke, der rasche Siege bescherte, Roon, der als Kriegsminister die Voraussetzungen dafür schuf – sowie dem ihm eigentlich unterstellten Moltke den Vortritt ließ, und darüber Wilhelm I., der die Größe hatte, *unter Bismarck Kaiser zu sein*, wie er einmal sagte, und, wenn er sich persönlich von Bismarcks und Moltkes Vorgehen überzeugt hatte, fest zu ihnen stand.

Hätten diese vier Männer, wie bei starken Charakteren üblich, ihr Ego ausgelebt, starr ihre Vorstellungen verfolgt – sehr unwahrscheinlich, daß die Reichsgründung dann so zügig, wenn überhaupt, geschafft worden wäre. Aber sie stellten sich in den Dienst der Sache. So verzichteten König und Militär auf eine demütigende Siegesparade in Wien, weil sie Bismarcks Ziel der Versöhnung als richtig erkannten; sie hielt vier Jahre später den Rücken gegen Frankreich frei.

¹ Jacob Burckhardt, *Weltgeschichtliche Betrachtungen*, Alfred Körner Verlag, Stuttgart 1969, S. 247

Wir können nur hoffen, daß eine solch glückliche Konstellation souveräner und fähiger Persönlichkeiten nach 150 Jahren wieder eintritt, um für Deutschland und Europa die Zukunft erfreulicher zu gestalten, als sie z.Z. aussieht.

Allerdings wurde Bismarcks Reichsgründung auch getragen von einem Strom: dem Willen der Deutschen wieder in einem Reich vereint zu sein, wenn auch nur klein-, statt großdeutsch. Selbst Bayerns König Ludwig I. widmete die 1842 fertiggestellte Walhalla nicht dem bayrischen, sondern dem deutschen Volke. Bismarcks Glück war auch, daß sich der französische Kaiser törichterweise als ein alle Kräfte vereinigender Feind in einem Verteidigungskrieg anbot. Die 1840 schon in Versen dem Vaterland zugesicherte „Die Wacht am Rhein“ wurde damit in die Tat umgesetzt. Die zu Kriegsbeginn hinzugefügten Strophe endete mit „und tilg die Schmach durch Feindesblut!“; sie drückte die aufgestaute Wut über die vielen französischen Einfälle in das Reich von 1635 bis 1814 aus, nicht zuletzt über die Annexion der freien Reichsstadt Straßburg 1681 und die Okkupation Napoleons; sie gab dem Kampf noch einen besonderen Sinn.

Will man dagegen heute der Politik in Deutschland und Europa mehr Sinn für die Zukunft geben, dann steht dafür nur eine allgemeine Stimmung der Unzufriedenheit, weshalb Politiker fast das niedrigste Ansehen genießen, und Pegida und ähnliche Demonstrationen nicht nur in Deutschland stattfinden. Aber das Ganze ist diffus, hat keine Richtung, weil noch nicht einmal Verursacher erkannt werden, wie die überwältigende Beliebtheit Angela Merkels beweist – und noch weniger die Bedrohungen.

Ich will deshalb zwei äußere und zwei innere Bedrohungen skizzieren. Breszinski schrieb 1997 „The Grand Chessboard: American Primacy and Its Geostrategic Imperatives (Die einzige Weltmacht: Amerikas Strategie der Vorherrschaft“) und 2004 „The Choice: Global Domination or Global Leadership“, die das ausdrückten, was die politische Führung der USA mit ihrem Land und der Welt anstellt.

Sie hätte, um das Wohl der US- Bürger zu sichern, besser: erst einmal angemessen zu schaffen², alles im Land. Dem Dollar, mit Edelmetall

2 „1 von 6 Amerikanern ist mit Hunger konfrontiert, 50.100.000 Amerikaner müssen jeden Tag dafür kämpfen, um Essen auf den Tisch zu bekommen.“ <http://www.schweizmagazin.ch/nachrichten/ausland/22769-Millionen-Amerikanern-droht-der-Hungertod.html> v. 9.4.2015

und Wirtschaftskraft unterfüttert, fielen der Status einer Weltwährung von selbst zu. Damit könnten die USA alle ihre Interessen in der Welt durchsetzen, vom Erwerb von Rohstoffen bis zum bestimmenden Einfluß. Ihr genügen ein atomares Abschreckungspotential und einige konventionelle Streitkräfte, um einer Invasion keine Chance zu geben und Störungen von Seewegen zu beseitigen. Stattdessen halten sie sich riesige Streitkräfte, führen ständig Kriege oder initiieren und unterstützen Aufstände.³ Das hat ihnen exorbitante Staatsschulden eingebracht, die nur tragbar sind, weil sie sich in der Welt nahezu beliebig verschulden können, da alle wesentlichen Handelsgeschäfte in Dollar fakturiert werden. Wer aus diesem System ausbrechen will, muß daher ausgeschaltet werden. Mit dem Irak z.B. gelang dies zu horrenden Kosten; doch gegen Russland, China, Iran würde es konventionell mißlingen. Somit verausgaben sich die USA für eine Militärmacht, die gegen Schwache überdimensioniert, gegen Starke aber zu schwach ist, und für Kriege und militante Aktionen, die sie als solide Wirtschafts- und Finanzmacht nicht nötig hätten.

3 Beispiel: Aussagen des ehemaligen Nato-Oberbefehlshaber Europa

https://www.youtube.com/watch?v=9RC1Mepk_Sw

General Wesley Clark: Wars Were Planned - Seven Countries In Five Years

General Wesley Clark:

About ten days after 9/11, I went through the Pentagon and I saw Secretary Rumsfeld and Deputy Secretary Wolfowitz. I went downstairs just to say hello to some of the people on the Joint Staff who used to work for me, and one of the generals called me in. He said, "Sir, you've got to come in and talk to me a second." I said, "Well, you're too busy." He said, "No, no." He says, "We've made the decision we're going to war with Iraq." This was on or about the 20th of September. I said, "We're going to war with Iraq? Why?" He said, "I don't know." He said, "I guess they don't know what else to do." So I said, "Well, did they find some information connecting Saddam to al-Qaeda?" He said, "No, no." He says, "There's nothing new that way. They just made the decision to go to war with Iraq." He said, "I guess it's like we don't know what to do about terrorists, but we've got a good military and we can take down governments." And he said, "I guess if the only tool you have is a hammer, every problem has to look like a nail."

So I came back to see him a few weeks later, and by that time we were bombing in Afghanistan. I said, "Are we still going to war with Iraq?" And he said, "Oh, it's worse than that." He reached over on his desk. He picked up a piece of paper. And he said, "I just got this down from upstairs" -- meaning the Secretary of Defense's office -- "today." And he said, "This is a memo that describes how we're going to take out seven countries in five years, starting with Iraq, and then Syria, Lebanon, Libya, Somalia, Sudan and, finishing off, Iran." I said, "Is it classified?" He said, "Yes, sir." I said, "Well, don't show it to me." And I saw him a year or so ago, and I said, "You remember that?" He said, "Sir, I didn't show you that memo! I didn't show it to you!"

Man könnte nun ob dieses Irrsinns den Kopf schütteln und den legendären römischen Senator auf dem Sterbebett zitieren: „Mein Sohn, wenn Du wüßtest von wieviel Dummheit die Welt regiert wird.“ Oder an das Erfolgsbuch von Barbara Tuchmann denken, das 1984 beispielhaft „Die Torheit der Regierenden. Von Troja bis Vietnam“ beschrieb. Doch wir können leider nicht amüsiert in der Loge sitzen, denn von der Weltbühne wird scharf auf uns geschossen. Die Flüchtlingsströme aus den chaotisierten Ländern sind nicht alles. Anfang Februar 2015 bestätigte der Gründer und Vorsitzende des gewichtigen US Think Tank „Stratfor“ (Strategic Forecast Inc.), George Friedmann, vor dem bedeutenden Chicago Council on Global Affairs⁴ die Notwendigkeit der bisherigen US-Machtpolitik. Da er nur das sagen kann, was in der der US Strategic Community ankommt, sind seine Aussagen authentisch: Als Imperium müssen die USA eine Strategie des „divide et impera“, des „teile und herrsche“ verfolgen. Staaten gegeneinander zu hetzen, wie seinerzeit Irak und Iran, „ist zynisch ... unmoralisch – aber es wirkt.“ „Die USA haben keine Beziehungen mehr zu Europa“, sondern nur zu einzelnen europäischen Ländern. Die USA müssen als größte Seemacht auch Eurasien dominieren. Deshalb muß die Ukraine zu ihnen gehören, auch wenn für Rußland die Neutralität der Ukraine lebenswichtig ist. Die USA schaffen einen „Cordon Sanitaire“ vom Baltikum bis zum Schwarzen Meer. Das Hauptziel ist die Blockade der Verbindung von Deutschlands Kapital und Technologie mit Rußlands Arbeitskraft und Ressourcen; denn diese Kombination wäre als einzige in Eurasien für die USA eine Gefahr. „Die deutsche Frage ist wieder da.“⁵

4 <http://www.nachdenkseiten.de/?p=25398>

Zur Bedeutung des Council: https://www.youtube.com/watch?v=r0ZxbT_qa38

5 Was von den USA als Gefahr gesehen wird, sagte Präsident Putin am 25.09.2001 vor dem Bundestag: „Niemand bezweifelt den großen Wert der Beziehungen Europas zu den Vereinigten Staaten. Aber ich bin der Meinung, dass Europa seinen Ruf als mächtiger und selbstständiger Mittelpunkt der Weltpolitik langfristig nur festigen wird, wenn es seine eigenen Möglichkeiten mit den russischen menschlichen, territorialen und Naturressourcen sowie mit den Wirtschafts-, Kultur- und Verteidigungspotenzialen Russlands vereinigt.“ ... „Wie ein guter westlicher Nachbar verkörperte Deutschland für Russen oft Europa, die europäische Kultur, das technische Denkvermögen und kaufmännisches Geschick. Nicht zufällig wurden früher alle Europäer in Russland Deutsche genannt, die europäische Siedlung in Moskau zum Beispiel „deutscher Vorort“ ... „Heutzutage ist Deutschland der wichtigste Wirtschaftspartner Russlands, unser bedeutsamster Gläubiger, einer der Hauptinvestoren und maßgeblicher außenpolitischer Gesprächspartner.“ ...“Wir schlagen heute eine neue Seite in der Geschichte unserer bilateralen Beziehungen auf und wir leisten damit unseren gemeinsamen Beitrag zum Aufbau des europäischen Hauses.“

Bisher noch weniger erkannt ist eine komplementäre zivile Bedrohung aller Länder der EU durch die geheim verhandelten transatlantischen sogenannten Freihandelsabkommen⁶ zwischen der EU und den USA/Kanada: CETA, TTIP und TISA. CETA, das „Comprehensive Economic and Trade Agreement“ oder „Canada-EU Trade Agreement“, das auch US-Firmen in Kanada nutzt, liegt mit 1634 Seiten in Englisch vor und muß noch von Kanada und den EU-Staaten ratifiziert werden. TTIP steht unschuldig für Transatlantik Trade and Investment Partnership und wird noch verhandelt. Ebenso TISA, das Trade in Services Agreement über Dienstleistungen. Wie man aus CETA und von Insidern weiß, ist allen Abkommen gemeinsam, daß danach nicht etwa ausländische Unternehmen nur denselben Gesetzen und Regelungen wie nationale unterliegen, was normal wäre, sondern über den sogenannten Investitionsschutz erzwingen können, daß nationale Bestimmungen, die den Profit schmälern oder zukünftig schmälern könnten, abgeschafft oder gar nicht erlassen werden.⁷ Außerdem müssen auch öffentliche Dienstleistungen „liberalisiert“, sprich: privatisiert werden.⁸ All das gilt auch gegen den Willen von Parlamenten und sogar Bürgerentscheiden, wie bereits gemäß NAFTA, dem North American Free Trade Agreement von Kanada bis Mexiko, vorexerziert. Die Abkommen sind praktisch unkündbar. Bei CETA gilt nach einer Kündigung mit 6-Monatsfrist der „Investitionsschutz“ noch weitere 20 Jahre. Streitfälle werden ohne weitere Instanz von privaten Schiedsgerichten entschieden, in denen erfahrungsgemäß meist die Geldmacht großer Multis den Ausschlag gibt. Dies zwingt Staaten zu vorauseilendem Gehorsam. Allen Staaten der EU droht durch diese Abkommen die fast völlige Unterwerfung unter den Willen der US-amerikanischen Finanz- und Wirtschaftsmacht und damit die Auslöschung wesentlicher Teile ihrer Kultur.

6 <http://quer-denken.tv/index.php/mfv-tv/1257-freihandelsabkommen-das-ende-von-freiheit-souveraenitaet#>

7 „Da geht es ganz einfach um einen Wachstumsmarkt, den die großen amerikanischen Kanzleien in den letzten Jahren entdeckt haben. Und zwar weltweit. Sie machen Geld damit, dass sie Staaten verklagen.“ Mario Ohoven, Präsident des Bundesverbandes mittelständische Wirtschaft in :Die Zeit v. 30.3.2015 zu TTIP und den Schiedsgerichtsverfahren. Quelle: Preußische Allgemeine Zeitung v. 4.4.2015

8 TISA – die neue Zeitbombe, in: Junge Freiheit v. 06.03.2015, S. 12. Die „Negativliste“ der Dienstleistungen, die ausgenommen werden sollen, kann gar nicht die in Zukunft entstehenden Dienstleistungen erfassen; einem Gesetzgeber ist damit das Recht genommen, diese von der Privatisierung auszunehmen.

Die Kultur Europas wird zusätzlich von innen durch die Europäische Union bedroht: Ihre Struktur und Verfahrensweise korrumpieren das Bewußtsein für demokratische Rechtsstaatlichkeit. Zweitens agiert sie nach innen, wo sie nur die nötigsten gemeinsamen Regelungen schaffen dürfte, als despotischer Gleichschalter auf niederem Niveau; das tötet den stimulierenden Wettbewerb um die beste Lösung. Drittens hat sie erreicht, daß sich die Parlamente fast nur noch zustimmend wie kommunistische Volkskammern verhalten. Die Vertrag und Gesetze verletzende, schon fünf Jahre dauernde Insolvenzverschleppung der „Euro-Rettung“ hat den Parlamenten sogar noch den Kern demokratischer Selbstbestimmung genommen, die Hoheit über das eigene Budget. Viertens gewöhnt diese Euro-Politik an Scheinfassaden des „real existierenden Sozialismus“: Die Verfeindungen wegen des Euro sind offensichtlich; doch man will glauben machen, die Länder seien dadurch zu vereinen, daß man gegen eine Grundregel gutes Geld schlechtem hinterher wirft. Fünftens untergräbt das Führungskonglomerat der EU die Stellung Europas in der Welt und verrät seine Interessen. Denn obschon seit mindestens 25 Jahren der Machtgoismus der USA, die herbeigelogenen Kriegs- und Umsturzgründe, die Mißachtung des Völkerrechts und der „westlichen Werte“ offenkundig sind, ist sich das Konglomerat nicht zu schade, den USA als Ordnungsmacht zu huldigen und ihnen auch zum Schaden ihrer Länder zu folgen – sowohl bei militanten Aktionen als auch bei den kastrierenden Freihandelsabkommen. So wird Rußland, dessen Ressourcen für die EU zum Teil lebenswichtig sind, von der EU auf Drängen der USA mit allen Mitteln geschwächt; verliert aber Rußland aus Schwäche Teile Sibiriens und den Fernen Osten an das Ressourcen verschlingende China, sind diese auch für die EU verloren.

Die zweite innere Bedrohung schließlich erwächst aus den politischen und gesellschaftlichen Tendenzen der Selbstzerstörung in den EU-Staaten, hier stellvertretend der Fall Deutschland. Der Eigennutz der Westalliierten erlaubte den Westdeutschen einen halbsouveränen Staat. Das Grundgesetz schufen Patrioten aller Couleur. Diese hätten es (abgesehen von den alliierten Sonderrechten) auch ohne alliierte Kontrolle kaum nationalbewußter und stärker an unsere Werte gebunden fassen können – heute wäre dies nicht mehr möglich. Alle Errungenschaften früherer deutscher Staatsordnungen wurden übernommen. Es gab insofern keine Sunde Null! Der bald bewunderte demokratische Rechts-

staat – der es auch in der Praxis und im allgemeinen Bewusstsein war – prosperierte und schuf Zuversicht, siehe z.B. den Baby-Boom Mitte der fünfziger bis Mitte der sechziger Jahre. Nach der Vereinigung war Abtreibung ein Hauptthema der Politik.

Heute wird politisch-medial ein geschichtsignorant-selbstverachtender, vor Integration abschreckender und zur Erpressung einladender Kult der Schuld gepflegt; er war bis in die 70er Jahre der Erlebnisgeneration trotz des Alleinschuld-Dogmas fremd. Sogar Michael Wolffson sagt, alle Regierungen seit 1990 seien „sträflich unvorbereitet“ in Restitutions- oder Entschädigungskontroversen gegangen.⁹ So bat Otto Graf Lambsdorff in Kopenhagen die „dänischen Zwangsarbeiter“, deutsche Entschädigungen anzunehmen. Ein dänischer Widerstandskämpfer belehrte ihn, daß es gar keine dänischen Zwangsarbeiter gab; arbeitslose Dänen hatten mit normalen Verträgen in Deutschland gearbeitet.¹⁰ Wo früher recht frei diskutiert wurde, vermint heute Politische Korrektheit die Wege zu sachgerechten Lösungen. Probleme, die nicht ins politisch korrekte Wunschbild passen, werden beschönigt oder abgestritten.

So wird von den traditionell fremdenfreundlichen Deutschen unverschämterweise noch mehr „Willkommenskultur“ verlangt. Aber gegen ungebetene Einwanderer, die ihre Gastpflichten verletzen, wird das Hausrecht kaum durchgesetzt. Wer zu uns paßt und wer nicht, wird gar nicht gefragt.¹¹

Etablierte Parteien und Medien wirken als Indoktrinationskartell der Alternativlosigkeit. Zu den wichtigen Ausnahmen gehört z.Z. das Bemühen, den Ukraine Konflikt zu lösen. Aber Weigerungen, den USA zu folgen, z.B. gegen den Irak, Libyen, Rußland, rügen die Haupt-Medien so, als seien sie US-bestimmt.

9 DIE WELT v. 13.03.2015, S. 2

10 Hans-Joachim von Leesen „Die tiefen Spuren der Schlacht um die Düppeler Schanzen“ in: Deutschland-Journal 2014, S.53. Gf. L., ehem. Wirtschaftsminister, hatte als Beauftragter der Bundesregierung für die Abwicklung der Zwangsarbeiter-Entschädigung 2001 einen Vortrag gehalten.

11 Das Bundesverfassungsgericht hat mit dem Urteil v. 27.01.15 gem. Pressemitteilung 14/2015 v. 13.03.2015 sogar ausgeführt: „§ 57 Abs. 4 Satz 3 des Schulgesetzes (v. NRW), der als Privilegierung zugunsten christlich-abendländischer Bildungs- und Kulturwerte oder Traditionen konzipiert ist, verstößt gegen das Verbot der Benachteiligung aus religiösen Gründen (Art. 3 Abs. 3 Satz 1 und Art. 33 Abs. 3 GG) und ist daher nichtig.“

Die sogenannte Euro-Rettung wird durchgezogen um jeden Preis: Enteignung der Bürger, Veruntreuung des Volksvermögens, Verlust des guten Rufs. Dabei sind die deutschen Bedingungen Augenwischerei, denn sie könnten selbst bei bestem Willen nicht erfüllt werden. Politik des Betrugs ist u.a. auch die Besteuerung von Brennelementen oder Transaktionen, welche angeblich Industrie und Banken an Kosten beteiligen soll, obschon diese sie naturgemäß auf die Kunden abwälzen müssen.

Schaffte der Finanzminister bis 1957 trotz immenser Entschädigungszahlungen und Aufbauhilfen Rücklagen von vielen Milliarden D-Mark, so stehen wir jetzt vor einem Schuldenberg. Trotz sprudelnder Steuereinnahmen wird so wenig investiert, daß die Infrastruktur erschreckend marode ist. Staat und Kommunen arbeiten höchst ineffizient, weil sie immer mehr wünschbare Wohltaten finanzieren und das Notwendige hintanstellen.

Die vornehmsten öffentlichen Aufgaben, innere und äußere Sicherheit, werden vernachlässigt. Ob Recht durchgesetzt wird, hängt häufig von linksorientierter amtlicher Willkür ab: So werden z.B. nicht-linker Demonstrationen zu wenig geschützt oder benachteiligt, gewalttätige Linksgruppen haben dagegen weitgehend freie Bahn. Verteidiger von Recht und Freiheit, deutscher Lebensart und der Ehre der Vorfahren werden verteufelt, erbitterte Gegner erhalten Steuergeld und Preise.

Die lange nach dem Krieg noch hervorragenden Schulen und Hochschulen haben wegen einer Ideologie, die Masse vor Klasse setzt, so an Qualität verloren, daß wer es sich leisten kann, bessere private Lehrinstitute besucht – ein Weg zurück zur Klassengesellschaft, die wir längst hinter uns gelassen hatten.

Die Politik befaßt sich mit aufgebauschten Marginalien, wie Quoten in Aufsichtsräten (die wohl besonders auch Politikerinnen zugute kommen). Sie befolgt beflissenen EU-Vorgaben einschließlich der Gender-Ideologie und mischt sich despotisch in die persönliche und Familien-Sphäre ein. Aber sie läßt die Gesellschaft auseinander driften: Unanständig hohen Millionenzahlungen an angestellte Manager steht jetzt ein unanständig geringer Mindestlohn von € 8,50 für rund 20 Prozent Geringverdiener¹² gegenüber. Die sonst so übergriffigen und im Erfinden von Steuern einfallreichen Politiker gehen die wichtige

12 DIE WELT v. 17.03.2015, S. 2: Nils Röper, Träge geworden

Aufgabe gar nicht an, trotz globaler Zwänge ein Klima für anständige Entlohnung zu schaffen.

Die Politik sieht die Bürger fast als Beiträger zum Sozialprodukt, als Steuerzahler und Konsumenten, nicht als Mitglieder einer auch sinngebenden Schicksalsgemeinschaft. Daraus folgt nach der Erkenntnis des neuen Präsidenten des Militärischen Abschirmdienstes (MAD): „Die Zahl der Heimat- und Orientierungslosen nimmt signifikant zu. Das gilt für politische Grundüberzeugungen, aber auch für weltanschauliche und religiöse Bindungen. Für viele stellt sich ... die Frage: Wie kann ich meinem Leben einen tieferen Sinn mit festen Haltepunkten geben? Manche junge Islamisten füllen dieses Vakuum offenbar mit dem Wunsch, ein Held im Dschihad zu sein.“¹³

Wer heute ein besseres Deutschland und Europa will, den trägt kein Strom. Doch die Geschichte zeigt, daß solch ein Strom, wie ein Fluß, aus kleinen Wasserläufen entsteht. Ich hoffe, daß wir, wenn wir uns Zielvorstellungen machen und sie weitergeben, als kleiner Wasserlauf zum Entstehen eines Stroms des Aufbruchs beitragen.

Ein Flußbett hätte er. Denn trotz der zu oft schlechten Beispiele sogenannter Funktionseliten und öffentlicher Institutionen tut die weit überwiegende Mehrheit in Deutschland, Deutsche, Neudeutsche und hier arbeitende Gäste, in Privat- und Berufsleben ihre Pflicht, wahrt Anstand und handelt im Wesentlichen nach den Sitten und Gebräuchen, die Deutschland einmal groß gemacht haben. Der wirtschaftliche Erfolg Deutschlands, wäre ohne das nicht denkbar.

Diese große, meist schweigende Mehrheit in Deutschland und sicher auch in anderen Ländern der Europäischen Union ist den Einsatz für ein besseres Deutschland und Europa wert.

13 Dr. Christof Gramm in: DIE WELT v. 09.03.2015, S. 4

Friedrich Schiller, Don Carlos, III, 10,

Marquis von Posa zu Philipp II., König von Spanien (1527-1598):

*Geh'n Sie Europas Königen voran!
Ein Federzug von dieser Hand, und neu
erschaffen wird die Erde. Geben Sie
Gedankenfreiheit!*

*– stellen Sie der Menschheit
verlor'nen Adel wieder her! Der Bürger
sei wiederum, was er zuvor gewesen,
der Krone zweck; – ihn binde keine Pflicht,
als seiner Brüder gleich ehrwürd'ge Rechte.*

Der Federzug ist längst getan.
Des Bürgers Adel zeigt sich dann,
wenn er mit Mut für Freiheit ficht,
weil ihm sein Recht ist stets auch Pflicht.
MB

Hans Heckel

Ein Deutschland des Gemeinwohls durch Sachgerechtigkeit

Dass die Begriffe Gemeinwohl und Sachgerechtigkeit im Titel dieses Referats Seite an Seite auftreten, kommt nicht von ungefähr. Die beiden bedingen einander nicht nur, sie hängen zwingend zusammen. Das Streben nach Sachgerechtigkeit ergibt sich zwingend aus dem Wunsch, dem Gemeinwohl zu dienen. Anders gesagt:

Wer sich ehrlich dem Gemeinwohl verschrieben hat, der stellt nicht nur die eigenen Interessen oder die einer Untergruppe des Gemeinwesens, dem er dienen will, hinter die Belange des Ganzen. Er wird ganz von selbst auch danach trachten, mit dem geringstmöglichen Ressourcenaufwand zur optimalen Lösung des Problems zu gelangen. Unsachgerechtigkeit kann in diesem Falle nur noch aus mangelnder Kompetenz erwachsen. Ein bewusst unsachgerechtes Handeln kann es im Streben nach der Förderung des Gemeinwohls nicht geben.

Wo auch immer absichtlich (also nicht aus Inkompetenz) nicht sachgerechte Lösungen angestrebt werden, steht in der Regel das Ziel im Hintergrund, die Gemeinschaft zu betrügen, um auf ihre Kosten und zu ihrem Schaden Vorteile für sich oder eine Untergruppe des Gemeinwesens zu erzielen.

Auf diese Weise zeigt sich der zwingende Zusammenhang von Sachgerechtigkeit und Gemeinwohl-Orientierung auch ex negativo.

Soweit die Theorie. Aber was dient denn dem Gemeinwohl, was schadet ihm in der Praxis?

Was dem Gemeinwohl konkret schadet und was ihm nützt, ist natürlich Gegenstand des politischen Meinungskampfes.

Es gehört zum Standardrepertoire von Parteien wie auch politischen Lagern anderer Natur, für sich selbst das Streben nach dem Wohle aller zu reklamieren, während man der Gegenseite des Öfteren vorhält, sie betreibe die Sache einiger auf Kosten anderer und schade so dem Wohl und der Einheit des Ganzen.



Hierfür ein aktuelles Beispiel:

Die Verfechter der sogenannten Energiewende preisen ihr Projekt an als Maßnahme zur Rettung der menschlichen Zivilisation und unserer natürlichen Lebensgrundlagen, die andernfalls von einer Klimakatastrophe in den Abgrund gestürzt würden.

Damit etikettieren sie ihr Vorhaben als in höchstem Maße gemeinwohlorientiert. Gegnern der Energiewende wird dagegen vorgehalten, sie betrieben Lobbyarbeit für die klassischen Energiekonzerne, was der Gemeinschaft schweren Schaden zufüge.

Jene Gegner wiederum sehen in der Energiewende ihrerseits einen gewaltigen Betrug an der Gemeinschaft: Eine Minderheit von Menschen (jene nämlich, die Land besitzen, um Windräder aufzustellen, die Biogas herstellen können oder wenigstens ein Haus haben, auf dem sie Sonnenkollektoren installieren können, darüber hinaus die Eigner der Industrie, welche die entsprechenden Gerätschaften produziert) rede der Mehrheit nur ein, dass ihr Handeln gemeinwohlorientiert sei. In Wahrheit bereichere sich genannte Minderheit auf Kosten der Mehrheit und riskiere dabei leichtfertig die Energiesicherheit von Haushalten und Industrie und damit die wirtschaftliche Zukunft des Landes. Sie handele also grob gemeinschaftsschädigend.

Streitereien solcher Art hat es vermutlich immer schon gegeben, seitdem der Mensch begann, in Großgruppen zu leben.

Sie sind unumgänglich, weil zwar lästig, aber eben auch schöpferisch, weshalb Gesellschaften, in welchen dieser Streit offen ausgetragen werden kann, langfristig allen dogmatischen Zwangssystem überlegen sind, wo Wahrheit dekretiert und Abweichung unterdrückt wird.

Das unvermeidliche Ringen um die Frage, was konkret sachgerecht ist und also dem Gemeinwohl dient, steht heute jedoch nicht im Fokus.

Das Motiv des Veranstalters, sich diesem Thema zuzuwenden, wird vielmehr die bohrende Frage gewesen sein, inwieweit die bestimmenden Kräfte der deutschen Gegenwart überhaupt noch ein Interesse daran haben, dem Gemeinwohl zu dienen.

Sollten hier Zweifel aufkommen, und dafür gibt es allen Anlass, stellen sich drei zentrale Anschlussfragen, denen ich mich in meinem Referat widmen werde:

Woher rührt die gemeinschaftsschädigende Haltung bestimmender Teile der politischen Elite Deutschlands und von Teilen des Volkes?
Wo hat sie ihren Ursprung?

Welchem Konzept folgt die gemeinwohlschädigende, damit gezielt unsachgerechte Politik der genannten Teile der Elite und ihrer Anhänger im Volk?

Wie kann diese Politik entlarvt und überwunden werden?

Dazu zunächst eine weitere Begriffsklärung: Politische Gemeinschaften können lokal, regional, national, kontinental und wie manche meinen sogar auch global definiert sein. Um welche Gemeinschaft es heute geht, ist im Titel meines Vortrags genannt: Es geht um Deutschland, also um die Gemeinschaftsform der Nation.

Das kommt nicht von ungefähr. Es war die Erweckung des Nationalbewusstseins, die den modernen, republikanisch-demokratischen Staat überhaupt erst möglich gemacht hat.

Erst als die Menschen ein Bewusstsein bildeten, über alle regionalen und sozialen Grenzen hinweg Teil derselben Nation zu sein, kamen sie überhaupt erst in den Stand, gemeinsame Interessen zu definieren, also jene Gemeinwohlorientierung zu entwickeln, welche die unverzichtbare Grundlage für funktionierende, auf Dauer angelegte moderne Gesellschaften bildet.

„Ohne Patriotismus geht es nicht“, konstatierte schon vor Jahren der Historiker Arnulf Baring. Er meinte: Ohne den patriotischen Impuls sind Menschen nicht dauerhaft dazu zu bewegen, ihre Partikularinteressen dem Gemeinwohl hintanzustellen, und mehr noch: ihre Eigeninteressen sogar in denen der Nation wiederzufinden.

Ich glaube, es war Cicero, der sagte: „Wer, wenn nicht ich, ist Rom?“ Das war kein Ausfluss maßloser Selbstüberschätzung, ganz im Gegenteil: Aus diesem Satz spricht die Selbstverpflichtung, das Gemeinwohl stets als das eigene Wohl zu empfinden und entsprechend zu handeln. Man könnte diese Satz auch als den „patriotischen Imperativ“ bezeichnen.

Die tief empfundene Bejahung der eigenen Nation also ist die unverzichtbare Voraussetzung dafür, dass eine Gesellschaft am Gemeinwohl orientiert ist.

Es ist offenkundig, dass es in Deutschland hier schmerzliche Defizite gibt. Wie wird diese Bejahung hergestellt?

Die Bejahung der Nation ist nur herzustellen durch ein im Ganzen positives Bild von der Geschichte des eigenen Volkes und Landes, das geprägt ist vom Stolz auf das Erreichte und von Empathie für die Vorfahren.

Empathie vor allem dann, wenn die Vorfahren in schweren, teils von fatalen moralischen Herausforderungen geprägten Zeiten leben mussten. Sie ahnen es: Wir bewegen uns bereits mitten in den Fährnissen und Missständen der deutschen Gegenwart. Was ich vor Ihnen bislang vor allem theoretisch ausgebreitet habe, tritt nun in die Betrachtung der alltäglichen Wirklichkeit ein.

Erst vor ein paar Tagen äußerte ein Mädchen, das kurz vor dem Abitur steht, in einem Interview, sie habe den Eindruck, acht Jahre lang nur NS-Diktatur gelernt zu haben.

Man hat das Geschichtsbild der jungen Frau also offenbar planvoll verengt auf jenen Abschnitt, der am besten geeignet ist, sie von der Geschichte des eigenen Volkes zu entfremden, und damit vom eigenen Volk selbst.

Dies umso mehr, als die Darstellung jener Epoche in Schule und Medien, die Sie und ich zur Genüge kennen, in aller Regel so konstruiert ist, dass die damaligen Deutschen in ihrer großen Mehrheit als menschlich unerklärliche, maskenhaft finstere Gestalten erscheinen. Als abstoßende Fremdlinge, denen sich niemand verwandt fühlen sollte.

Jeder Vorstoß zu Empathie mit den damaligen Zeitgenossen wird mit dem wütenden Vorwurf der Verharmlosung oder gar Verherrlichung damaliger Verbrechen zurückgewiesen.

Was in seiner extremsten Ausprägung dabei herauskommt, können wir alljährlich erschrocken beobachten, wenn junge Deutsche in Dresden aufmarschieren, und Arthur Harris zu einer Wiederholung seines Massenmordes an Deutschen auffordern.

Bis vor einer Generation wurde die eindimensionale Darstellung des NS-Kapitels der deutschen Geschichte noch durch die Präsenz und mündliche Überlieferung der Erlebnisgeneration von NS-Zeit und Weltkrieg in den Familien teilweise korrigiert. In dem Maße, wie die Erlebnisgeneration aus den Familien verschwindet, prägt aber die eindimensionale Sicht auf jene Zeit und ihre Menschen mehr und mehr das ganze Bild.

Und das hat umso verheerendere Folgen, als die NS-Diktatur beim Blick auf die deutsche Geschichte derart im Vordergrund steht, dass alle anderen Epochen als bedeutungslose Vorgeschichte oder als Nachspiel erscheinen, ein Nachspiel wiederum, deren alles überragender Fixpunkt wieder die NS-Diktatur und ihre Verbrechen sein sollen und die sich daher nur aus diesem Fixpunkt erklären, bewerten und gestalten lässt.

Womit wird der Aufbau eines derart verkürzten und mithin verfinsterten Bildes der eigenen Geschichte gerechtfertigt?

Es wird behauptet, dies geschehe zum Zwecke der moralischen Immunisierung der Deutschen und ver helfe ihnen sogar zu einem „besseren Patriotismus“.

Diese Behauptung ist unhaltbar. Nicht allein wegen der ungeheuren Überheblichkeit, die aus dieser Phrase spricht. Diese scheinmoralische Behauptung widerspricht auch einer simplen, aber unumstößlichen Weisheit, die lautet:

Aus negativen Bezügen lässt sich kein positives Bewusstsein schöpfen! Ein kluger Kopf fasste die planvoll und mit nicht nachlassendem Eifer herbeigeführte Misere des propagierten Bildes der Deutschen von ihrer Geschichte in dem Satz zusammen: Wo andere Völker ihre Wurzeln haben, stoßen die Deutschen mit dem NS-Staat auf eine Betondecke. Aber die Verkürzung und Verkrüppelung des deutschen Geschichtsbildes geht noch weiter und erfasst sogar Bereiche, bei denen man es gar nicht erwartet. Freilich tritt die Manipulation hier weit subtiler in Erscheinung und ist daher weit schwerer zu erkennen.

Wenn etwa doch einmal unabweisbar positive Aspekte der deutschen Geschichte abgehandelt werden, wird man Zeuge von beinahe komischen Verrenkungen, die darauf zielen, das spezifisch Deutsche daran mit aller Gewalt unter den Teppich zu kehren.

Hier ein Beispiel, das die ebenso bizarre wie offenkundig planvolle Vorgehensweise illustriert:

Bei einer ansonsten sehenswerten TV-Dokumentation zu Otto dem Großen war ganz selbstverständlich von Italien, wo der König und Kaiser von Amts wegen mehrfach weilte, und dem Nachbarn Frankreich die Rede. Und wo war Deutschland?

Nirgends, es existierte scheinbar gar nicht.

Statt von Deutschland sprachen die Historiker in der TV-Doku ausschließlich vom Land oder Reich der Ottonen. Der Name Deutschland wurde nicht ein einziges Mal genannt.

Zufall? Unachtsamkeit? Keineswegs: Vielmehr handelte es sich erkennbar um eine Regie-Anweisung, wie sich durch einen Lapsus herausstellen sollte.

An einer Stelle nämlich konnte der Zuschauer beobachten, wie sich ein Mediävist beinahe verhaspelt und aus Versehen „Deutschland“ sagt, um nach einem kurzen Zwischenlaut (eine Art D) gerade noch

rechtzeitig zur vorgeschriebenen Sprachregelung „Land der Ottonen“ zurückzufinden.

Anlässlich des 1050. Jubiläums seiner Kaiserkrönung am 2. Februar 962 vor drei Jahren war vor allem von dem großen „Europäer“ Otto die Rede.

Die epochale Bedeutung des Kaisers als deutscher Monarch wurde weit, weit in den Hintergrund gedrängt (oder, wie in dem Film, ganz verschwiegen) wie ebenso die überragende Stellung Deutschlands in Europa, die es infolge der Kaiserkrönung Ottos über Jahrhunderte einnehmen sollte.

Verschwiegen wurde damit auch die segensreiche Wirkung jener deutschen Dominanz für Europa, wo wegen der Stärke und des Umfangs des deutschen Kolosses in der Mitte bis in die frühe Neuzeit hinein nur regionale Kriege möglich waren.

Erst als diese deutsche Dominanz im 30jährigen Krieg endgültig gebrochen war, begann bekanntlich die Epoche der großen, den ganzen Kontinent erfassenden Kriege, schließlich der Weltkriege.

In den Glanzzeiten des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation wäre ein Napoleon kaum weiter als bis zum Rhein vorgedrungen, um dort vom Heer des Kaisers und seiner Vasallen mit Bravour gestoppt zu werden.

Diese übergreifenden, für ein konstruktives Selbstbild und ein verantwortungsvolles nationales Selbstbewusstsein konstitutiven Einsichten werden, und zwar ganz gezielt, nicht vermittelt.

Stattdessen „acht Jahre nur NS-Diktatur“ in der Schule und danach in den großen Medien die gleiche Fokussierung. Und wenn doch einmal etwas anderes behandelt wird, dann in der oben geschilderten, gewissermaßen „entdeutschen“ Form, damit sich aus den historischen Informationen nur ja kein Mosaikstein für ein positives Gesamtbild der Geschichte der eigenen Nation entnehmen lässt.

Aber hat denn das auch Folgen für die Handlungsweise der politischen Elite in der Gegenwart? Ist es also von Belang für unser Gemeinwohl? Das ist es allerdings, wie ich Ihnen an einem realen Beispiel aus der deutschen politischen Elite der jüngeren Vergangenheit zeigen möchte.

Was die so erzeugte Sicht auf die eigene Nation bewirkt, wenn sie zur Grundlage der realen Politik wird, macht das Beispiel des ehemaligen deutschen Außenministers Joschka Fischer glasklar erkennbar.

Von Fischer stammt der schaurige Satz, Auschwitz sei der „Gründungsmythos der Bundesrepublik Deutschland“.

So wie die Amerikaner das Selbstbild ihrer Nation aus dem stolzen Blick auf ihre heldenhaften, freiheitsliebenden Gründerväter und dem siegreichen Befreiungskrieg gegen die Briten schöpfen, wie die Briten wiederum voller Stolz auf ihre Magna Charta blicken und den Sieg über die riesige spanische Armada als Beginn ihrer Weltgeltung feiern, so sollen die Deutschen in die Gaskammern und Krematorien und auf die Leichenberge eines Vernichtungslagers schauen, wenn sie sehen wollen, wer sie sind. Fischer meinte das ernst, es war keine Floskel oder der peinliche Versuch, mit einem „historisch“ tönenden Zitat in die Geschichtsbücher einzugehen. Für den Grünen-Politiker war dieser Satz der Kompass seines politischen Handelns.

Noch als Oppositionspolitiker nannte er Deutschland im Titel eines Buches von 1996 ein „Risiko“.

Was macht ein verantwortungsbewusster Politiker mit einem Risiko? Er neutralisiert es, ja, schaltet es, wenn möglich, ganz aus, eliminiert es. In Fischers außenpolitischem Konzept als zuständiger Minister schlug sich dies später kurze Zeit sichtbar nieder. Sein Konzept unterschied sich grundsätzlich von dem klassischer Außenpolitik.

Ja, es stellte die Prioritäten klassischer Außenpolitik sogar geradewegs auf den Kopf.

Für die klassische, selbstverständlich patriotisch motivierte Außenpolitik ist das Wohl der eigenen Nation der Zweck allen Handelns. Internationale Vereinbarungen und Bündnisse dagegen sind lediglich die Mittel, die zum Erreichen dieses Zwecks eingesetzt werden.

Zwar beschwören Politiker allenthalben ihr Ringen um „gemeinsame europäische oder internationale Interessen“ und geißeln nationale Selbstsucht.

Doch wer genau hinsieht, erkennt, dass dies lediglich diplomatischer Schaum ist. Im Kern geht es immer um die Belange der eigenen Nation, denen die internationalen Aktivitäten dienlich zu sein haben.

Nicht so bei Fischer, hier war es genau umgekehrt:

Für den Grünen-Politiker war „Global Governance“, also das Erreichen einer „neuen Weltordnung“ unter der Herrschaft globaler Organisationen der Zweck allen Handelns. Deutschland und sein Gewicht waren ihm lediglich das Mittel, das zum Erreichen dieses Zwecks einzusetzen sei.

Dass Deutschland mit einer solchen Politik dauerhaft unter die Räder geraten muss, ist jemandem wie Fischer nicht bloß egal. Mit seiner Charakterisierung unseres Landes als „Risiko“ hat er klargemacht, dass die Minimierung oder gar Ausschaltung Deutschlands vielmehr ganz in seinem Sinne ist.

Einen Wert hatte Deutschland für ihn bloß als Werkzeug für andere Ziele, wobei eben klar ist, dass so ein Werkzeug zum Erreichen eines Ziels auch verschlissen werden darf, zumal, wenn man in dem Werkzeug eine dauerhafte Gefahr erkennen will, die auf Dauer nicht hinzunehmen und also zu neutralisieren ist.

In dieser Denkschule sehen es die Fischers und ihre Gesinnungsgenossen als ihre Mission an, gewissermaßen die letzten Deutschen zu sein, die, als Buße für den Nationalsozialismus und als Dienst an den Bessermenschen — das heißt, allen die keine Deutschen sind, Deutschland aussaugen und beenden.

Die Basis dieses Irrsinns besteht aus dem auf die NS-Verbrechen verkürzte Sicht auf die deutsche Geschichte. Das Resultat ist eine Politik, welcher das Wohl Deutschlands, also das Gemeinwohl des deutschen Volkes, nicht bloß gleichgültig ist.

Fischer hat aus seinem Geschichtsbild zudem den (in dieser Betrachtung sogar folgerichtigen) Schluss gezogen, dass dem Wohl Deutschland zu schaden ist, wenn man etwas insgesamt Gutes erreichen will. Fairer-, oder sollte man sagen: fatalerweise muss hier angefügt werden, dass diese Geisteshaltung keinesfalls auf Fischer und die Seinen im engeren Sinne reduziert ist. Bei ihm tritt sie nur in besonders anschaulicher Art hervor, zumal er sie programmatisch offen benannt hat.

Mindestens Spurenelemente dieses kruden Politikkonzepts finden aber sich in allen etablierten Parteien.

Wer beispielsweise einen unbelehrbaren Anhänger des Euro oder des immer wieder aberwitzige Blüten treibenden EU-Umverteilungsmonsters nur lange genug argumentativ vor sich her treibt, der kann fast sicher sein, dass dieser in seiner Argumentationsnot irgendwann bei der NS-Diktatur landet, um sichtbare Benachteiligungen des deutschen Gemeinwesens gegenüber anderen Nationen zu rechtfertigen.

Der kann erleben, wie sein Gegenüber unabweisbare Erfordernisse einer sachgerechten Politik mit scheinbar moralischen Einwänden auszuhebeln trachtet.

Die Leistungen, die die Deutschen gebracht haben für Europa, das ohne seine starke und schöpferische Mitte kaum je zu solcher Blüte gelangt wäre, diese Leistungen sind ihm entweder gar nicht bekannt oder sie sind in seiner Art der Betrachtung unter der erwähnten historischen Betondecke verschwunden.

Die abstrusen Auswürfe dieser Fixierung und Verkürzung des deutschen historischen Selbstbildes begegnen uns selbstverständlich nicht allein in der Außen- und Europapolitik.

Die Zuwanderungspraxis ist ein weiterer Beleg für die unsachgerechte Fehlsteuerung der deutschen Politik aus demselben Grunde.

Damit meine ich nicht allein die Tatsache des nahezu uferlosen Hereinlassens. Auch die Art, wie mit den zugewanderten Fremden hierzulande verfahren wird, trägt alle Züge einer Selbstzerstörungswut aufgrund geschichtspolitisch bedingter Verblendung.

Schon ist nicht einmal mehr die Rede davon, dass sich Ausländer hierzulande wenigstens integrieren sollen. Fast unmerklich wird die Formulierung auf deren angebliches „Recht auf Teilhabe“ verschoben. „Teilhabe“ ist etwas anders als Integration oder Assimilierung.

Integration zielt darauf, die Menschen, auch wenn es Fremde bleiben, zu einem am gemeinsamen Wohl des Landes, in dem sie jetzt leben, interessierten Mitbewohnern zu machen.

Assimilierung als nächste Stufe zielt darauf, aus den Fremden Deutsche zu machen, die sich nur noch der Herkunft, nicht aber dem eigenen Heimat- und Vaterlandsgefühl nach von den Eingeborenen unterscheiden.

„Teilhabe“ will den Neuen lediglich einen Anteil an der politischen und kulturellen Macht im Lande übereignen, ohne dass diese dafür Teil einer gelebten weil tief empfundenen Gemeinschaft werden.

Damit wird die nationale, von republikanischem Gemeinnsinn geprägte Gemeinschaft in ein atomisiertes Gebilde von Teilhabern verwandelt, also gesprengt.

Der Althistoriker Egon Flaig geht in seinem bemerkenswerten, 2014 erschienenen Buch „Gegen den Strom“ den Grundlagen nach, die ein von einer gemeinsamen Identität, einem republikanischen Gemeinschaftsgefühl geprägtes Staatsvolk unterscheiden von jener in Teilhabergruppen atomisierten Gesellschaft.

Jene atomisierte Teilhabergesellschaft nennt Flaig das „Konzept Libanon“.

Mithin also eine Gesellschaft, für deren Untergruppen das Gemeinwohl des Ganzen weitgehend zweitrangig ist, da es ihnen vor allem anderen um das Wohl ihrer eigenen Gruppe geht.

Wir wissen, dass dieses Konzept das Land in einen fürchterlichen, 15 Jahre währenden Bürgerkrieg gestürzt hat, der letztlich weniger aus Einsicht als aus allseitiger Erschöpfung 1990 sein Ende fand.

Seither schwebt das Land im Zustand prekärer Ruhe, die ständig vom Misstrauen der Gruppen gegeneinander auf die Probe gestellt wird.

Ein Appell an die Gemeinwohlorientierung aller Libanesen dürfte in dieser Gemengelage bestenfalls als Naivität, wenn nicht gar als Finte aufgefasst werden. Es fehlt schlicht die Grundlage, die empfundene Gemeinschaft, um so etwas wie ein gemeinsames Wohl aller zu definieren. Insofern geht es dann auch nicht um die Frage, was für alle Libanesen gut, also sachgerecht ist, sondern darum, was für die eigene Gruppe herauspringt.

Dabei bedeutet Zuwanderung ja nicht zwingend, dass man Menschen ins Land lässt, die dauerhaft Fremdkörper bleiben und so das Land schleichend „libanisieren“.

Klassische Einwanderungsländer zeigen, dass dort Zuwanderer alles daran setzen, um nur möglichst bald integrierter, schließlich assimilierter Teil ihrer neuen Heimat, ihres neuen Volkes zu werden.

Dass dies in Deutschland viel seltener der Fall ist, hat mindestens zwei hausgemachte Gründe, einen ideellen und einen materiellen.

Der ideelle Grund ist schnell verortet. Es die hier ausführlich geschilderte deutsche Selbstbetrachtung und -verachtung, deren Wirkung auf die Deutschen ich Ihnen dargelegt habe.

Selbstverständlich macht all dies auch einen tiefen Eindruck auf Zuwanderer, die aus meist armen, aber stolzen Nationen stammen.

Für sie ist das Aufgehen im deutschen Volk wenig attraktiv. Schon in der Schule werden sie mit Auschwitz etc. bis zur völligen Ermüdung malträtiert. Das sollte den Wunsch, deutscher zu werden, nachhaltig mindern.

Ein Untersuchung unter Türken in Deutschland hat Bezeichnendes hervorgebracht: Unabhängig vom Alter und der Aufenthaltsdauer der Türken in unserem Land kam nämlich heraus, dass das Deutschlandbild bei jenen, die in der Bundesrepublik zur Schule gegangen sind, deutlich düsterer ausfällt als das jener Einwanderer, die ihre Schulzeit noch in der Türkei verbracht hatten.

Da behaupten Politiker und Pädagogen, unsere Schulen seien Instrumente einer erfolgreichen Integration. Offenbar leisten sie das Gegenteil.

Und längst nicht nur sie: Der Autor Akif Pirincci berichtet, dass der erste Ausflug von Teilnehmern eines sogenannten Integrationskurs just in eine KZ-Gedenkstätte führte.

Wo andere Nationen die Neubürger zu gewinnen suchen, indem sie ihnen die Leistungen und Vorzüge der neuen Heimat zeigen, präsentieren wir ihnen unseren schwärzesten Fleck.

In der ihm eigenen, deftigen Sprache fragt Pirincci bloß: „Wie krank ist das denn?“

Das zweite, nämlich materielle Integrations- und Assimilationshindernis ist der deutsche Sozialstaat.

In klassischen Einwanderungsländern beginnen die Neulinge für gewöhnlich mit nahezu nichts und müssen sich mühsam empor kämpfen. Haben sie es aber geschafft, nicht selten erst in der zweiten Generation, sind jetzt ebenfalls Besitzer eines schmucken Hauses und haben einen guten Job wie die alteingesessenen, sagen wir, Kanadier, dann erleben sie diesen Aufstieg als persönliche Integrationsleistung und hissen stolz die Fahne mit dem Ahornblatt vor ihrem Anwesen.

Die Mühsal lässt sie die neue Volkszugehörigkeit als etwas sehr Wertvolles erleben. Und nun, da das neue Gemeinwesen auch ihr Gemeinwesen ist (eine Ehre, für die sie hart arbeiten mussten), werden sie zu Hütern des Wohls jenes Gemeinwesens, Hüter des Gemeinwohls. Denn sie spüren: dabei geht es auch um sie, um die Wahrung der Früchte ihrer Leistung für sich und ihre Nachkommen.

In Deutschland dagegen stürzt sich die Sozialindustrie mit allen möglichen Gratisleistungen auf die Zuwanderer, die diese schnell als selbstverständlich ansehen. Den Zuwanderern wird beigebracht, dass man vor allem wissen muss, wie und wo man am erfolgreichsten zugreifen muss, ohne etwas selbst leisten zu müssen.

Da alles, was sich ihnen bietet, gratis ist, erscheint es wertlos. Die dahinter stehende Leistung, welche die Alteingesessenen erbringen mussten für all die Wohltaten, bleiben ihnen verborgen.

Stattdessen erscheinen ihnen die Eingeborenen wie Menschen, die durch höhere Fügung von selbst wohlhabend geworden sind und daher moralisch verpflichtet, ihnen, den weniger Glücklichen, gefälligst etwas abzugeben.

Zu Hütern des Gemeinwohls werden sie nicht, weil ihre Leistung dort ja nicht drinsteckt.

Es kommt noch ein Weiteres hinzu: Auch bei Deutschen, gerade bei den jüngeren, besteht ja stets die Gefahr, dass sie von den Sozialtransfers gewissermaßen „sediert“ werden, weil das Geld „vom Amt“ eigene Anstrengungen überflüssig erscheinen lässt.

Nicht auszuschließen ist, dass diese Gefahr bei Zuwanderern aus bettelarmen Ländern noch größer ist, da ihnen der von staatlicher Seite garantierte Mindestlebensstandard im Vergleich zu den Lebensumständen in ihrer Heimat ungleich üppiger vorkommen muss als einem Einheimischen.

So also wird Desintegration, Assimilierungsabwehr und mithin die Libanisierung der deutschen Gesellschaft geradezu organisiert. Und zwar nicht aus Inkompetenz, sondern als Konzept, wie ich Ihnen am Beispiel des ehemaligen Außenministers dargelegt habe.

Doch zurück zu den ethnischen Deutschen. Nicht nur, weil sie trotz aller Einwanderung noch auf lange Sicht die deutliche Mehrheit im Lande stellen werden.

Sondern auch weil bei ihnen, den Deutschen, und nicht den Zuwanderern der Ursprung des Problems einer zerfallenden Gemeinwohlorientierung zu suchen ist.

Nach allem, was ich hier ausgebreitet habe, mag man sich fast wundern, dass unser Gemeinwesen trotzdem noch ausgesprochen passabel funktioniert, gar vorbildlich, wie Angehörige vieler anderer Nationen respektvoll eingestehen.

Das mag auf den ersten Blick so scheinen, doch dahinter lauern Aspekte, die jede Selbstgenügsamkeit erschüttern.

Die Mentalität eines Volks verändert sich nur sehr langsam. In vielen unserer Handlungsweisen spiegeln sich Erfahrungen und Bildungserfolge wieder, die in Zeiten lange vor uns wurzeln.

Also in Epochen, in Jahrhunderte, als die historische Selbstbetrachtung und das daraus geschöpfte nationale Selbstverständnis der Deutschen noch gänzlich anders ausgestaltet waren.

Daraus haben sich tradierte Gepflogenheiten entwickelt, die unser Handeln bis heute lenken, ohne dass wir uns dessen bewusst sein müssen. Doch Traditionen, die nicht bewusst gepflegt werden, verrotten irgendwann.

Wie verrottet sie wohl schon sind? Wir wissen es nicht, könnten es jedoch bald erfahren.

Denn dass wir kaum erkennen können, wie weit der Verrottungsprozess schon fortgeschritten ist, liegt daran, dass das deutsche Gemeinwesen derzeit auf einem ausgesprochen komfortablen materiellen Polster ruht. In welchem Umfang unsere Gemeinwohlorientierung noch intakt ist, werden aber erst wir erfahren, wenn ihre Tugenden ernsthaft herausgefordert werden.

Ich sagte eingangs, dass Gemeinwohlorientierung bedeutet, den eigenen Vorteil hinter das Wohl des Ganzen zurücktreten zu lassen, sie kostet also etwas, und bisweilen sogar ziemlich viel.

Auf einem hohen Wohlstandsniveau lassen sich die Kosten vergleichsweise schmerzfrei wegstecken.

Was aber, wenn sich das Polster auflöst, und die Fähigkeit abgefordert wird, unter großen Einbußen und persönlichen Nachteilen für das Gemeinwohl einzustehen?

Erst wenn dieser Fall eintritt, werden uns selbst näher kennenlernen, werden wir erleben, ob dieses Volk noch willens und imstande ist, sich in einem gemeinsamen Kraftakt zusammenzurufen, oder ob es an der Prüfung scheitert.

Die größte Gefahr für den Wohlstand geht derzeit, soweit wir jetzt absehen können, von dem höchst fragilen Zustand unseres Währungssystems aus, das nach Meinung nicht weniger Experten bereits gescheitert ist und komatös an den Schläuchen von Quacksalbern und windigen Finanzalchimisten hängt, die es bislang schaffen, den Beinahe-Leichnam wie quicklebendig aussehen zu lassen.

Die Frage ist, wie lange noch.

Auch dieses bizarre Konstrukt einer Einheitswährung fußt auf dem verkrüppelten Geschichts- und Selbstbild der Deutschen, ohne das es nicht denkbar gewesen wäre. Das zeigt der Blick auf seine Ursprünge. Jedes Land, das den Euro mitgemacht hat, trägt seinen Anteil, seinen Anteil Schuld am heraufkommenden Desaster.

Der deutsche Schuld-Anteil jedoch beruht Selbstauflösungs- und Wiedergutmachtungswahn, der unserem verquasteten Geschichtsbild erwachsen ist. Dieser trieb die Deutschen dazu, ihre erfolgreiche und weltweit bewunderte Nationalwährung zugunsten eines geldpolitischen Hasardspiels namens Euro aufzugeben.

Das macht deutlich: Eine unpatriotische, am Gemeinwohl der eigenen Nation vorbezielende Politik schadet nicht allein dem eigenen Volk, denn sie ist notwendigerweise auch unsachgerecht.

Da die notwendigerweise unsachgerechte, weil eine aus falschen Motiven entwickelte Währungspolitik aber nun den Großteil des europäischen Kontinents erfasst hat, hat die deutsche Selbstaufgabe einen entscheidenden Anteil daran, dass Millionen über Millionen von Europäern ins Unglück stürzen.

Denn ohne Deutschland hätte es den Euro natürlich nie gegeben.

Hier zeigt sich, dass eine aus patriotischer Überzeugung auf das eigene nationale Gemeinwohl bedachte Politik selbst für Deutschlands Nachbarn weitaus nutzbringender, weil sachgerechter, wäre als jener aus einem verkrüppelten Geschichtsbild entwickelte Selbstaufgabewahn. Zurück zur bohrenden Frage: Werden die Deutschen die Prüfung ihrer Bereitschaft zu gemeinwohlorientiertem Handeln unter verschärften Bedingungen bestehen?

Ich bin leider skeptisch, und schöpfe meine Skepsis unter anderem auf die Reaktionen auf die aufziehende Währungs- und Finanzkrise, die ich im Volk beobachte.

Gerade wenn ich mit besser informierten Landsleuten über die Gefahren eines Währungs- und Finanzcrashs diskutiere oder solche Debatten im Internet verfolge, mache ich bedenklich oft eine bedrückende Erfahrung: Viele Menschen interessieren sich für das Thema nur in so weit, wie sie sich persönlich, ihre privaten Finanzen und ihren Wohlstand in Gefahr sehen. Geht es dagegen um Aspekte, die sie ihrem Anschein nach persönlich nicht betreffen, flaut das Interesse abrupt ab.

Wohl und Wehe der Gemeinschaft erscheinen unbedeutend.

Und es geht noch übler:

Im Internet finden sich Portale und Foren, die von Leuten bevölkert sind, die den Zusammenbruch sogar eifernd herbeisehnen, weil sie meinen, mit ihren Investitionen nicht nur auf der sicheren Seite zu sein, sondern weil sie hoffen, sich nach dem Crash auf Kosten der weniger glücklichen Mehrheit hemmungslos bereichern zu können, indem sie mit ihrem listig geretteten Vermögen einst teure Vermögenswerte spottbillig von den in finanzielle Not geratenen Eigentümern spottbillig erwerben.

Nun sind solche Typen keine Erfindung unserer Zeit. Sie trieben bereits vor 1948 und erst recht in den Zeiten der Hyperinflation von 1923 ihr Unwesen.

Wir wollen hoffen, dass sie dieses Mal nicht zum Zuge kommen oder zumindest, dass es nur wenige sind.

Viel stärker muss uns die Frage umtreiben, was die Masse machen wird. Hier können wir einstweilen nur hoffen.

Doch Herr Backerra hat mich gebeten, nicht bloß die Frage zu erörtern, wie es um Sachgerechtigkeit und Gemeinwohl steht, sondern auch Wege aufzuzeigen, wie wir etwas verbessern können.

Ich habe Ihnen dargelegt, wo für mich der Ursprung des Verlustes von Gemeinwohlorientierung in seiner spezifisch deutschen Ausprägung zu finden ist.

Genau dort ist natürlich auch bei Suche nach Verbesserung anzusetzen. Heute hat fast jeder über das gerade von der jungen Generation freudig genutzte Internet die Möglichkeit, am öffentlichen Blick auf die deutsche Geschichte mitzufeuern.

Diese Möglichkeit gilt es zu nutzen. Ebenso per Leserbriefen und der regen Teilnahme an öffentlichen Diskussionen.

Dabei gilt es, die Fokussierung des deutschen Geschichtsbildes auf den NS und die von mir am Beispiel Ottos des Großen vorgenommene Entdeutschung positiv belegter Epochen und Personen zu benennen, zu kritisieren und zu brechen.

Allerdings ist für den Erfolg die Wahl der Methoden natürlich entscheidend.

Denn wir müssen uns darüber im Klaren sein, dass wir in einer äußerst profanen, materialistischen Epoche leben.

Das mag man beklagen, aber wer in seiner Zeit etwas bewegen will, der muss mit den Gegebenheiten umzugehen lernen, die er vorfindet.

Profanität und Materialismus bedeuten, dass die Masse der Deutschen für Appelle an Vaterlandsliebe oder die Pflicht zur Wahrhaftigkeit, wie ich sie von Patrioten mein ganzes Leben lang schon höre, vollkommen unempfänglich ist.

Man muss also andere Wege gehen.

Profanität und Materialismus machen die Menschen für ganz etwas anderes umso empfänglicher, nämlich für Kosten-Nutzen-Rechnungen.

Es muss also darum gehen, den Deutschen den persönlichen Vorteil zu erklären, den sie aus einer gemeinwohlorientierten Politik und, mehr noch, aus eigenem gemeinwohlorientierten, sprich patriotischen Handeln ziehen, weshalb auch sie ein profanes Interesse daran hegen müssen, dass die Wurzel der deutschen Gemeinwohlvergessenheit angegangen wird.

Dabei bietet die Euro-Krise eine Steilvorlage.

Nicht bloß, dass hier, wie erläutert, die zerstörerischen Folgen einer gemeinwohlvergessenen Politik für jedermann täglich greifbarer werden.

Abstruse Reparationsforderungen und der Hinweis auf den NS aus dem Mund von in die Enge getriebenen Euro-Verfechtern befreien uns zudem von der schwierigen Aufgabe, dem Normalbürger den Zusammenhang von Geschichtspolitik und deutscher Gemeinwohlvergessenheit erst umständlich herzuleiten.

Diese für jedermann täglich sichtbaren Erscheinungen befreien uns damit von der Gefahr, als Spinner wahrgenommen zu werden, der vom Hundertsten ins Tausendste abgeleitet.

Der zwingende Zusammenhang wird uns frei Haus angeliefert.

Wir müssen nur die notwendigen Konsequenzen fordern, also das Geraderücken der historischen Selbstdarstellung und die Vertretung nationaler Interessen auf der politischen Ebene.

Haben wir aber überhaupt noch Aussicht auf Erfolg?

Wenn ich diese Aussicht nicht hätte, säße ich jetzt weder hier noch betriebe ich einen kritischen Journalismus, der einem nicht bloß Freunde beschert.

Ja, wir haben Aussicht auf Erfolg.

Niemand sage, das sei doch alles schon zu spät, das bringen die Deutschen nicht mehr oder ähnliches.

Allein die Bürgerbewegung Pegida zeigt uns allwöchentlich das Gegenteil. Dass die Bewegung außerhalb Dresdens kaum Fuß fassen kann, hat leicht benennbare Gründe.

Linke Gewalt lässt andernorts nur die ganz Unerschrockenen den Mut fassen, auf die Straße zu gehen. Die mediale Hetze tut ein Übriges. Hier in Hamburg passiert meines Wissens noch gar nichts in Sachen Montagsspaziergang.

Das heißt aber keineswegs, dass es nicht überall in den Städten Menschen gibt, die es Pegida jederzeit gleichtun würden, wenn sie das Risiko einschätzen könnten.

Möglicherweise ist auch der persönlich empfundene Druck noch nicht hoch genug, um die Menschen trotz der Gefahren von links und der Hetze in den Medien auf die Straßen zu treiben.

Aber dieser Druck steigt und steigt.

Die Bürgerbewegung Pegida wurde bereits totgesagt und erhebt sich nun doch Woche für Woche wieder stärker.

Dabei manifestiert sich die Gemeinwohlorientierung von Pegida ausgerechnet in jenem Punkt, den man den Dresdnern ständig vorhält. In Sachsen gebe es doch kaum radikale Moslems, weshalb Pegida Gespenster an die Wand male, heißt es.

Ja, aber genau darin zeigt sich echte Bürgergesinnung:

Dass man auch und gerade Probleme anspricht, die nicht die persönlichen sind, sondern die das Ganze, das Land und die Nation betreffen, auch wenn sie räumlich weit weg zu sein scheinen vom eigenen Wohnort und egoistische Interessen daher keine Rolle spielen.

Diesen Grundsatz der Gemeinwohlorientierung aber vermögen die Gegner der Pegida offensichtlich nicht mehr zu erkennen, was viel über den Verfall deren eigener Bürgergesinnung aussagt.

Um Gemeinwohlorientierung durchzusetzen ist es zuerst und vor allem anderen nötig, das man sich wie ein Bürger benimmt und nicht wie ein Untertan.

Den Unterschied will ich abermals an einem konkreten Beispiel aufzeigen.

Überall in Deutschland werden derzeit sogenannte „Bürgerdialoge“ inszeniert, in denen Anwohnern der falsche Eindruck vermittelt werden soll, ihre Meinung zähle irgendetwas im Zusammenhang mit der sogenannten Flüchtlingsfrage.

Dabei wird aber drakonisch darauf bestanden, dass hier nicht etwa die sogenannte Flüchtlingspolitik an sich zur Debatte stehe, sondern allein die Art der Unterbringung der Ankömmlinge, ihre Behandlung und ein auskömmliches Nebeneinander von Asylbewerbern und Bürgern. So behandelt man Untertanen: Die Obrigkeit knallt ihnen die Folgen ihrer Ratschlüsse vor die Nase und die Untertanen sollt nun gefälligst sehen, wie sie damit klarkommen. Dabei dürfen sie höchstens ein bisschen jammern.

Doch genau das ist der Unterschied: Der Untertan schimpft nur oder jammert, der Bürger handelt und greift ein.

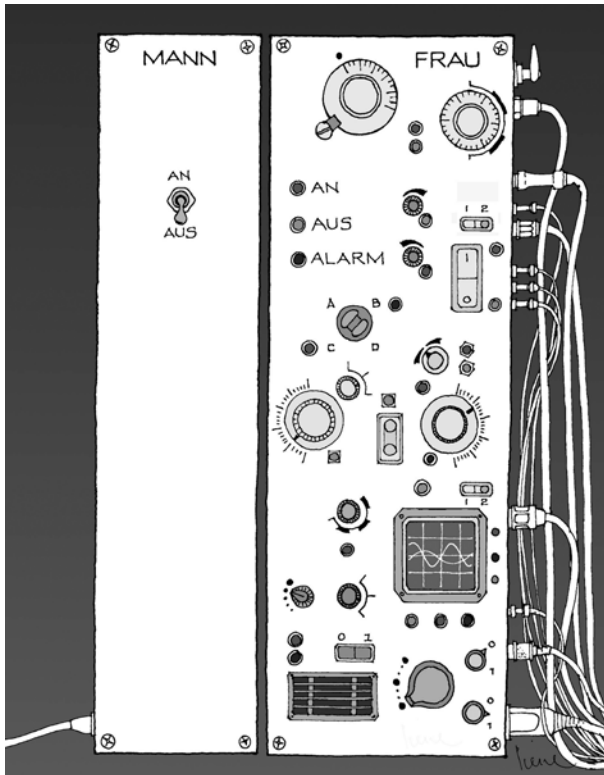
Gehen Sie auf solche Veranstaltungen und versalzen sie den Sprechern der Obrigkeit auf Bürgerweise die Suppe, indem Sie sehr wohl die sogenannte Flüchtlingspolitik an sich ansprechen und verbitten Sie es sich, wie ein Untertan lediglich mit den Folgen obrigkeitlichen Handelns konfrontiert zu werden.

Auf diese Weise tun Sie sehr konkret etwas dafür, dass Deutschland zurückfindet zur einer republikanischen Bürgergemeinschaft von Pa-

trioten, in der das Gemeinwohl an die erste Stelle rückt und bewusst unsachgerechte Politik keine Chance mehr erhält.

Die Bewegungen, die seit jüngerer Zeit in unserem Lande aufkeimen, geben Ihnen die Gewissheit, dass nicht nur nicht allein oder am Rande stehen, sondern dass Sie einer wachsenden Schar wieder bewusster Bürger angehören.

So kann, erst im Kleinen, dann in immer größerer Dimension, Gestalt annehmen, was wir anstreben: Ein Deutschland des Gemeinwohls durch Sachgerechtigkeit.



Ein Beitrag zum Sender Mainstreaming

Willy Wimmer

Ein Deutschland, das seine Interessen kennt und dafür eintritt

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bedanke mich für die Einladung durch Herrn Oberst a. D. Backerra, hier nach Hamburg zu kommen, und ich muß sagen, es gibt eben Dinge aus der Vergangenheit, die verbinden einen, auch der Dienst im Bundesministerium der Verteidigung, und wenn einem dann eine solche Bitte angetragen wird, dann sagt man allein schon aus diesen Gründen ja. Heute morgen bin in Düsseldorf wie üblich gedankenlos ein den Zug gestiegen, bis ich dann die Durchsage hörte, wohin dieser Zug fahren werde: nicht nach Hamburg, sondern nach Binz, auf der schönen Insel Rügen. Da hatte ich ein eigenartiges Gefühl, weil das vor 25 Jahren, als wir uns das letzte Mal gesehen hatten, noch nicht möglich war. Und ich dachte natürlich sofort über die heutige Situation nach und überlegte, ob wir diesen damaligen Ereignissen in gebotener Weise Rechnung tragen. d.h. auch, gedeihliche Verhältnisse und Beziehungen zu denen unterhalten, die nicht nur den Schlüssel zur deutschen Wiedervereinigung in ihren Schatullen hatten, sondern uns diese Wiedervereinigung auch vor jedem anderen ermöglicht haben.



Wenn wir in diesem Jahr zum 25. Mal daran denken, daß 1990 die Wiedervereinigung unseres Landes gewesen ist, dann stellen wir fest, daß wir heute Beziehungen zur Russischen Föderation haben, die den damaligen Ereignissen überhaupt nicht mehr entsprechen. Und man muß sich fragen, ob wir in diesem Jahr überhaupt in der gebotenen, auch uns zustehenden Art und Weise des Ereignisses gedenken wollen und uns auch darüber riesig freuen, wenn wir auf der anderen Seite die morgendliche Zeitung aufschlagen und feststellen, daß eigentlich auf der nationalen Ebene in einer Art und Weise zugunsten eines Krieges gegen die Russische Föderation getrommelt wird, daß einem eigentlich nur schlecht werden kann. Wir beide, Herr Backerra und ich, wir haben diese Situation ja in der Endphase des Kalten Krieges erlebt.

Ich war mit Oberst Backerra zusammen in der letzten großen Nato-Übung des Kalten Krieges Wintex-Cimex, das war eine Übung, die 8 Tage konventionell und 8 Tage nuklear war. Wir wissen, daß im Fall eines Krieges – über den 70 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges wieder geredet, wird – schon, wenn er „nur“ konventionell ist, von uns Deutschen kaum etwas übrig bleibt. Da müssen wir uns fragen, wie verantwortungsvoll wir eigentlich mit diesem großen Geschenk umgehen, das uns vor 25 Jahren auch ein wenig in den Schoß gelegt worden ist, wenn wir die heutige Situation Revue passieren lassen. Das ist mir heute morgen, wie in diesen Tagen häufiger, ganz massiv durch den Kopf gegangen.

Heute fährt man wie selbstverständlich von Düsseldorf nach Binz. Ja, aber wenn wir uns das erhalten wollen, müssen wir auch in diesem Land eine Politik machen, die dieses Geschenks würdig ist, von der man sagen kann: Wir haben 1989/1990 wirklich eine Etage im gemeinsamen Haus Europa bekommen. Und wenn wir diese Etage nicht verlieren wollen, müssen wir eine entsprechende Politik betreiben, und zwar eine Politik, die auf unsere Belange Rücksicht nimmt und unseren Interessen entspricht. Ich sage das deshalb, weil Sie und ich ja alle lesen konnten, was im Zusammenhang mit dieser verhängnisvollen Sanktionspolitik der amerikanische Vizepräsident Joe Biden gesagt hat. Der hat nichts anderes gesagt, als daß im Zusammenhang mit den Ereignissen in der Ukraine die Vereinigten Staaten die europäischen Verbündeten zur Disziplinierung praktisch alle mit dem Lasso eingefangen haben, um Sanktionen durchzusetzen. Die treffen uns. Und ich sage Ihnen in aller Deutlichkeit gerade in einer Welthandelsstadt: Mir ist es lieber, Äpfel vom Niederrhein oder aus den Alten Land und polnische Butter liegen in russischen Supermärkten aus, und russische Touristen sind auf österreichischen Skiabfahrten, als daß das vereitelt wird, und amerikanische Truppen in die baltischen Staaten kommen. Ich muß ehrlich fragen: Wo sind wir denn eigentlich? Wir sind eigentlich alle irgendwie vom Blitz getroffen worden. Ich habe eben gesagt, daß ich in Düsseldorf in den Zug gestiegen bin, und wir wissen, daß in Düsseldorf die Rüstungsschmiede Rheinmetall zu Hause ist. Und in diesen Tagen – ich rede also nicht über die Vergangenheit – haben Sie lesen können, daß Rheinmetall die Bundesregierung auf, ich glaube, 120 Millionen Euro verklagt, weil ein zugesagtes Gefechtsübungszentrum von Rheinmetall nicht wie vertraglich vereinbart an die

Streitkräfte der Russischen Föderation geliefert werden darf. Dieses Geschäft ist kurz vor der Fertigstellung torpediert worden, nicht, weil das unter die Sanktionen fiel, sondern, weil die Bundesregierung es eigenständig entschieden hat. Das geschah vor einem Jahr.

Wie hervorragend müssen unsere Beziehungen zur Russischen Föderation vorher gewesen sein, daß die Bundesregierung dieses Gefechtsübungszenrum überhaupt für den Export freigegeben hat! Das heißt, die Beziehungen haben sich vor einem Jahr blitzartig verschlechtert, ohne daß der deutsche Bürger das nachvollziehen kann. Ihm wurde plötzlich etwas zum Verhältnis zu Rußland etwas ganz anderes erklärt, als das, was er erwarten konnte, nämlich eine Politik der guten Nachbarschaft.

Ich habe in den letzten Jahren des ausgehenden vorigen Jahrhunderts im Ablauf von eineinhalb, zwei Jahren in Hamburg mehrere ganze Nachmittage mit dem von mir hoch geschätzten ehemaligen Bundeskanzler Helmut Schmidt verbringen können, um mich mit ihm über die Weltlage auszutauschen. Ich hatte den Auftrag dazu von Helmut Kohl. Ich werde nicht vergessen, und das kann man in diesen Tagen auch nachlesen, was Helmut Schmidt immer wieder gesagt hat: Die Russen werden unsere Nachbarn sein, auch wenn es die Nato nicht mehr gibt. Ja, wenn das eine der Wirklichkeiten für unser Land ist, dann haben wir doch ein Interesse daran, zu sagen, wir müssen mit denen, wenn es nicht zu unseren Lasten ist, vernünftig zusammenarbeiten.

Ich bin aber auch mit einem größeren Vergnügen in den Zug gestiegen, weil ich heute morgen die Süddeutsche Zeitung gelesen hatte mit der Titelseite zum weiten Thema dieser Tage: TTIP. Ich bin ja ein CDU-Mann und betrachte Hans Olaf Henkel, der hier in Hamburg politisch tätig ist, als einen der Zerstörer der sozialen Marktwirtschaft in Deutschland. Grund meines Vergnügens beim Lesen der Süddeutschen war, daß heute die Sozialdemokratische Partei durch ihren Parteivorsitzenden Sigmar Gabriel erklärt hat, daß man TTIP, so, wie dieses sogenannte Freihandelsabkommen mit den Vereinigten Staaten geplant ist, nicht akzeptieren wird, und zwar weniger wegen der Chlorhähnchen (die natürlich für alle von uns von zentraler Bedeutung sind), sondern, weil unsere rechtsstaatliche Ordnung durch dieses Abkommen de facto ausgehebelt wird. Das freut mich als jemand, der dieses Land, liebt, wie Sie auch. Wir haben eine parlamentarische Demokratie und eine rechtsstaatliche, soziale Ordnung, und das, was

in den 90er Jahren praktiziert worden ist, die soziale Marktwirtschaft zugunsten von Shareholder Value zu demontieren – mit Hans Olaf Henkel an vorderster Stelle –, das soll jetzt dadurch vollendet werden, daß von diesem Staat, vom Rechtsstaat und von sozialer Demokratie nichts mehr übrig bleibt, weil Schiedsgerichte darüber bestimmen sollen, wie Wirtschaft und Politik in Deutschland und in ganz Europa in Zukunft gestaltet werden sollen.

Wenn das einträte, müßte man sich fragen, warum man noch zur Wahl gehen sollte. Sollte das die Zukunft unseres Landes sein, dann ist an parlamentarische Demokratie und rechtsstaatliche Ordnung nicht mehr zu denken. Deshalb ich bin ausgesprochen dankbar, daß der SPD-Vorsitzenden Gabriel seine Ablehnung so stark betont und die Süddeutsche Zeitung das so geschrieben hat, wie er es offensichtlich gestern auch anderen Zeitungen gesagt hat.

Man muß sich doch fragen, mit was wir es eigentlich zu tun haben. Diese beabsichtigte Schiedsgerichtsbarkeit bedeutet nach dem, was man von den Geheimverhandlungen lesen konnte, daß der deutsche Bundestag oder das europäische Parlament demnächst jeden Gesetzesentwurf, bevor er auch nur in die Parlamentsdebatte kommt, diesen internationalen Einrichtungen vorlegen muß, ob das womöglich akzeptiert wird. Dann kann das deutsche Volk sagen, was es will, es kann auch den Mond anbellern, das hat die gleiche Wirkung. Das ist dann nicht mehr das Land, in dem wir heute leben. Deswegen kann ich nur sagen: Wunderbar, daß der Koalitionspartner das so deutlich gemacht hat, und ich gehe davon aus, daß dies eine Flächenwirkung in der Regierung haben wird. Denn sonst wird es ein wichtiges Thema für den kommenden Wahlkampf. Ich mache keinen Hehl daraus, daß ich eigentlich verzweifelt darauf warte, daß aus unseren CDU-Reihen auch ähnliche Aussagen kommen, weil sonst Sigmar Gabriel eine viel zu gute Figur abgäbe.

Weil wir über die Amerikaner mit viel Sympathie sprechen, jedenfalls, was den Zeitraum bis 1990 anbetrifft, machen wir uns ja eigentlich keine Gedanken darüber, warum das nun in den internationalen Verhandlungen mit ihnen so gekommen ist. Warum müssen Schiedsgerichte über uns entscheiden? Und zwar nicht nur im Zusammenhang mit ökonomischen, sondern auch mit zu tiefst politischen Fragen. Ich will da keine Vermutung äußern, aber ich weiß natürlich, daß die amerikanische Anwaltschaft der größte Spender für die Demokratische

Partei ist, und daß wir derzeit einen demokratischen Präsidenten haben. Ja, meine Damen und Herren, das nennt man normalerweise im ökonomischen Bereich „return on investment“. Diejenigen, die gespendet haben, wollen sich einträgliche Perspektiven für die Zukunft sichern, und das heißt, das große Geschäft zu Lasten der Europäer, die dann nichts mehr zu sagen haben.

Es kommt aber doch darauf an, daß wir über unser Schicksal selbst entscheiden. Wir kommen aus einem Land, das unter Willy Brandt – mir geht ziemlich schwer über die Lippen, den nächsten Sozialdemokraten anzusprechen – mehr Demokratie wagen wollte, und auch die bürgerliche Demokratie in dieser Zeit in der Fläche tief verankert hat. Die Parteien haben sich damals um die Bürger in einer Art und Weise gekümmert, wie das heute fast flächendeckend nicht mehr der Fall ist. Wenn wir uns die letzten 25 Jahre einmal ganz nüchtern ansehen, so stellen wir fest, daß sich das Land immer mehr von diesem Zustand weg entwickelt hat. Wir konnten schon in den 90er Jahren, aber in jedem Fall nach 2000 sehen, daß der Bürger immer weniger gefragt ist, sondern fast nur noch der Steuerzahler und Konsument. Das ist immer weniger das, was wir – ich meine die, welche hier im Saal etwa in meiner Altersklasse sind – in unserem Land mitentwickelt haben, als wir noch das Sagen hatten. Und darüber können jetzt nur unseren Unmut äußern.

Es wird Sie nicht überraschen, daß ich im Zusammenhang mit einem ehemaligen Oberst der Bundeswehr auch über eine militärpolitische Komponente unserer heutigen Lage spreche. In diesen Wochen soll im Deutschen Bundestag über den Parlamentsvorbehalt für Militäreinsätze anders entschieden werden, als wir es seit Jahren praktiziert haben.

Was ist damit gemeint? Wir haben die Regel, daß über einen Auslandseinsatz der Bundeswehr, vor diesem Einsatz, im Deutschen Bundestag und damit in aller Öffentlichkeit diskutiert wird. Das hat uns bisher davor bewahrt, so zu werden wie die Engländer und an jedem Krieg beteiligt zu sein. Es gibt ja eigentlich keinen Konflikt, bei dem die Engländer nicht „hurra“ schreien, daß sie dabei sein können. Aber die Debatte Deutschen Bundestag mit der Öffentlichkeit, die da hergestellt wurde, das war die große Bremse dagegen, alles mitzumachen. Doch das soll jetzt geändert werden. Ein Hamburger ist dabei an der Spitze maßgeblich beteiligt. Er war einmal Verteidigungsminister und ver-

kündet landauf, landab die Botschaft, die Verbündeten müßten sich ja auf uns verlassen können und vorher wissen, zu was wir willens, fähig und bereit sind – was wir also mitmachen.

Die Problemlage ist aus meiner Sicht aber eine ganz andere. Die Soldaten, heute muß man ja auch sagen, die Soldatinnen der Bundeswehr, müssen sich darauf verlassen können, daß sie nur eingesetzt werden nach Recht und Gesetz und in Übereinstimmung mit dem Grundgesetz unseres Landes. Ich sage das deshalb auch so mit Nachdruck, weil in Bezug auf den völkerrechtswidrigen Krieg gegen die Bundesrepublik Jugoslawien 1999 der damals verantwortliche Bundeskanzler Gerhard Schröder im Mai des vergangenen Jahres öffentlich eingestanden hat: Natürlich habe er das Völkerrecht gebrochen als er den Angriffsbefehl gegen Jugoslawien gegeben habe.

In welchem Land leben wir eigentlich, wenn es keinen Respekt vor unserer Verfassung gibt, die in Artikel 26 genau das, einen Angriffskrieg, unter Strafe stellt? Nun mag ich den Gerhard Schröder mit seiner lockeren Lippe und will ihn auch gar nicht in die Nähe des Internationalen Strafgerichtshofs von Den Haag rücken, aber wie ernst nehmen wir eigentlich unsere Rechtsordnung, wenn ein Bundeskanzler das sagen kann und kein Aufschrei durch die Republik geht? Hat noch immer keiner begriffen haben, was da damals eigentlich geschehen ist, und daß seither immer wieder Handlungen unternommen worden sind, die über unsere Verfassung hinausgehen und gegen die Verfassung sind, um zu militärischen Aktivitäten der NATO oder der Haupt-Bündnismacht Vereinigte Staaten beitragen zu können?

Vor diesem Hintergrund kann ich nur sagen: Wenn man jetzt an den Parlamentsvorbehalt geht, dann weiß ich doch genau so gut wie Sie, daß dann schließlich nicht einmal mehr die Bundesregierung über die Bundeswehr und ihre Einsätze entscheiden wird, sondern die NATO, wenn nicht sogar die USA. Das muß ich so beurteilen nach dem, wie in Berlin jetzt regiert wird.. Der einzige Schutzwall, den die Bundesregierung gegen Nötigungen aus dem Bündnis oder seitens der Amerikaner hatte, war bisher die öffentliche Diskussion im Deutschen Bundestag. Denn jede Regierung sagt, wenn sie etwas nicht will: Ich muß damit ins Parlament gehen, und das Parlament hat eine andere Meinung. Das sagen sie sogar im amerikanischen Kongress. Wenn wir aber den deutschen Bundestag und seinen Parlamentsvorbehalt ausschalten, dann müssen wir uns nicht wundern, wenn unsere Enkelinnen und

Enkel demnächst eingesetzt werden, weil der amerikanische Oberbefehlshaber oder der amerikanische Präsident das wollen.

Meine Damen und Herren, in welche Richtung entwickeln wir uns eigentlich, daß wir so etwas auch nur im Ansatz diskutieren müssen? Wir sehen doch den Nutzen des Parlamentsvorbehalts daran, daß die deutsche Haltung, die wir praktiziert haben – wenn nicht Fehler, wie der von Gerhard Schröder die gemacht worden sind – dazu beigetragen hat, daß das britische Parlament und selbst der amerikanische Kongress nicht willens waren, dem beabsichtigten Krieg gegen Syrien, ihre Zustimmung zu geben. Ich sage nicht, daß am deutschen Wesen irgend einer genesen soll. Ich bin Rheinländer, ich weiß, wie die Welt aussieht, und nehme an, daß es andere auch wissen. Aber wir tragen doch damit zum Frieden bei.

Wenn wir uns die Welt ansehen, wie sie nach 1990 geworden ist, so fehlt doch eigentlich nur noch die Zündschnur zwischen den Konflikten, und wir haben den Weltenbrand zum dritten Mal, nachdem er uns zweimal bereits die Substanz geraubt hat. Was man im Zusammenhang mit der weltpolitischen Entwicklung, ohne jetzt auf einzelne Konflikte eingehen zu müssen, doch sagen kann, ist folgendes: Wir können jetzt ohne Probleme von Düsseldorf nach Binz fahren, weil wir uns gut aufgestellt hatten – in der Europäischen Gemeinschaft, in der NATO, aber auch in internationalen Verhandlungsforen, die es uns erlaubt haben, mit der Sowjetunion und den Staaten des Warschauer Paktes über die Probleme, die wir in Europa hatten, so zu reden, daß die Wiedervereinigung Deutschlands das Ergebnis dieser Verhandlungspolitik war. Wir hatten nach 1990 die Vorstellung, daß wir andere Problemregionen auf dem Globus, auch in unserer Nachbarschaft, über Verhandlungen aus dieser Sprengfallenmentalität würden herausbringen können. Aber irgend etwas muß in den 90er Jahren mit unseren amerikanischen Freunden passiert sein, daß die gesagt haben: Eine Welt, die es mit Verständigung macht, und die die Probleme löst, ist nicht in unserem Sinne; wir setzen auf Gewalt zur Durchsetzung unserer Interessen. Deswegen haben wir diese Politik seit Mitte der 90er Jahre; ich brauche es ja nur aufzuzählen: Jugoslawien, Afghanistan, Irak, Libyen, Syrien. Um uns herum wird doch in einer Weise gezündelt, daß es nur so kracht.

Wenn wir eine Perspektive haben wollen in Zusammenhang auch mit dem Einsatz unserer Bundeswehr, dann müssen wir doch wieder zurückkehren zu dem, was es in der deutschen Politik schon mal gegeben

hat. Ich mache ja kein Geheimnis daraus, daß ich voller Hochachtung an Helmut Kohl denke. Aber auch Hans Dietrich Genscher war ein Außenminister, der diesen Namen noch verdiente; er war ein Meister aller Klassen, der sich vor allen Dingen gemeinsames Vorgehen mit anderen Aufgabe gemacht hatte und diese auch nachweislich erfüllte: Er hat die anderen europäischen Kollegen immer in seine Überlegungen einbezogen. So lange wie Helmut Kohl an der Regierung war – dann kam ja der unsägliche Joschka Fischer als Außenminister – , habe ich keinen Tag erlebt, an dem nicht Genscher und Kinkel mit Kollegen der europäischen Nachbarn Konzepte entwickelt hätten, wie man aus aktuellen Schwierigkeiten herauskommen könnte.

Seit dieser Zeit haben wir eine Defizitentwicklung nach der anderen, und die Außenminister waren entweder so wie Fischer, oder wie Westerwelle. Jetzt kann man ja eine gewisse Hoffnung im Hinblick auf Frank-Walter Steinmeier haben. Ich wünsche ihm jeden Erfolg, inklusive vielleicht sogar der Möglichkeit, nicht nur Außenminister zu sein, um den Herrn Gauck nicht mehr reden hören zu müssen.

Was mir wirklich Sorge macht, und Ihnen mit Sicherheit auch, ist die Ukraine-Krise. Wir haben erlebt, daß die drei Außenminister aus Paris, Warschau und Berlin eine Lösung des Übergangs für die Regierung unter dem Präsidenten Janukowitsch ausgearbeitet hatten. Doch weil die Amerikaner und ihre Verbündeten in der Ukraine in dieser Nacht den Daumen gesenkt und die Abmachung in der Luft zerrissen haben, ist daraus nichts geworden. Man kann über Janukowitsch trefflich streiten, aber noch wenige Tage vorher war er, den man dann aus dem Amt getrieben hat, für die Europäische Union offensichtlich der geeignete Verhandlungspartner für ein Assoziierungsabkommen. Man stürzt recht schnell, wenn man nicht gefügig ist... Das Ergebnis haben wir nun seit einem Jahr.

Doch dann gab es Minsk 1 und danach Minsk 2. Aber wie sicher ist es, daß sie auch den deutschen Interessen entsprechen, für deren Vertretung Sie auch in dieser Veranstaltung plädieren?

Man weiß ja bei diesem Treffen von Minsk 2 nicht genau, in welchen Gesamtrahmen man das eingruppiert muß. Man kann der Auffassung sein, und dafür habe ich große Sympathie, daß die Bundeskanzlerin und der französische Präsident in Anbetracht dessen, was seinerzeit drohte – nämlich ein amerikanischer Militäreinsatz in der Ukraine, und damit ein Schießkrieg mit der Russischen Föderation –, daß die beiden,

salopp gesagt, den Stöpsel aus der Badewanne gezogen und dadurch eine Lösung dieser gefährlichen Entwicklung möglich gemacht haben. Es kann aber auch bedeuten, daß es für Poroschenko nur darum geht, Zeit für den Aufbau der ukrainischen Streitkräfte zu gewinnen. Das hat vor wenigen Tagen der neue Ratsvorsitzende der Europäischen Union, der ehemalige polnische Ministerpräsident Tusk öffentlich so gesagt hat, was m.E. auch in der Süddeutschen Zeitung nachzulesen war. Wenn das stimmt, kann ich nur fragen: Für was sollen denn die Streitkräfte aufgebaut werden? Hat Frau Merkel nur Zeit zur Vorbereitung einer Wiedereroberung der Ostukraine gewonnen? Mußte sie Zeit schinden, um eine solche Möglichkeit zu schaffen?

Warum sage ich das? Wenn Sie sich die deutsche Politik aus Berlin ansehen, dann darf es eigentlich keinen Tag geben, an dem man sich als Bürger nicht kritisch äußert. Wir wissen ja heute, welche Möglichkeiten, sich über das Netz ergeben, neben der nur ausnahmsweise kritischen Publizistik selbst Meinungsbildung zu betreiben. Man kann sagen, was man über das Ganze denkt und muß nicht nicht mehr nur schmollen.

In welchem Land haben wir eigentlich bisher gelebt, daß wir immer als freiheitliches Land empfunden haben, daß wir jetzt Angst haben müßten, unsere Meinung zu sagen? Es ist doch in Deutschland noch nie so frei (und nötig) gewesen, als daß man es nicht **tun** muß!

Vor diesem Hintergrund kann ich nur sagen: Wir brauchen nicht darüber zu reden, daß die Interessen unseres Landes von irgend wem wahrgenommen werden, **wir** müssen es tun!



Fragezeit

Frage

Herr Wimmer, Sie haben gesagt, Sie hätten Sympathie für Amerika. Nun sind die USA doch das Land, das die meisten Kriege geführt hat. Ich glaube, ungefähr an die 200. Und die Monroe-Doktrin, die erweiterte von 1827, hat doch im Grunde genommen das vorgegeben, was wir heute sehen, d.h., daß die alte Kanonenbootpolitik, die doch im Hintergrund stand, nun weltweit praktiziert wird. Wie kann man für solch ein Land eigentlich Sympathie haben? Das verstehe ich nicht. Sie haben von Herrn Genscher gesprochen. Herr Genscher hat Herrn Chodorkowski nach seiner Freilassung und Ankunft in Berlin in Empfang genommen und sympathisch gefunden, ähnlich wie Marie-Luise Beck. Ich finde, diesen Mann, der das russische Volk beraubt hat, in Deutschland überhaupt nicht empfangswürdig. Wie sehen Sie das?

Willy Wimmer

Ich weiß nicht, was Sie gehört haben, aber ich habe mich, glaube ich, ziemlich nüchtern mit der amerikanischen Politik auseinandergesetzt. Und dann kann man das nicht in so einen Satz packen, den ich auch nicht gesagt habe. Ich bin nicht etepetete, doch auf solche Genauigkeiten lege ich wert. Über die Vereinigten Staaten und ihre Politik haben Herr Backerra und ich uns in den letzten anderthalb Wochen intensiv ausgetauscht. Am letzten Wochenende sind wir mit den Äußerungen der Stratfor-Ikone George Friedman konfrontiert worden, wonach das Grundproblem eigentlich darin besteht, daß es uns Deutsche gibt und wir möglicherweise ein enge Partnerschaft mit der Russischen Föderation treten wollten, daß es aber amerikanische Politik seit hundert Jahren gewesen sei, genau das zu verhindern. Ich habe mich dazu natürlich auch öffentlich geäußert, was im Internet bei Ken Jebsen (www.kenfm.de) nachzuhören ist. Ich habe gesagt, wenn man das zum Nennwert nimmt, dann muß man wohl die Geschichte seit 1871 in dieser Hinsicht umschreiben, weil wir aus eine anderen Vorstellung diesen Faktor nicht berücksichtigt haben – einen sehr wichtigen Faktor. Das muß man auch für die heutige Situation ganz nüchtern ins Kalkül ziehen. Ich weiß, daß es in den Vereinigten

Staaten 124 oder noch mehr Beratungseinrichtungen wie Stratfor gibt, aber Stratfor hat einen militärischen und nachrichtendienstlichen so ernst zu nehmenden Hintergrund, daß das nicht irgend jemand gesagt hat, weshalb es mich alarmiert hat, mich kritisch damit auseinanderzusetzen.

Nun zu Herrn Herrn Chodorkowski. Ich war zufälligerweise in Moskau kurz nachdem man Herrn Chodorkowski verhaftet hatte, und weil ich mangels eines Hotelzimmers in der Deutschen Botschaft untergekommen war, konnte ich auch mit jedem reden, der da rumlief, auch mit denen, die zur offiziellen Residentur des Bundesnachrichtendienstes in Moskau zählten. So wie sich das vor dem Hintergrund der internationalen und nationalen Pressemeldungen für mich dargestellt hat, war es so, daß er die DUMA bestochen haben soll. Aber in Moskau piffen es die Spatzen von allen Dächern, daß das jeder da getan hat, der Geld hatte. Wenn es alle taten, mußte man also deswegen keinen verhaften. Aber im Umfeld dieser Dinge hat man gesehen, daß die Kontrolle der Russischen Föderation über ihre Erdgas- und Erdölvorräte längst in der Wall Street und in der City of London gelandet waren. Und in dem Kontext war manches Vorgehen Moskaus zu erklären.

Ob es richtig war, Herrn Chodorkowski zu empfangen und sympathisch zu finden, könnte man nur beurteilen, wenn man wüßte, aus welchem Grund und zu welchem Zweck das von dem einen oder der anderen getan und gesagt wurde. Welche Querverbindungen und welche Ziele gab es da im Bezug auf diesen Mann, warum hat sich Genscher um seine Freilassung bemüht?? Das weiß ich nicht und möchte es deshalb nicht beurteilen.

Frage

Herr Staatssekretär, ich stimme Ihrer eindrucksvollen Analyse völlig zu. Ich frage aber doch, ob wir uns nicht etwas vormachen. Sie sagten im Vortrag, wir sollten über unser eigenes Schicksal entscheiden. Das klingt gut. Doch müssen wir nicht aufpassen, das wir nicht wieder zwischen allen Stühlen sitzen? Diese alte deutsche Gefahr ist Ihnen ja bekannt. Müssen wir uns nicht zähneknirschend für die eine oder die andere Seite entscheiden?

Meine Frage ist also: Wie beurteilen Sie den Spielraum der deutschen Politik?

Willy Wimmer

Ja, das werden wir in diesen Tagen, und im Zusammenhang mit der Überlebenschance von Minsk 2 sehen. Deswegen habe ich dieses Beispiel eben angesprochen. Es ist für mich total verblüffend und vielleicht für den einen oder anderen hier auch, daß die Bundeskanzlerin mit den anderen Dreien diese Vereinbarung getroffen hat, und diese nun offensichtlich, wenn auch mit Mühe, umgesetzt wird. Gleichzeitig lese ich jetzt, daß amerikanische Militärberater in die Ukraine kommen und 35 britische schon da sind. Das heißt, wir bemühen uns in Übereinstimmung mit den Franzosen, auch den Ukrainern und den Russen, daß es nicht zum Schlimmsten kommt, aber andere haben offensichtlich dieses Interesse nicht und torpedieren das.

Das Zweite, das mir aufgefallen ist, weil ich ja selber mal in dem Gewerbe war, was Presseerklärungen und öffentliche Aussagen betrifft, daß die Bundeskanzlerin in ihrer Sorge um Minsk 2 in Berlin ziemlich allein gelassen wird. Auch vom überwiegenden Teil der deutschen Medien. Sie können jede beliebige Nachrichtensendung verfolgen, auch die der öffentlich-rechtlichen Sender – es wird eigentlich immer nur gesagt, daß Minsk auf so tönernen Füßen steht, daß man dem keine Chance beimißt.¹

Vor diesem Hintergrund ist das, was Sie gesagt haben natürlich das tägliche harte Brot der Bundeskanzlerin und bestimmter Schlüsselminister: Deutsche Interessen nach allen Seiten wahren, ohne dabei zwischen die Stühle zu geraten.

Wir glauben, den Verein (die Bündnispartner) bei Laune halten zu müssen. Und die anderen setzen genau da an. Wir haben es doch in diesen Tagen lesen können, zu was es führt, wenn wir da nicht aufpassen. Die Steuervorteile, die Jean-Claude Juncker amerikanischen Großkonzernen in Luxemburg verschafft hat, die sie aber auch in den Niederlanden, in Irland und anderweitig in Europa genießen, haben dazu geführt, daß diejenigen, die darüber hier den Marktzugang bekommen haben, deutschen, französischen und spanischen Unternehmen das Lebenslicht ausblasen, weil sie Wettbewerbsvorteile haben. Aber die

¹ Es ist auch sehr merkwürdig, daß von Deutschland und anderen EU-Länder keinerlei politischer oder medialer Druck auf Kiew ausgeübt wird, den russisch-sprachigen Gebieten der Ukraine endlich die (u.U. föderalen) Rechte einzuräumen, die zur Befriedung des Konflikts nötig wären. *MB*

Gewinne sind alle in Richtung USA geflossen. Und wer hat die Steuer für das bekommen, was hier durch die wilde Kooperationsbereitschaft der Luxemburger, der Holländer und anderer abgeschöpft worden ist? Obama hat über 200 Milliarden US-Dollar an Steuern eingeheimst als einmalige Zahlung aus den Vorgängen, die wir hier in Europa beklagen. Da müssen wir mit mehr Durchsetzungskraft herangehen. Doch wenn wir alle sagen „so lange es uns besser geht als den Nachbarn, halten wir den Mund“, wird sich daran auch nichts ändern.

Frage

Herr Wimmer, man wirft allgemein Herrn Putin vor, daß er die Krim annektiert hat. Die Bewohner der Krim hatten aber die Gelegenheit, zu entscheiden, ob sie zu Rußland oder zur Ukraine wollten. 1945 hat Amerika uns annektiert, jedenfalls nach meiner Auffassung, aber wir haben bisher nicht die Möglichkeit gehabt, zu entscheiden, ob wir amerikanische Kolonie bleiben, oder ein souveräner Staat werden wollen. Wie sehen sie das?

Willy Wimmer

Ich habe vor zwei Tagen in einem Interview mit „Russia Today“ den Begriff verwendet: Wir leben in einer Kolonialsituation. Aber ist das Schuld der Amerikaner? Nein, der Grund ist, daß wir so denken, und uns auch so verhalten. Die Möglichkeiten, die wir haben, sind andere. Aber wenn uns das alles immer egal ist, was passiert und wir alles immer hinnehmen oder mitmachen, dann bleiben wir natürlich in dieser Lage. Ich habe es ja eben im Zusammenhang mit dem sogenannten Freihandelsabkommen gesagt, bei dem sich erst noch zeigen wird, wie souverän wir sein wollen. Vor diesem Hintergrund müssen wir uns zunächst fragen, wie aufrecht wir gehen wollen, bevor wir über Abstimmung oder sonst etwas nachdenken.

Was die Krim betrifft, so habe ich darüber meine Kenntnisse und könnte jetzt drei Tage darüber sprechen, will es aber nicht. Nur einige Hinweise: Wir im Westen wußten alle, wie fragil die Situation auf der Krim war, auch staatsrechtlich im Verband der Ukraine. Man durfte daran nicht kratzen. Aber noch in der Nacht, in welcher der Maidan-Putsch durchgeführt wurde, hat man substanzielle Maßnahmen gegen die östlichen und die südlichen Provinzen der Ukraine verfügt. Man hatte einen Putsch durchgezogen, aber die Leute waren nicht damit

einverstanden. Man drohte, die Verhältnisse von Kiew auf die Krim zu übertragen. Das war Punkt Nr. 1. Punkt Nr. 2: Wir sind ja nicht blauäugig und wußten doch ganz genau, daß die Krim mit der dort stationierten Schwarzmeerflotte das Rückgrat der russischen Unterstützung für die Syrer ist. Und dagegen haben die Amerikaner doch das ganze ausgelegt. Die wollten sich die Krim unter den Nagel reißen, um mit ihrer Politik im Mittleren und Nahen Osten zu reüssieren. Damals waren amerikanische Marinestreitkräfte im Schwarzen Meer unterwegs. Wenn ich auch nur im Traum daran denke, was ein Schießkrieg zwischen den Vereinigten Staaten und der Russischen Föderation für uns bedeutet hätte, dann kann ich nur sagen, daß uns das, was auf der Krim abgelaufen ist, nach meiner Einschätzung vor einem großen europäischen Krieg bewahrt hat. Das hätte man in Kiew (und Washington) vorher bedenken können und müssen.

Veranstalter

Herr Wimmer, ich glaube, die meisten hier wissen gar nicht, was Kiew gleich nach dem Putsch in der Südost-Ukraine angestellt hat. Könnten sie dazu noch Genaueres sagen?

Willy Wimmer

Das, was in der Putsch-Nacht an Beschlüssen gefaßt wurde, ist alles nachzulesen. Sie haben noch in der Nacht dekretiert, daß die russische Sprache, die ja für Millionen in der Ukraine Muttersprache ist, als Amtssprache abgeschafft werden sollte. Außerdem sollten die Führungskräfte, die mit der aus dem Amt geputschten Regierung Janukowitsch verbunden waren, durch Sonderkommandos in der Nacht oder in den nächsten Tagen auch noch alle einkassiert werden, und, und, und. Hier in Hamburg war ja mal ein bedeutendes deutsches Pressehaus zentral angesiedelt, der Axel Springer Verlag, und deswegen kann ich mich in diesem Zusammenhang nur auf die Berichterstattung in der Bild-Zeitung, wohl in der „Bild am Sonntag“, berufen. Ich glaube, es war im Mai vergangenen Jahres, da wurden in dieser Zeitung da Bilder gezeigt, wonach amerikanische Söldner in der Ostukraine unterwegs waren, um da die Dinge so richtig aufzumischen. Somit haben wir es im Zusammenhang mit der Ukraine mit einer Situation zu tun, von der ich nur sagen kann: Wir im Westen sind eigentlich für alles das verantwortlich.

Frage

Herr Wimmer, ein Landsmann von Ihnen, Konrad Adenauer, sagte vor langer Zeit: Kinder kriegen die Leute immer. Vor kurzer Zeit ging ich über den Hauptbahnhof hier und traf auf einen Stand von Salafisten. Das waren alles junge, stramme Leute zwischen 25 und 30. Es war eine richtige Aufbruchstimmung, und man fühlte wirklich: die haben etwas vor, aber nicht in unserem Sinne! Wer die Jugend hat, hat die Zukunft. Wie aber wird unsere Zukunft aussehen, wenn es kaum noch Jugend gibt, und die welche es gibt, von uns abdriftet?

Welche Bevölkerungs- oder Familienpolitik sehen Sie, durch die eine Zukunft in unserem Sinne gestaltet werden kann?

Willy Wimmer

Das ist natürlich auch, wie die Ukraine-Frage, jetzt verstärkt Tagesthema. Wir haben vor 25, 30 Jahren die Probleme schon absehen können,, die wir heute auf der Straße erleben. Die das sahen haben gesagt: Das Problem bekommt man nicht durch Panzer an den Grenzen in den Griff, sondern nur dadurch, daß man die Politik, die wir in Europa betrieben haben, auf den südlichen Rand des Mittelmeeres überträgt. Das heißt, man muß die nordafrikanischen Staaten stabilisieren, möglicherweise auch unter Einschluß von Israel, um sicherzustellen, daß sie politisch harmonieren und die Konflikte untereinander friedlich lösen. Das sollte dazu führen, daß es ihnen ökonomisch so viel besser geht, daß wir zwischen uns und Schwarzafrika einen Gürtel relativen Wohlstands haben, der die Armutsfucht aus dem Süden abfedert. Das war erklärte Politik im Rahmen der KSZE. Das ist uns von unseren Bündnispartnern aus der Hand geschlagen worden. Man wollte diese Verständigungspolitik nicht. Und jetzt haben wir eine Masseneinwanderung, bei der man sich fragen muß: Wo ist eigentlich der zuständige Innenminister dieser Bundesregierung in der Auseinandersetzung mit den Dingen, die wir da immer erleben? Wenn ich zu schnell fahre, sind sie sofort hinter mir her, her, und ich muß für jede Geschwindigkeitsübertretung blechen. Wenn Einwanderer sagen: mich stört das nicht, daß man einen Paß haben muß, um nach Deutschland zu kommen, dann nehmen wir das hin. Diese Permissivität bringt bei uns die Dinge aus dem Lot. Wir wissen, wohin das führt und müssen umsteuern.

Alexander Gauland

Ein Europa selbstbestimmt vereint wirkender Vaterländer



Meine Damen und Herren, es tut mir leid, daß ich nur sehr kurz sprechen werde. Denn ich habe eine schwere Magengrippe und mußte vorgestern im Landtag die Haushaltsrede halten, was eigentlich für die nächsten Tage gereicht hätte. Ich bin nur gekommen, weil ich es Ihnen fest zugesagt habe.

Wenn ich bei Ihnen vor einem Jahr gewesen wäre, oder vor zwei Jahren, dann hätte die Frage „Quo vadis Europa?“ eigentlich keinen interessiert, sie hätte ziemliches

Gähnen ausgelöst. Denn kein Mensch hätte wirklich geglaubt, daß es da irgendwelche Alternativen gäbe, oder daß es notwendig sei, sich darüber Gedanken zu machen. Ich erinnere mich noch gut: Kurz vor der Bundestagswahl wollten wir als neue Partei auch mit anderen als den ursprünglichen Themen in die Öffentlichkeit treten, und berieten uns zunächst ganz informell. Da habe ich zu meinem Freund Bernd Lucke gesagt: Wir müßten auch etwas über die Außenpolitik sagen. Darauf meinte er: Was sollen wir über Außenpolitik sagen? Wir sind in der NATO, das ist in Ordnung, es hat sich nichts geändert, und wir wollen da nichts ändern, es soll so bleiben, wie es ist. Das war die Einstellung kurz vor der Bundestagswahl. Das ist keine Kritik, ich will nur deutlich machen, wie damals die allgemeine Stimmung war: Außenpolitik spielte eigentlich keine Rolle. Heute sieht das Bernd Lucke auch anders. Nun sagt man einfach so schön: Die Welt hat sich geändert. Doch Ich glaube, sie hat sich nicht geändert – was sich geändert hat, ist unsere Wahrnehmung. Frau Merkel hat vor kurzem erklärt, Herr Putin lebe in einer ganz anderen Welt, und sie war völlig verdattert, daß jemand überhaupt in Europa auf die Idee kommen könne, politische Ziele – sagen wir es vorsichtig – durch Anwendung von Gewalt, durchzusetzen. Nur ich fürchte, Frau Merkel lebt in einer anderen Welt, denn in der Welt, in der Putin lebt, leben auch die Chinesen, ich würde sagen, die Brasilianer, die Inder, die Japaner – alle

leben in dieser Welt, nur wir Deutschen leben in einer anderen oder bilden uns ein, in einer anderen zu leben. Die Welt hat sich nämlich nicht geändert, und Europa ist keineswegs je eine Insel der Seligen je gewesen. Es gelten immer noch und immer wieder die Gesetze der Machtpolitik. Nur wir Deutschen wollten sie lange Zeit nicht hören, denn wir waren ja friedlich, glücklich im postheroischen Zeitalter angekommen und dachten, es gäbe nie wieder irgendwelche ernsthaften Auseinandersetzungen.

Als die Sowjetunion zusammenbrach, waren wir ja alle ganz glücklich. Wir hörten viel Kluges über die Welt, die jetzt ganz anders aussehen werde, daß es überhaupt keine machtpolitischen Auseinandersetzungen mehr geben werde. Es gebe nur noch die kapitalistische Produktionsgemeinschaft, und wir müßten einigen Ländern ein bißchen helfen, aber letztlich drehe sich alles nur noch um Außenwirtschaftsbeziehungen. Nun begehen wir ja in dieser Zeit mehrere Jahrestage: Wir feiern bald Bismarcks 200sten Geburtstag, und wir hatten auch das Gedenken an den Ersten Weltkrieg. Das Erstaunliche ist, daß es diese merkwürdige Haltung, die nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion in diesem Lande ausbrach, es schon einmal gegeben hat, nämlich 1913. Auch da waren viele davon überzeugt: Krieg kann es nicht mehr geben, er ist überhaupt kein Mittel mehr zur Lösung politischer Fragen. Die Wirtschaft dominiert alles. Die Wirtschaft wird die ganzen politischen Themen an den Rand drängen: Ende der Geschichte. Wir kennen das aus der Jetztzeit von einem angeblich klugen Amerikaner. Es ist selten so viel Stuss geredet worden. Aber man muß sagen, ein wirklich kluger Mann, Walther Rathenau, hat das 1913 auch geglaubt. Er hat geglaubt, daß es keinen Krieg mehr geben könne, daß es keine Auseinandersetzungen um Gebiete mehr geben werde, daß es gar nicht mehr möglich sei, wie er sich ausdrückte, in der kapitalistischen Weltwirtschaft Krieg zu führen. Nun ist es das Ironische in der Geschichte, daß dieser große deutsche Patriot Rathenau dann alles dafür tun mußte und getan hat, daß die Deutschen vier Jahre Krieg durchgestanden haben; denn ohne Walther Rathenau wäre die deutsche Rüstungsindustrie schon 1915 am Ende und damit der Krieg verloren gewesen.

Die Überzeugung, daß Traditionen sich auflösen würden, daß es nur noch einen kapitalistischen Wettbewerb gebe, daß es auf Staaten nicht mehr ankomme, daß es auf Politik nicht mehr ankomme – diese Überzeugung entsteht erstaunlicherweise immer wieder neu, obschon

es zur selben Zeit immer auch Belege dafür gibt, daß es nicht stimmt. Nun kam bei uns der berühmte 11. September, wir hatten es plötzlich mit Islamismus, Terror, Afghanistan usw. zu tun, und der Glaube an das Ende der Geschichte wurde immer schwächer. Er widerlegte sich schon außerhalb Europas. Nun hat auch Rußland den Glauben widerlegt. Und wir müssen feststellen, was Frau Merkel immer wieder in neue geistige Unruhe stürzt, daß die Russen mit Modernisierungspartnerschaft wenig anfangen können, daß sie allerdings mit der Krim handfest etwas anfangen können und wollen, und sie sich auch zurückgeholt haben. Das heißt, unsere Vorstellungen von Politik – wir bieten ihnen Technologie an und, wie es so schön heißt, eine Modernisierungspartnerschaft – ist zwar eine schöne Vorstellung für uns, hat für die Russen offensichtlich überhaupt keine Bedeutung. Plötzlich ist Geschichte, die bei uns schon nach 1968 völlig abgeschafft war, wieder mächtiger als Wirtschaft, was sich eigentlich ja schon ab 1945 galt.

Doch das nüchtern einzusehen, fällt uns Deutschen besonders schwer. Denn wir haben nach 1945 gesagt: Nie wieder dürfen wir in diese Situation kommen. Und da wir keine vernünftigen, Schlußfolgerungen daraus gezogen, sondern nur geglaubt haben, es genüge moralische Konsequenzen zu ziehen, wird bei uns das Kind mit dem Bade ausgeschüttet. Das heißt, alles, was wir vor dieser furchtbaren Hitlerzeit hatten und wußten, und was große deutsche Traditionen ausmachte, wurde – ich will mich mal vorsichtig ausdrücken – an den Rand unseres Bewußtseins gedrängt. Es ist alles auf Hitler zugelaufen. So konnten Sie das ja lange Zeit lesen und hören, also von Hermann dem Cherusker angefangen, hat das deutsche Volk weiter nichts zu tun gehabt, als sich auf Hitler vorzubereiten. Dieser ganze Unsinn hat lange Zeit sogar unsere historischen Beurteilungen, Bücher usw. beeinflußt. Vor kurzen sagte ein Freund witzig, heute sei für die meisten Deutschen Leibnitz ein Keks und Bismarck ein Hering – das sei alles, was übrig geblieben ist.

Das, meine Damen und Herren, fällt uns natürlich jetzt auf die Füße. Wenn man die eigenen historischen Traditionen negiert, wenn man sich nicht mehr damit beschäftigt, warum, was, wie gemacht worden ist, auch, wo echte Schuld ist, und nicht mehr weiß, welche sehr klugen Staatsmänner es unter unseren Vorfahren gegeben hat, wie den schon erwähnten deutschen Juden Walther Rathenau, und viele andere, wenn man diesen wesentlichen Teil der Geschichte ausblendet, hat man

keinen Maßstab für heute und die Zukunft. Aber leider steht das in Deutschland noch immer nicht wieder auf der Tagesordnung. Allerdings muß ich zugeben, daß sich die Lage hat insofern gebessert hat, als Bücher, wie z. B. das von Christopher Clark über den 1. Weltkrieg – „Die Schlafwandler“ – in Deutschland schon ganz erstaunlich positiv aufgenommen worden ist. Ich bin mir jedoch nicht so sicher, ob dieses Buch nicht auf den Index gekommen wäre, hätte es ein deutscher Historiker geschrieben.

Es gibt auch in diesem ganzen Zusammenhang eine Menge Heuchelei. Denn wir haben zwar vom Ende der Geschichte geträumt, und wir waren richtig glücklich, daß wir jetzt endgültig in einer friedlichen Welt angekommen seien und uns mit der bösen Vergangenheit nicht mehr befassen müßten, aber getan haben wir etwas ganz anderes. Diese Heuchelei ist uns, und damit komme ich zur aktuellen Außenpolitik, von Rußland heimgezahlt worden.

Wir haben nämlich alle Staaten, die sich aus dem Ostblock gelöst haben – was ihr gutes Recht war – in die Nato oder in die EU gezogen, obwohl wir bei der Wiedervereinigung Deutschlands den Russen versprochen hatten, die NATO werde an der Oder enden. Schluß, aus. Und wo ist die NATO heute? Fast an der russischen Grenze, nur Weißrußland und die Ukraine sind nach dazwischen. Nun kommen die damals Verantwortlichen, die den Bruch des Versprechens sogar zugeben. Horst Teltschik z.B., sagt: ja, ja, das haben wir den Russen versprochen, haben es aber nicht gehalten. Das bestätigt auch Hans Dietrich Genscher. Sie bringen allerdings ein Argument, das nicht ganz von der Hand zu weisen ist. Als die Frage der Wiedervereinigung anstand, und wir dieses Versprechen machten, d.h., nicht wir Deutschen, aber die Amerikaner, Engländer und Franzosen, gab es den Ostblock noch, und so kommen jetzt manche Taktiker auf die Idee und sagen: Es gab ja den Ostblock noch und wir konnten gar nicht wissen, daß diese Staaten einmal alle zu uns wollen; deswegen konnten wir das versprechen, aber wir mußten es nicht halten, denn die Welt hat sich geändert. Doch diese Art von Politik haben die Russen uns übel genommen. Das ist völlig klar. Ich kann nicht auf der einen Seite versprechen, die NATO endet an der Oder, und dann jeden Staat östlich davon aufnehmen. Und wir wollen uns doch auch nichts vormachen: Es hat viele auch in den deutschen außenpolitischen Eliten gegeben, die das wunderbar fanden. Ich selbst habe mich mit meinem Freund Arnulf Baring zerstritten, der zu mir

sagte: Diese Chance kriegen wir nie wieder, die Russen so weit wie möglich nach Asien zu schieben. Weg mit den Russen aus Europa! Wir nützen jetzt deren Schwäche aus.

Das kann man machen, aber das rächt sich dann später – darauf komme ich noch zu sprechen. Daß Heuchelei in der Außenpolitik etwas ist, was einem immer wieder heimgezahlt wird, sehe ich an einem anderen Beispiel, bei dem wir, Gott sei Dank, einmal gar nichts damit zu tun haben, nämlich am Nahen Osten. Da haben die Briten und die Franzosen, ich will gern zugeben, in Not – sie wollten den Krieg genauso gewinnen wie wir –, 1917 auf der einen Seite den Arabern versprochen, daß sie ein großes Arabisches Reich bekommen, und den Juden, daß sie dort drinnen, in dem Arabischen Reich, eine Heimstatt für das jüdische Volk erhalten. Das waren gegenteilige Versprechen, die sie gar nicht halten konnten, und auch nie halten wollten. Und was aus dieser Art von Außenpolitik geworden ist, das sehen Sie ja nun täglich oder wöchentlich, wenn Sie in die Zeitung schauen: Im Nahen Osten ist es immer noch dasselbe Problem, das nicht mehr lösbar ist.

Zurück zu Europa. Wie ich deutlich gemacht habe, war es das Ziel, die Russen so weit wie möglich nach Asien zu schieben – und das haben wir angefangen. Nur waren die Russen damals wirtschaftlich schwach, wie Sie wissen, Jelzin oft betrunken. Und nun kommt ein Argument dazu, das ich von den Verteidigern dieser Politik auch oft höre: Das sei eben Ausdruck des Selbstbestimmungsrechts. Plötzlich ist das Selbstbestimmungsrecht der Völker etwas, was sozusagen über allem steht – was bedeuten würde, daß das aus dem Selbstbestimmungsrecht von Polen, Slowaken, Slowenen, wem auch immer, sozusagen zwingend folge, daß wenn sie in die NATO wollten, sie auch in die NATO dürften. Das habe ich aber noch nie im Leben gehört. Selbstbestimmungsrecht bedeutet ganz klar, ich kann zwar den Anspruch äußern, aber ich muß nicht aufgenommen werden. Und tatsächlich hätte man diese Staaten nicht aufnehmen sollen. Aber lassen Sie mich noch ein Wort zum Selbstbestimmungsrecht sagen.

Wir haben über Heuchelei gesprochen. Ich bin nun alt genug, um mich noch der Kuba-Krise zu erinnern, 1961 bis 1963. Sie erinnern sich noch: der Flottenaufmarsch der Amerikaner und der Russen gegeneinander. Ich erinnere mich noch gut: Wir haben am Fernseher gesessen und dachten – so habe ich das jedenfalls mit meinen Eltern erlebt – jetzt beginne der 3. Weltkrieg, dies seien unsere letzten Tage und Nächte.

Damals haben sich die Russen und die Amerikaner natürlich über das Selbstbestimmungsrecht der Kubaner hinweggesetzt, denn das Selbstbestimmungsrecht der Kubaner hätte ihnen gestattet, diese Raketen aufzubauen. Warum durften sie die eigentlich nicht aufbauen? Sie durften sie zu Recht nicht aufbauen, weil es andere Regeln als das Selbstbestimmungsrecht gibt. Daß man im Hinterhof einer Weltmacht nicht mit dem Feuerzeug spielt. Und das haben seinerzeit sowohl die Russen als auch die Amerikaner, Gott sei Dank, akzeptiert. Keinen deutschen Politiker – außer Ulbricht – habe ich gehört, der gesagt hat: Oh, da ist das Selbstbestimmungsrecht der Kubaner verletzt worden, das ist ganz furchtbar, die müssen ihre Raketen haben. Schon an diesem Vergleich sehen Sie, wie leicht man in dieser Hinsicht durch zweierlei Maßstäbe heucheln kann.

Und nun komme ich noch einmal zurück zu den Entwicklungen um Rußland. Zu der Zeit, als Jelzin regierte, war Rußland schwach. Es ließ sich zwar die sogenannte Neue Ordnung gefallen, aber es empfand diese Ordnung natürlich als eine Demütigung. Ich habe es vorhin schon angedeutet: Demütigung wie Heuchelei sind die beiden schlimmsten Dinge, die man in der Staatenpolitik machen kann. Wir haben die Russen gedemütigt. Sie haben es in Hamburg nicht erlebt, aber ich im Osten sehr wohl, wie die Russen abgezogen sind. Sie, die Sieger, waren die übelst Geschlagenen, die noch dankbar waren, wenn sie irgend eine Fleischkonserve mitnehmen durften. Der Sieger Rußland hatte damals keine Möglichkeit, sich zu wehren, aber das hat sich tief in die russische Seele eingebrannt.

Daß Demütigung etwas Falsches ist, haben wir von Otto von Bismarck gelernt. Sie erinnern sich vielleicht: Nach Königgrätz war der preußische König derart begeistert, daß er nach Wien marschieren und unter den Fenstern der Hofburg eine Siegesparade abhalten wollte. Da ist Bismarck auf die Knie gegangen, das war eben ein großer Staatsmann, er hat die Knie des Königs umfaßt und gesagt: Demütigen Sie kein großes Volk, wir brauchen die Österreicher noch. Und obwohl der König tief beleidigt war, daß seine Siegesparade vor der Hofburg nun nicht stattfinden sollte, hat er letztlich seinem damaligen noch Ministerpräsidenten nachgegeben. Das ist große Staatsmannschaft! Und das vergleichen Sie einmal mit dem, was 1919 den Deutschen angetan worden ist. Alleine mit der Kriegsschuldfrage des Versailler „Vertrages“. Auch damals hat man ein großes Volk gedemütigt, damals war es

das unsere, und es hat sich in einer Weise gewehrt, die leider furchtbar war und auch völlig falsch. Ohne diesen Versailler „Vertrag“ und das, was damit verbunden war, wären die Deutschen wahrscheinlich nicht so verrückt gewesen, diesem Idioten aus Braunau irgendwann einmal die Stimme zu geben.

Die Russen sind nun wieder stärker geworden. Nun sammeln sie russische Erde ein. Sie haben eine uralte russische Politik neu erfunden, die gar nichts mit Breschnew und der Breschnew-Doktrin zu tun hat, sondern eine Tradition ist, die auf die Zarenzeit zurückgeht. Denn die Russen sagen sich: Entweder ihr behandelt uns auf Augenhöhe, oder wir zeigen euch, daß wir auch anders können. Das heißt, wir hätten nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion, nicht unbedingt die NATO auflösen sollen, aber wir hätten den Russen die Gemeinsamkeit eines europäischen Hauses anbieten müssen. Das haben wir aber nicht getan, sondern, wie schon gesagt, die Russen möglichst weit nach Osten schieben wollen. Und da die Russen als großes Volk sich das auf Dauer nicht gefallen lassen, haben sie jetzt, wo sie wieder stärker geworden sind angefangen, wie es in der russischen Geschichte heißt, russische Erde einzusammeln. Das ist nicht völkerrechtsgemäß, wie man mir richtigerweise immer wieder entgegenhält, und die Volksabstimmung in der Krim wäre mir anders lieber gewesen. Ich verteidige hier auch nicht die Frage, ob das dem Völkerrecht entspricht; ich frage mich nur: Sind wir nicht mitschuldig an einer Entwicklung, die den Russen gar keine andere Wahl gelassen hat, als wieder zurückzukehren in den Graben des Kalten Krieges, weil wir sie auf Augenhöhe bei uns nicht akzeptiert haben?

Meine Damen und Herren, da wird nun wieder gesagt, das sei ein ganz schwerer Völkerrechtsbruch. Das sehe ich auch so. Aber erinnern Sie sich noch, was die IWF-Chefin Lagarde vor kurzem gesagt hat? „Ja natürlich mußten wir alle Verträge brechen, auch den Maastricht-Vertrag, ganz klar. Wir mußten den Euro retten. Da muß man das Völkerrecht brechen.“ Bei Frau Lagarde geht das. Bei Putin ist es offensichtlich ein großes Verbrechen. Dabei hat Putin sich nur gesagt: Was die einen können, kann ich auch.

Vor allen Dingen sollten wir nicht mit Moral kommen. Nun können Sie mich fragen: Wie kommen wir aus dem Dilemma wieder heraus? Auf keinen Fall dadurch, daß wir einen Staat nach dem anderen, sozusagen geostrategisch in Richtung Westen bewegen, weil das die

Russen am Ende nicht zulassen werden. Selbst ein kluger Beobachter, der kein Putin-Freund ist, wie Michael Stürmer, sagt heute in der WELT: Es besteht eine echte Kriegsgefahr, wenn die Russen sich an die Wand gedrängt fühlen. Doch der Versuch, die Russen an die Wand zu drängen wird immer weiter gemacht. Die Sanktionen mögen das noch nicht auslösen, aber eine Politik, die den Russen das Gefühl gibt: wir haben keine andere Chance, als uns militärisch zu wehren, ist für uns höchst gefährlich. Ich glaube, wir kommen aus dem Dilemma nur dadurch heraus, indem wir den Versuch machen, diese Länder, die nirgends richtig hingehören, wie die Ukraine und Weißrußland, geistig in einer Pufferzone zu verorten, die eben nicht zu Westeuropa gehört, die nicht unbedingt in die EU muß, und die schon gar nicht, nur um irgendwelchen amerikanischen geostrategischen Interessen zu dienen, in die NATO muß.

Wir müssen akzeptieren, daß die Russen in der Ukraine legitime historisch begründete politische und wirtschaftliche Interessen haben. Abgesehen davon, daß das Russische Reich mit der Kiewer Rus begann, war die Ukraine schon lange ein geteiltes Land. Die West-Ukraine, Galizien, das war Habsburg oder Österreich, die Ost-Ukraine, das war Rußland. Von daher kann man sagen. Wenn Kiew jetzt nicht mehr zum russischen Einflußgebiet gehört, so ist das ungefähr so, als wenn das Aachener Münster oder der Kölner Dom britisch oder amerikanisch wären. Nun können Sie mir natürlich sagen, das würde die Deutschen in ihrer derzeitigen Verfassung nicht mehr so sehr stören, womit Sie, wie ich fürchte, nicht ganz unrecht hätten. Doch die Russen stört es sehr. Deshalb plädiere ich leidenschaftlich dafür, daß wir eine völlig andere Politik gegenüber Rußland betreiben, uns an das halten, was wir ihnen mal versprochen haben, nicht ununterbrochen nach Osten ausgreifen und vor allen Dingen als Deutsche eins nicht tun: die amerikanische Geopolitik unterstützen. Die ist nämlich nicht in unserem Interesse. Lassen Sie mich aber noch ein anderes Thema ansprechen, das mit dem zu tun hat, was wir gerade erleben, nämlich die Euro-Diskussion. Sie sehen an der Diskussion um die griechische Überschuldung, daß Griechenland im Grunde genommen, das ist das Furchtbare an der ganzen Diskussion, alles durchsetzen kann. Wie die uns behandeln, wie diese beiden Halbstarke agieren, finde ich schon toll, das möchte ich auch gerne machen. Es macht den beiden offenbar Spaß, was ja auch verständlich ist. Wenn wir von vornherein erklärt, wie es die Kanzlerin

getan hat: Der Euro steht nicht zur Debatte, und Griechenland muß um jeden Preis gehalten werden – würden Sie dann als griechischer Staatsmann auch nur eine Reform einbringen? Sie müßten doch wahn-sinnig sein! Warum sollten sie das tun? Die Deutschen sollen es zahlen, oder die Holländer, die Luxemburger – es sind gar nicht immer nur die Deutschen –, wir und die anderen sollen das zahlen, und wenn es nicht reicht, ach, da haben wir ja noch die berühmte Geschichte mit den Reparationen. Das ist zwar alles lange abgetan, und Griechenland hat den 2+4-Verträgen zugestimmt, aber das kann man wieder aufwärmen, und die Deutschen sind eh an allem Schuld, deshalb sollen sie jetzt, bitte schön, auch Reparationen zahlen. Dann können wir vielleicht ein paar Reformen machen und ein ganz klein wenig können wir dann auch irgendwann zurückzahlen. Das ist die Haltung von Griechenland. Und diese Haltung wird in Deutschland inzwischen von fast allen Parteien, außer der meinen, geteilt. Was soll man da machen? Es ist die Folge einer Politik, die im Grunde genommen sagt: Der Euro ist unverzichtbar für Europa, und nur wenn die Euro-Zone zusammenbleibt, ist Europa eine Einheit, und die brauchen wir unbedingt gegen wen auch immer. Daß das alles falsch ist, wissen unsere Regierenden. Aber sie haben eine feste Ideologie, und diese haben wir leider alle lange Zeit mitge-macht. Deshalb einige Worte zu dieser Euro-Ideologie: Es ist ja einfach nicht wahr, was Ihnen immer wieder erklärt wird, daß der Euro eine wirtschaftliche Notwendigkeit sei. Der war nie eine wirtschaftliche Notwendigkeit – schon gar nicht für uns. Ich bin überhaupt kein Zah-lenfetischist, aber es gibt Zahlen, die eindeutig sagen, daß die Exporte in die Euro-Staaten eher weniger zugenommen haben, als die Exporte in die Staaten ohne den Euro. Das hat Sarrazin in dem großen Buch über den Euro nachgerechnet. Dem glaube ich das auch, weil er etwas davon versteht, ich nicht. Aber das ist für mich gar nicht das Entscheidende. Das Entscheidende ist, daß es ein politisches Problem ist. Der Euro ist nicht eingeführt worden, damit wir jetzt riesige Exporterfolge haben, sondern weil die Franzosen glaubten, sie müßten, wie es so schön heißt, die deutsche Atombombe entschärfen. Da ging es nicht um eine wirkliche Atombombe, sondern um die deutsche Wirtschaftskraft. Die Idee für den Euro war längst vor der Wiedervereinigung da; sie stammt aus dem Gedankengut der Umgebung von Mitterrand und ist durchaus eine kluge Idee – als Franzose hätte ich das genauso gemacht. Man stellte nämlich fest, daß der wirtschaftliche Wiederaufstieg Deutsch-

lands – das erleben Sie ja jetzt auch – den politischen Wiederaufstieg Frankreichs hemmte. Das war eindeutig. Da die Franzosen enorme Schwierigkeiten mit der Wirtschaft haben, sind sie darauf angewiesen – das war ja ursprünglich auch einmal eine gaullistische Idee –, daß die deutsche Wirtschaft die französische Großmachtspolitik mit stützt. Das war für die Franzosen gar keine schlechte Idee. Die Frage ist nur, funktioniert so etwas? Kann man solche politischen Überlegungen mit wirtschaftlichen Überlegungen zusammenbringen? Ich will gerne zugeben, daß es dieses Problem des Euro und Deutschlands immer gegeben hat. Schon unser großer Bismarck hatte sich mit dieser Frage befaßt: Wie stelle ich sicher, und wann ist der Punkt erreicht, daß Deutschland um Gottes Willen nicht stärker und größer werden darf? Sie wissen, nach 1870 wollten die Deutsch-Österreicher zu uns, also zum Reich. Da hat Bismarck gesagt: das kommt überhaupt nicht in Frage. Denn er wußte genau, wenn dieses Reich noch einen Tick stärker wird, ist es der Beginn einer kriegerischen Situation. Er wußte das, was leider Wilhelm II. dann nicht mehr wußte, und hat immer Österreichs Auflösung verhindert und damit auch, daß die Deutschen in Österreich zu Deutschland kamen – aus staatsmännischer Klugheit. Denn er wußte noch eines: Deutschland ist zu klein, Europa zu beherrschen, aber es ist zu groß, um nur ein Staat wie Polen oder Luxemburg zu sein. Wie man diese Halbhegemonie sichert, indem man Deutschland in ein Gleichgewicht einbaut, das es die anderen nicht erschreckt, und daß sie mit uns zusammenarbeiten, das ist immer die große Aufgabe der deutschen Politik gewesen. Die hat Bismarck hervorragend gelöst. Und nun kamen die Franzosen auf die Idee, das könne man ja auch mit dem Euro machen, indem der Euro die deutsche Wirtschaftskraft so einbindet, daß Deutschland allein nicht mehr handlungsfähig ist. Ja, das war eine kluge Idee, und vielleicht hätte sie, anders konstruiert, politisch auch funktioniert. Ich wende mich überhaupt nicht als Deutscher dagegen, sondern aus einem sachlichen Grund. Sie können nicht wirtschaftliche Dinge mit politischen Dingen in dieser Weise zusammenspinnen, wenn sie nicht zusammen passen. Deutschland ist ein Land, daß sich den Euro leisten kann, dagegen können das Frankreich und andere Länder, von Griechenland gar nicht zu reden, offensichtlich nicht. Das heißt, wir haben das Problem, daß der Euro Volkswirtschaften verbindet, die völlig unterschiedlich sind, und nun entsteht das Gegenteil von dem, was die Franzosen wollten. Die Fran-

zosen wollten ein starkes, einiges Europa, in dem sie sozusagen der politische Führer des wirtschaftlich starken Deutschlands sind. Herausgekommen ist aber, daß sich die Länder immer weiter auseinander dividieren, daß wir hohe Jugendarbeitslosigkeit in Frankreich, Italien, Griechenland, Spanien u.a. haben, weil die Länder mit dem Euro gar nicht zurechtkommen. Hier zeigt sich deutlich, daß man keine gemeinsame Währung für stark unterschiedliche Wirtschaften haben kann. Das hat im Grunde genommen die ganze Euro-Politik völlig zerstört. Wenn Frau Merkel dagegen sagt, der Euro als Währung sei das einzige Mittel, Europa zu einem einheitlichen starken Gebilde zu formen, dann darf ich nur an zwei kleine Ereignisse mit viel Symbolik erinnern. Als Konrad Adenauer 1955 in Griechenland auf Staatsbesuch war, das erste Mal, 10 Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg und dem italienisch-deutschen Besatzungsregime, brauchte er sieben Polizisten, die ihn schützten. Frau Merkel war Anfang Oktober 2012 in Athen, und wir hatten abends die Bilder von Straßenschlachten; wie ich gelesen habe, waren 7.500 Polizisten notwendig, um Frau Merkel zu schützen. Soviel zur Einheit Europas und zur Einheit, die der Euro gebracht haben soll. Er hat das Gegenteil bewirkt, die Länder fallen immer weiter auseinander, weil sie wirtschaftlich immer stärker und weiter auseinanderdriften. Von daher kann ich nur sagen: der Euro ist nicht die Sicherung Europas, der Euro ist tatsächlich eine große Gefahr für Europa, weil er die Einheit Europas, jedenfalls die, welche wir wollen, zerstört. Und nun lassen Sie mich noch zum Abschluß sagen, welche politischen Aufgaben wir im Grunde genommen in Osteuropa haben. Es wird einem immer wieder erzählt, das Ende der Geschichte führe auch dazu, daß, wenn wir immer mehr osteuropäische Staaten in die Europäische Union aufnahmen, diese Staaten immer mehr verwestlichten und deswegen im Grunde genommen so wie wir würden, daß damit eine ganz neue Weltsicht entstehe, weil dann in Sofia und Bukarest genauso gedacht würde, wie in Paris, Rom oder London. Wir haben ja nun einige Staaten aufgenommen, die alle nicht die Kriterien erfüllten, die Bulgaren, die Rumänen, die Griechen, aber wenn Sie das Ergebnis betrachten – da berufe ich mich wieder auf die Fachleute, die etwas davon verstehen –, dann ist das sehr ernüchternd. Was ist denn nach dem Beitritt dieser Staaten herausgekommen? Es hat überhaupt keine Anpassung an den Westen gegeben, sondern die alten kommunistischen Eliten haben plötzlich Geld aus Brüssel bekommen, um ihre alten

Netzwerke aufrecht zu erhalten. Das heißt, der Glaube, daß man mit einem gemeinsamen Europa Staaten zivilisieren könne, die im Inneren noch nicht so weit sind, und Reformen gar nicht wollen, ist einfach töricht. Sie brauchen sich nur Griechenland anzuschauen, da sehen Sie, daß keine der Reformen, die dringend sein müßten und angeblich alle angegangen würden, umgesetzt wird.

Damit stehen wir wieder vor der Tatsache, daß jedes Volk seine Reformen alleine machen muß. Und glauben wir ja nicht, daß die Agenda von Gerhard Schröder, wenn sie uns von Brüssel verordnet worden wäre, in Deutschland irgend einen Erfolg gehabt hätte. Die Griechen, Bulgaren, Rumänen, und andere müssen selber zu der Überzeugung kommen, daß sie eine bessere politisch und wirtschaftliche Kultur in ihren Ländern wollen. Erst wenn sie das selbst in die Hand nehmen, kann man ihnen helfen, aber man kann es ihnen nicht von Brüssel aufzwingen.



Fragezeit

Veranstalter

Vielen Dank, Herr Dr. Gauland.

Wie stellen Sie sich ein Europa der selbstbestimmt vereint wirkenden Vaterländer vor?

Alexander Gauland

Was Sie ausdrücken hat ja de Gaulle schon formuliert, und auf der Basis würde ich auch bleiben. Ich bin nicht für den Austritt aus der NATO, nach dem man ja meist gefragt wird. Aber ich bin strikt dafür, daß die NATO ein Verteidigungsbündnis für die Staaten ist, die der NATO angehören. Es kann nicht sein, daß mit Hilfe der NATO, ich habe es vorhin schon mal erwähnt, geostrategische Ziele überall in der Welt verfolgt werden, die uns Europäer nichts angehen. Ich stelle mir das als ein ganz normales Militärbündnis vor, in dem die Deutschen, die Franzosen, die Briten und andere Mitglieder auch nein sagen können, was ja früher auch funktioniert hat. Kürzlich habe ich gesagt: „Die Rückversicherungspolitik Bismarcks fand ich immer sehr gut.“ Ach du lieber Schreck, was bin ich da angegriffen worden, vor allen Dingen von dem Europaabgeordneten Graf Lambsdorff.

Was soll daran denn eigentlich falsch sein? Wenn die Amerikaner uns in eine Richtung drängen, welche die NATO ursprünglich nicht vorgibt, und die wir nicht wollen, dann ist ein gutes Verhältnis zu Rußland jedenfalls eine Lebensversicherung gegen solche Zumutungen. Und nun sagen Sie mir nicht, das kann nie passieren! Es ist doch schon passiert. Und da muß man auch einmal den politischen Gegner loben: Daß Gerhard Schröder nicht in dieses idiotische Abenteuer im Irak marschiert ist, macht ihn zum großen Staatsmann für Deutschland. Das muß man auch klar aussprechen.

Aber, meine Damen und Herren, das ist eine Frage im Kopf. Mir wird immer wieder gesagt: Das dürfen wir doch nicht, das sind die Verträge. Die Verträge sind der NATO-Vertrag – mehr ist da nicht. Doch dann kommen immer irgendwelche Geheimverträge, die mir aber keiner zeigen kann. Wir müssen die Souveränität im Kopf verwirklichen und sagen: Jawohl, das ist Aufgabe der NATO, und das machen wir mit, doch das machen wir nicht mit.

Oder wenn wir z.B. von den Franzosen zu irgendwelchen Einsätzen in Afrika aufgefordert werden, weil sie sagen, sie brauchten uns da. Da können wir nein sagen, warum nicht, wenn es nicht unser Problem ist? Es fehlt uns leider meist der Mut, auch deutlich zu sagen: Das ist unsere Meinung, das ist deutsches Interesse, und deswegen handeln wir so. Das ist die Aufgabe der Regierung. Sie darf sich nicht auf angebliche Zwänge berufen.

Veranstalter

Herr Dr. Gauland, das war die NATO. Aber wie soll die EU zusammenwirken? Ich bin ja auch der Meinung, daß wir keine zentralistische EU haben dürfen, doch wie soll die Union aus freiwillig zusammenwirkenden souveränen Staaten funktionieren?

Alexander Gauland

Das hat ja vor dem Euro sehr gut funktioniert. Wir hatten den EWS. Das war die berühmte Währungsschlange, da wurden Währungen immer wieder der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit angepaßt, was sehr wirksam war.

Es ist ja einfach nicht wahr, wenn gesagt wird, Europa müsse immer weiter vertieft werden, weil es bisher nicht funktioniert habe. Das stimmt überhaupt nicht, sondern die EU ist bewußt in diese Richtung gedrängt worden. Das Warum hören Sie ja von Herrn Schäuble, der ein besonderer Vertreter dieser Politik ist: Wir brauchen das einige Europa, und über das „einige“ rutscht dann doch immer stärker hinein: Wir brauchen einen europäischen Bundesstaat. Und den will ich um keinen Preis. Wir können alle Aufgaben, die vernünftiger sind – und wirtschaftliche Zusammenarbeit und Zusammenwirken in der Verteidigung sind zweifellos vernünftig – die können wir alle auf der Basis souveräner Nationalstaaten regeln. Genau so stelle ich mir das vor. Aber wir rutschen immer weiter in die Richtung Zentralstaat.

Frage

Die Frage nach den innen- und außenpolitischen Spielräumen Deutschlands wurde heute schon angeschnitten. Da gibt es die Einrichtung der Atlantikbrücke, die bestens verdeckt im Wesentlichen als Weisungsübermittler von Übersee funktioniert. Wenn das nicht so wäre, wie wären dann solche Vorgänge erklärbar, wie das fast einstimmige

Durchwinken der Euro-Rettung im Bundestag, oder die standing ovations für Draghi just zu dem Zeitpunkt, da der Bundestag über das Aufkaufen dieser maroden Papiere beriet? Draghi trat zwar als werbender Redner auf, aber es war bereits eine beschlossene Sache. Wo sind da noch Spielräume für Abgeordnete und Regierung?

Alexander Gauland

Also, das meiste in Sachen Entscheidungsfreiheit findet im Kopf statt. Seien Sie mir nicht böse, von der Atlantikbrücke habe ich eine andere Auffassung. Ich bin da Mitglied gewesen, aber wieder ausgetreten. Das ist ein völlig harmloser Verein. Es mag ja sein, daß sich darin die Leute sammeln – davon kenne ich einige –, die eine andere Politikvorstellung haben als die, welche ich Ihnen gerade dargestellt habe, aber daß die Atlantikbrücke bei uns einen großen Einfluß auf die Politiker hätte, das sehe ich nicht. Mir bleiben diejenigen, welche vermuten, da gebe es irgend etwas, immer den Beweis schuldig. Was gibt es denn? Wenn es wirklich Geheimverträge gäbe, hätte ich ja nichts dagegen, wenn das mal aufgeklärt würde. Aber es kann mir keiner die Geheimverträge nennen. Schauen Sie: Ist Gerhard Schröder irgend etwas passiert, als Rumsfeld da gegen die „alten Europäer“ herumgeschimpft hat? Herr Schröder hat einfach mal den Mut gehabt zu sagen: Ihr könnt mir mal den Buckel runterrutschen, Amerikaner, das ist die falsche Politik! Aber den Mut hat keiner mehr, und Frau Merkel hat ihn auch nicht. Das ist das Problem. Wenn wir keine Politiker haben, die einfach ganz deutlich sagen: Das machen wir, und das machen wir nicht, das ist deutsches Interesse, und das ist kein deutsches Interesse, können Sie die Atlantikbrücke nicht dafür verantwortlich machen. Das mag eine Lobbyorganisation sein, aber gucken Sie sich doch mal die Mitglieder der Atlantikbrücke an: z. T., Entschuldigung, sehr alte Menschen – ich bin selbst alt und nicht die Zukunft Deutschlands in der Politik, bei Gott nicht.

Frage

Herr Dr. Gauland, wir haben in Deutschland jetzt das große Problem einer fast ungezügelter Masseneinwanderung aufgrund unserer zu permissiven Handhabung der Asylgesetzgebung. Wenn ich als rechts-treuer normaler Steuerzahler bei einer Behörde einen Antrag stelle, und er wird endgültig abgelehnt, dann habe ich das zu akzeptieren,

und es ist Schluß. Doch bei den Asylbewerbern ist es anders. Wie die Medien berichten, liegt die Anerkennungsquote bei um die 2 %. Trotzdem werden viele auf irgendeine Art geduldet. Da frage ich mich als Steuerzahler, wie es überhaupt rein rechtlich sein kann, daß eine Ablehnung ohne Konsequenz bleibt. Und wie ist es politisch zu verantworten, abgelehnte Asylbewerber auf Dauer zu alimentieren? Wie kann man dagegen vorgehen, oder welche Lösungsmöglichkeiten gibt es, daß nur die hier bleiben, welche nach unserem eigentlich guten Asylrecht hier bleiben dürfen, daß aber die nicht Berechtigten auch das Land verlassen müssen?

Ein weiterer Punkt ist die Handhabung des Schengen-Abkommens. Darin ist geklärt, daß der erste Staat, den der Asylbewerber betritt, auch für ihn zuständig ist. Doch dann erhalten, wie in Italien, die Asylbewerber Geld und Papiere, daß sie in andere Länder weiterreisen können. Wie ist so etwas nach europäischem Recht überhaupt möglich? Was ist zu tun, damit diese Missstände abgeschafft werden?

Alexander Gauland

Das ist eine ganz schwierige Frage, vor allem, weil auch hier der politische Wille zur Lösung fehlt. Ich will einräumen, daß es aus unterschiedlichen Gründen nicht immer möglich sein wird, alle Abschiebungen durchzuführen, die durchgeführt werden müßten. Doch dann müßten wir andere Lösungen finden.

Da ich mich mit dem Problem befaßt habe, weiß ich, daß die Menschen alles versuchen, um nicht abgeschoben zu werden. Da werden die Pässe vernichtet, da werden Krankheiten vorgetäuscht, sie tun alles, was Ihnen möglich ist. Das Häufigste und Schlimmste ist, daß keinerlei Dokumente mehr da sind, denn dann kann jeder Staat sagen, das sei überhaupt nicht sein Staatsbürger.

Schengen bzw. Dublin hin oder her, aber so sind nun einmal die Zustände in Europa. Die Italiener geben uns die Menschen weiter, die Griechen sowieso. Jetzt können wir im Grunde genommen nur aus Schengen austreten, oder wir können vor einem internationalen Gericht klagen. Das wird die Bundesregierung nie tun. Das ist doch das Problem: hier fehlt völlig der Wille, das Recht durchzusetzen. Natürlich gäbe es Mittel. Daß es schwierig ist, da etwas zu erreichen, will ich gern zugeben, aber wenn der Wille nicht da ist ...

Ich kann Ihnen aus einer Debatte im Landtag von Brandenburg berichten. Da ist es immer ein Thema, und ich bin Rassist und Brandstifter usw. – schöne Debatten. Ich habe daran viel Spaß. Aber eines wird dabei immer ganz klar gesagt: Ja, wir wollen alle hier haben, wir wollen Ihre Unterscheidung nicht, wir wollen nicht, daß Flüchtlinge zurückgeschickt werden. Kein Flüchtling darf aus Deutschland zurückgeschickt werden. Da sind sich alle einig: die evangelische Kirche, die Parteien, die Grünen an der Spitze. Das könnten Sie nur durch Wahlen ändern. Aber zur Zeit können Sie durch Wahlen auch nichts ändern, denn der politische Wille aller Parteien, die CDU einmal ausgenommen, ist z.B. im brandenburger Landtag: Jawohl, die sollen alle hier eine Chance bekommen, egal, ob ihnen Asyl gewährt wird oder nicht.

Da kann ich nur sagen: Da ist nichts zu machen. Sie können noch so kluge Fragen stellen, die Mehrheit ist nicht zu überzeugen. Der politische Wille, etwas zu ändern, kann nur hergestellt werden, indem man diese Parteien mit diesem Thema jagt. Ich sage in jeder Debatte unter riesigem Geschrei: „Wenn ihr so weitermacht, haben wir bald 20 oder 30 Prozent Ausländer, und dann habt Ihr hier viel Vergnügen!“ Das ist alles, was man machen kann. Wir leben in einer Demokratie.

Frage

Inwieweit könnte der Zerfall in der arabischen Welt im Interesse der USA liegen? Es ist doch sehr wahrscheinlich, daß das, was dort passiert, absehbar war, besonders, daß sich der ISIS oder IS formierte. Das hat man doch alles über Satelliten sehen und verfolgen können. Daß da von Seiten der USA überhaupt nichts passierte, das finde ich doch sehr auffällig. Im Interesse Europas kann es ja nicht sein, da wir die ganzen Flüchtlinge, die daraus resultieren, aufnehmen müssen. Ihr Vorredner sagte, daß wir früher auch die Maghreb-Länder politisch und wirtschaftlich unterstützt haben, um einen politisch festen Raum als Pufferzone zwischen Europa und Afrika zu haben. Bekanntlich wurde ja besonders Gaddafi dafür bezahlt, daß er die Flüchtlinge nicht über Libyen hinauskommen ließ.

Welche Rolle spielen die USA bei den Umstürzen im arabischen Raum?

Alexander Gauland

Wissen Sie, das ist schwierig einzuschätzen. Da gibt es x Denkschulen, und ich maße mir nicht an, da genaue Kenntnis zu haben. Ich warne

nur vor Verschwörungstheorien. Denn der Zerfall des Nahen Ostens hat auch für die USA riesige Probleme, weil sie im Grunde genommen schon keinerlei sichere Häfen mehr haben und große Schwierigkeiten damit, Israel sozusagen stabil zu halten. Und an Libyen sehen Sie ja, wie sich Dinge entwickeln. Als es damals diese Auseinandersetzungen um Gaddafi und seine Gegner gab, da habe ich auch auf der Seite derjenigen gestanden, die gesagt haben: Um Gottes Willen, jetzt mit ein paar Flugzeugen rein, es kann doch nicht sein, daß in Benghasi der Gaddafi alle Leute ermorden läßt. Humanitär gedacht, aber außenpolitisch wahrscheinlich falsch. Außenpolitisch falsch, weil wir gelernt haben, daß Libyen nicht wieder herzustellen ist. Daß das die USA verschuldet haben, sehe ich nicht, aber noch einmal: ich maße mir nicht an, die verschiedenen amerikanischen Denkschulen in puncto Naher Osten und Maghreb zu durchschauen.

Frage

Im Gegensatz zu Ihnen bin ich der Auffassung, daß es sehr wohl Geheimverträge gibt. Ich sehe das an der Lügenpresse, an der Bildung und an unserer Gerichtsbarkeit. Und ich kann Ihnen diese Geheimverträge zeigen. Es gibt ein Buch vom ehemaligen Präsidenten des MAD (Militärischer Abschirmdienst) darüber.

Ich bin auch nicht der Auffassung, daß wir eine Demokratie haben, sondern eine Kapital-Diktatur.

Meine Frage an Sie: Wie kriegen wir als Deutsche bzw. als Europäer den Kopf aus der Schlinge? Nach geopolitischen Einschätzungen ist das nur möglich mit Hilfe von Rußland und China. Wie sehen Sie das?

Alexander Gauland

Es tut mir leid, ich teile Ihre Auffassung nicht, obwohl ich von der AfD bin. Noch haben wir eine Demokratie, und Kapital-Diktatur würde ich das nicht nennen, denn Sie können in Wahlen bei uns sehr viel verändern, und Sie haben auch sehr viel Einfluß, wenn Sie in der Tat die Kraft aufbringen, bei Wahlen sich der Bevölkerung so darzustellen, daß Sie eine Chance haben. Wenn Sie allein sehen, daß die AfD innerhalb eines Jahres jetzt schon in vier Landtagen ist. Wenn wir eine Diktatur hätten, wäre das schon längst verhindert worden.

Ja, es gibt natürlich wirtschaftliche Einflüsse, Einflüsse des Kapitals in einer gemischten Gesellschaft, das will ich gar nicht bestreiten. Aber

Ihr Bild ist mir schlichtweg zu einfach. Auch Ihre außenpolitischen Vorstellungen erscheinen mir zu einfach.

Ich weiß nicht, ob ein Bündnis zwischen Deutschland, China und Rußland wirklich die Lösung wäre. Ich glaube übrigens auch nicht, daß die Chinesen bereit wären, in irgend einer Weise hier militärisch einzugreifen.

Ich glaube, wir sollten schon mit den Bündnissen arbeiten, die wir haben, denn die bieten die Möglichkeit, auch nein zu sagen. Ich habe die Beispiele ja genannt.

Ich bin völlig Ihrer Meinung, daß wir ein gutes Wirtschaftsverhältnis zu China haben sollten, daß wir ein sehr gutes politisches Verhältnis zu Rußland haben sollten, wie ich mehrmals ausgeführt habe. Ich bin auch der Meinung, daß wir Rußland brauchen können, als ein Gegengewicht gegen allzu forsche Geopolitik von amerikanischer Seite.

Ich würde nur vor der Vorstellung warnen, daß das Zusammengehen von China und Rußland gemeinsam mit Deutschland die Lösung für die Weltpolitik wären. Wir brauchen die Russen, in der Abwehr gegen den Islamismus – da haben Sie völlig Recht – aber nicht im Sinne einer Gegenposition gegen andere Staaten der Welt. Wir sollten auch traditionelle Verbündete, auch wenn wir mit ihnen streiten, nicht einfach aufgeben. Auch die Franzosen bleiben bei allen Schwierigkeiten mit ihnen, die ich ja genannt habe, ein wichtiger Verbündeter Deutschlands. Auch Bismarck hat das schon so gesehen.

Frage

Herr Dr. Gauland, sind Sie auch der Meinung, bzw. ist die AfD ebenfalls der Meinung, daß der Islam mittlerweile zu Deutschland gehört, und wenn ja, ab wann?

Alexander Gauland

Dazu habe ich mich ganz deutlich geäußert. Der Islam gehört natürlich nicht zu Deutschland. Das ist ein völlig törichtes Gerede. Das kann man auch sehr einfach deutlich machen. Ja, es gehören Mitbürger muslimischen Glaubens zu uns, einverstanden. Aber der Islam gehört deswegen nicht zu Deutschland, weil er bis jetzt überhaupt keine kulturelle Prägung in diesem Lande hinterlassen hat. Gehen Sie mal in ein Museum, in welches auch immer, und schauen sich die Bilder an. Ohne die christliche Ikonographie können Sie die europäische Malerei

der letzten Jahrhunderte überhaupt nicht begreifen. Den Islam brauchen Sie dafür nicht, weil es bis jetzt überhaupt keinen Einfluß des Islam in Deutschland gegeben hat.

Die Frage, die Frau Merkel derart vollmundig für den Islam beantwortet hat, die kann man in 200 Jahren stellen. Gott sei Dank werde ich dann nicht mehr sein. Ich will nicht ausschließen, daß dann der Islam sehr viel stärker in diesem Lande zu Hause ist, ob ich das begrüße oder nicht, lasse ich dahingestellt. Aber im Moment ist der Islam nicht Teil Deutschlands.

Frage

Herr Dr. Gauland, ich bin beruflich in letzter Zeit häufig in China und bekomme dadurch Einblicke in dieses riesige Land, natürlich nur an bestimmten Stellen. Was mich bei den Feiern zum chinesischen Neujahr wirklich gewundert hat, ist, daß das Land 56 verschiedene Völkerschaften mit unterschiedlichen Sprachen und Kulturen hat. Im Norden sind sie den Russen näher und im Westen mehr der Kultur Tibets, die völlig anders ist. Trotzdem gibt es in diesem Land einen einheitlichen politischen Willen, der dieses Land insgesamt nach vorne bringt. Warum soll also der Gedanke einer zentralen Regierung auch in Europa unbedingt so schlecht sein? Es müßten natürlich die richtigen Dinge in Brüssel entschieden werden. Viele Probleme, vor allen Dingen die der Zuwanderung, könnten wir doch viel besser gemeinsam lösen als einzeln. Denn das ist ein Problem für uns alle. Schauen Sie nach Frankreich, nach Italien, England – die haben doch teilweise noch größere Probleme als wir. Entscheidend ist doch, daß wir unsere demokratische Kultur nutzen und diese Probleme aussprechen. Dafür haben wir Parteien.

Doch was hat z.B. die AfD im Hamburg-Wahlkampf gesagt? Genau das Gegenteil Ihrer Aussage: Der Islam gehört zu Deutschland. Das hat ihr Kandidat hier verkündet. Wie war es in Niedersachsen? Da wurden die Plakate, die kritisch die Zuwanderung ansprachen, erst zwei Tage vor der Wahl herausgeholt. Ja, wenn sie die Probleme nicht beim Namen nennen, wieso sollen wir sie dann wählen. Viel schlimmer noch die CDU – sie ist ja überhaupt die allergrößte Enttäuschung seit 1945. Denn welcher konservative Wähler sieht da noch irgend eine Überzeugung? Die CDU ist die Wendehals-Partei schlechthin.

Ich will damit nur die Frage stellen: Warum sehen wir in der Politik keine Spiegelung der Realität, wie wir sie draußen erleben? Hinter verschlossenen Türen, selbst in linken Kreisen – ich war neulich zu einem linken Vortrag eingeladen – hören Sie teilweise rechte Thesen. Da wird Herr Stefan Scheil zitiert oder andere Autoren, die auch hier schon gesprochen haben. Aber in der Politik spiegelt sich das nicht wider. Die Politik soll unser Land führen, aber wir werden nicht mehr geführt.

Alexander Gauland

So ganz kann ich diese Fragen nicht beantworten. Ich glaube aber, daß zwischen China und Europa so viele kulturelle und historische Entwicklungsunterschiede bestehen, daß Sie das nicht vergleichen können. China ist auch in der Auseinandersetzung mit den Mongolen als ein einheitliches Reich zusammengewachsen und ist immer einheitlich geblieben. Europa hat sich nach dem Ende des Römischen Reiches in Nationalstaaten aufgegliedert, und die sind die prägende Kraft über die Jahrhunderte geworden und geblieben. Wir können nicht einen Weg gehen, der uns kulturell völlig fremd ist, und der auch andere Ursachen hat. Von daher glaube ich nicht, daß ein europäischer Zentralstaat in irgend einer Weise funktionieren würde. Es kommt noch etwas dazu, was immer wieder übersehen wird. Es gibt in Europa keine staatenübergreifende öffentliche Meinung. Sie lesen die FAZ, der Bürger Dupin liest Le Monde, Prinz Charles liest die Times, d.h., wir haben völlig verschiedene öffentliche Meinungen, was in China schon anders ist. Und das kann man nicht einfach künstlich formieren und einsetzen. Deswegen bin ich für die Beibehaltung der Nationalstaaten, auch als Resonanzboden für das Selbstbestimmungsrecht des Volkes, das eine bestimmte Sprache spricht. Das ist eben in Europa so. Das muß ich nicht besonders begründen.

Frage

Herr Dr. Gauland, in der Einführung sprach Oberst Backerra über die große Gefahr, die auf Deutschland und ganz Europa mit der möglichen Unterzeichnung der TTIP- und anderer Verträge zukommt. Sie sagten, wir in einer Demokratie hätten als Bürger die Möglichkeit, über die Wahlen etwas zu entscheiden, was ja nur gilt, wenn es wirkliche Alternativen gibt. Doch in der Partei, die jetzt, wie die AfD, die von vielen als die einzige Hoffnung gebende Alternative wahrgenommen wird,

betreibt ein einflußreiches Mitglied, Olaf Henkel, offen Lobbyarbeit FÜR TTIP. Was sagen Sie dazu?

Alexander Gauland

Ja, das ist ein Thema, in dem die Partei gespalten ist, sage ich Ihnen ganz offen. Ich bin gegen TTIP, und in Brandenburg sind wir alle gegen TTIP. Wir sind gegen TTIP, weil es nicht nur um Freihandel geht, sondern wiederum um geostrategische Interessen der USA. Doch ich gebe zu, daß Hans Olaf Henkel und Bernd Lucke für TTIP sind, und auch zustimmen werden. Wie Sie wissen, wird in der Partei im Moment sehr um den Kurs gerungen, weil es auch da unterschiedliche Ansichten gibt. Hans Olaf Henkel und ich sind in vielen Dingen weit auseinander, aber immer noch in derselben Partei. Mehr kann ich dazu nicht sagen.

Veranstalter

Herr Dr. Gauland, ganz herzlichen Dank.

Ich darf noch ein Wort zu Ihrer, bzw. der Fachleute Befürchtung sagen, daß Rußland zuschläge, wenn es in die Ecke gedrängt würde. Dem muß ich widersprechen, da ich mich lange, auch als Dozent für das Militärische Nachrichtenwesen an der Führungsakademie, geschichtlich mit dieser Frage befaßt habe. Die Russen haben im Endeffekt immer nachgegeben, wenn sie das Kräfteverhältnis nicht auf ihrer Seite hatten, also unterlegen waren. Doch die Gefahr ist eine ganz andere, nämlich, daß Rußland durch die Sanktionen so geschwächt wird, daß es eventuell den Fernen Osten und Teile Sibiriens an China verliert. Dann wären Rußlands Ressourcen für uns völlig verloren.

Alexander Gauland

Da haben Sie völlig Recht. Die Gefahr, daß Rußland zerfällt, wäre furchtbar für Deutschland und für Europa. Wir brauchen die Russen auch in der Abwehr des islamischen Terrors. Wenn Rußland zerfiel, würde der sich enorm über Europa hinweg ausbreiten.

Aussprache

Veranstalter

Meine erste Frage geht an Herrn Heckel. Sie haben so sehr abgehoben auf die Verhunzung unserer Geschichte, und daß wir deshalb keinen Stolz haben usw. Ich stelle allerdings immer wieder fest, daß selbst in den an sich nicht so wahnsinnig patriotischen Zeitungen immer wieder ein ungeheurer Stolz gezeigt wird, wenn deutsche Sportler gewonnen haben, daß wir in der Wirtschaft sehr erfolgreich sind, daß wir das beste Auto oder irgend etwas anderes Bestes haben. Da sind wir irgendwie gespalten, oder wie sehen Sie das?

Hans Heckel

Ja natürlich sind wir da gespalten. Sagen wir es mal so: Es ist Patriotismus-Ersatz. Ich habe Arnulf Baring zitiert mit dem Satz: Ohne Patriotismus geht es nicht. Das ist selbstverständlich wahr, und deswegen braucht man so ein paar Ersatzpatriotismen. Übrigens spielt sich das alles nur im ausgesprochen harmlosen Bereich ab und immer mit schlechtem Gewissen. Also gerade 2006 bei der Fußball-WM war es nervend und rührend zugleich zu hören, wie dann auch junge Leute sagten: Trotz unserer Vergangenheit sind wir ja jetzt hier, und darauf dürfen wir auch stolz sein. Also, wer trotz seiner Vergangenheit irgend etwas ist, der ist gar nichts. Ich habe ja die Verkrüppelung der historischen Sicht mit dem Zitat der Schülerin gezeigt, die sagte: ich habe den Eindruck, acht Jahre lang nur NS-Diktatur gelernt zu haben. In dieser Lage hilft kein Stolz der Oberfläche, der muß schon tiefer gegründet sein. Sonst sind wir wie eine neu erfundene Nation, die gerade erst irgendwo herausgekommen ist, weil, wie gesagt, selbst dort, wo man Stolz zeigt, Fix- und Angelpunkt immer wieder nur die Verbrechen sind, etwa so: Trotz unserer Verbrechen, mögen uns 2006 weltweit die Menschen wieder; trotz der von uns verschuldeten Zerstörungen haben wir jetzt wieder schöne Autos, usw. Der Fix- und Angelpunkt dieses angeblich besseren Patriotismus ist grundsätzlich die NS-Diktatur. So lange das so ist, ist das keine substantielle Besserung.

Veranstalter

Herr Wimmer, ich wurde von einem Teilnehmer, der schon etwas früher gehen mußte, beauftragt zu fragen, warum Merkel und Hollande nicht noch mehr kleine Staaten für Minsk und entsprechende Aktionen ins Boot ziehen.

Willy Wimmer

Das ist eine der am schwierigsten zu beantwortenden Fragen und zwar, weil wir offenbar in unserem Land selber extreme kulturelle Unterschiede in der Einstellung zum Umgang mit den Nachbarn haben. Für Helmut Kohl war es ein Credo: Immer mit den Kleinen. Um zum Beispiel den Luxemburgern das Gefühl zu geben: Wir sind auf Augenhöhe. Ich muß gestehen, daß ich da mit der Bundeskanzlerin und auch mit dem Bundespräsidenten meine Probleme habe. Die haben dieses Verständnis nicht. Ich bin mal acht Tage nach einer gewonnenen Bundestagswahl bei jemandem gewesen, um mich über die Dinge zu unterhalten, die man im Zusammenhang mit der Regierungsbildung beachten mußte. Dabei kam ein Thema hoch, das ich beispielhaft ansprechen will. Es gab 2005 eine starke Strömung dafür, daß der erste Besuch eines Bundeskanzlers oder Bundeskanzlerin nicht, wie bisher, in Paris stattfinden sollte, sondern in Warschau. Sie wissen ja, daß mit dieser visuellen Politik bedeutsame Politik gemacht wird. Was wäre das für ein Signal gewesen für den größeren Teil der Bundesrepublik Deutschland, den diejenigen darstellen, die zwischen Hamburg und Friedrichshafen leben, wenn eine jahrzehntelange Praxis, die wir als natürlich empfunden haben, plötzlich, ohne jede Begründung zugunsten eines völlig neuen Bildes aufgegeben worden wäre. In dem Zusammenhang denke ich bei der von Ihnen angesprochenen Amtsträgerin einen weiteren Fall: Meine Güte, also das geht so nicht. Das habe ich ihr auch gesagt bezüglich ihrer völlig unberechtigten Angriffe gegen den Heiligen Vater, im Hinblick auf einen abtrünnigen Bischof. Man muß in Deutschland in Rechnung stellen, daß es Loyalitäten gibt. Es gibt im katholischen Bevölkerungsteil – auch wenn ich nicht für alle Katholiken sprechen kann –, und nicht nur in dem, eine Loyalität auch Rom gegenüber, die größer ist, als die einer Bundeskanzlerin gegenüber, die Fehler macht. Dann kann ich in diesem Amt nicht Animositäten anderer gegen den Papst ausspielen. Wir brauchen in Deutschland Fingerspitzengefühl. Wir tun gut daran, auch die Empfindlichkeiten anderer zu bedenken,

um uns selbst zu schützen. Beim letzten Gipfel in Brüssel haben Frau Merkel, Herr Hollande, die Griechen, Draghi und noch einige mit den Griechen an einem Tisch gegessen – die Belgier als Gastgeber wurden nicht hinzugezogen. Da hat sich der belgische Ministerpräsident vor laufenden Kameras beklagt, daß man das so gemacht hat, denn so etwas gehe nicht. Ich finde, er hat Recht. Wir sabotieren in schwierigen Lagen notwendige Partnerschaften zu befreundeten Staaten, wenn wir uns so verhalten, wie in diesem Zusammenhang.

Beitrag

Nochmal zum Patriotismus, den Sie angesprochen haben, Herr Heckel. Ich lese in der Zeitschrift „Chorzeit“ – ich gehöre zu einem Männerchor –, daß man jetzt Lieder der Immigranten fördern möchte. Da frage ich Sie alle: Wo wird denn das deutsche Volkslied gefördert? Warum wird im Bildungssektor die Musik so sträflich vernachlässigt? Warum wird überhaupt die Schulbildung in diesem Lande so ausgedünnt, daß nicht genügend Lehrer da sind usw. Ist das nicht gezielt?

Beitrag

Es ist völlig klar: Wenn kein ehrlich empfundener Patriotismus mehr da ist, dann hat das natürlich auch eine Profanisierung der Gesellschaft, eine materialistische Gesellschaft zur Folge, d. h., man hat überhaupt kein Gespür mehr für Dinge, die sich nicht irgendwann in Mark und Pfennig oder Cent und Euro ausdrücken lassen. In diesem Kreis bemüht man sich um Kulturpflege, aber weithin hat man an Kulturpflege gar kein Interesse mehr. Und dazu kommt noch der deutsche Selbstauflösungswahn, der sich darin ausdrückt, daß man nur noch fremde Kulturen ernst nimmt, weil die Fremden ja die besseren Menschen sind. Das können Sie dann auch beim Karneval der Kulturen sehen. Da werden alle Kulturen der Welt gezeigt, nur eine einzige fehlt, und ich muß nicht betonen, welche.

Beitrag

Zu den vorigen Beiträgen: Ich sehe die eigentlichen Ursachen in dem Geheimvertrag von 1949, worin es heißt: Wir (die USA) haben die Pressehoheit, wir haben die Bildungshoheit und wir haben die Gerichtsbarkeit. Das soll angeblich für 150 Jahre – bis 2099 – aufrecht erhalten bleiben.

Veranstalter

Dazu darf ich etwas einwenden. Sehen wir uns doch einmal das Verhalten unserer Politiker kurz nach Kriegsende an. Die haben sich sehr souverän verhalten. Wenn heute Dinge nicht gemacht werden, wenn wir z.B. unsere Schulen verkommen lassen usw., wenn wir merkwürdigen Ideologien (z.B. Gender Mainstreaming) folgen, dann hat das nichts zu tun mit irgendwelchen Verträgen oder was auch immer an Verpflichtungen gemutmaßt wird. Das ist selbst gemacht. Unsere Freiheit und Souveränität hängt nicht von Verträgen ab, sondern davon, wie wir uns verhalten. Wenn Sie Adenauer erlebt haben, wie souverän der sich verhalten hat, als wir völlig machtlos waren, dann wissen Sie, was Souveränität ist. Die entsteht in erster Linie im eigenen Kopf, wie Herr Dr. Gauland gesagt hat.

Beitrag

Genau daran wollte ich anknüpfen. Es wurde gesagt, ohne Patriotismus gehe es nicht. Demokratie ohne Demokraten geht auch nicht. Demokraten sind nicht solche, die zu allem ja sagen, sondern die ihren Politikern Widerstand leisten und auch den Juristen, von denen ja in einem Beitrag gesagt wurde, daß ihnen eine Betondecke übergestülpt wird, was ich aus praktischer Erfahrung bestätigen kann. Ohne einen bürgerlichen Widerstand geht es nicht mehr. Ich erinnere an Ernst Albrecht, Niedersachsens Ministerpräsident, der etwa 1978 ein Buch «Der Staat» geschrieben hat. In diesem Buch sagt er völlig zu Recht: Gesetze sind Menschenwerk. Menschen sind fehlbar. Also können auch die Gesetze irren, oder sie können durch die Zeit überholt werden. Wir haben ein Gesetzesparagrafen, der die Angstpsychose in unserem Volk beinahe schon zementiert hat. Es ist der § 130 Strafgesetzbuch (Volksverhetzung), der den Bürgern Angst macht, die eigenständige Erkenntnisse und Meinungen zur Geschichte haben. Deswegen müssen wir uns darum bemühen, diesen Gesetzesparagrafen in seiner jetzigen Fassung zu Fall zu bringen. Das hat das Bundesverfassungsgericht

in Ansätzen 2009 im sogenannten Wunsiedelurteil bereits gemacht.¹ Wir müssen nun die Juristen dazu zwingen, daß die verbindliche Wegweisung des Bundesverfassungsgerichts Norm in unserer Rechtsprechung wird.

Frage

Herr Wimmer, wie erklärt es sich, daß wir in Europa so eine grottenschlechte Personalpolitik betreiben. Also ich denke jetzt nicht nur an Herrn Draghi oder an Frau Lagarde, sondern auch an Herrn Juncker.

Willy Wimmer

Man hat die Leute, die man hat. Ich kann sie mir auch nicht backen. Wir stellen in allen Teilen unserer Gesellschaft fest, daß die Personalauswahl mittelmäßiger wird. Warum soll es dann im politischen Bereich anders sein? Vor diesem Hintergrund folgendes: Wir haben bestimmte Leute, die unsere Vergangenheit geprägt haben. Die haben wir auch als Typ nicht mehr. Wir beklagen das ja alle. Das kann man jetzt kulturpessimistisch so umdeuten, daß wir entweder im Umbruch sind, oder uns einem Umbruch nähern, aber es ist so. Das ist ja auch eine Frage des Grundvertrauens, die man zu politischen oder auch gewerkschaftlichen Führungsleuten haben sollte. Das müssen ja gestandene Menschen sein.

1 § 130 Abs. 4 StGB ist auch als nichtallgemeines Gesetz mit Art. 5 Abs. 1 und 2 GG vereinbar. Angesichts des sich allgemeinen Kategorien entziehenden Unrechts und des Schreckens, die die nationalsozialistische Herrschaft über Europa und weite Teile der Welt gebracht hat, und der als Gegenentwurf hierzu verstandenen Entstehung der Bundesrepublik Deutschland ist Art. 5 Abs. 1 und 2 GG für Bestimmungen, die der propagandistischen Guttheißung der nationalsozialistischen Gewalt- und Willkürherrschaft Grenzen setzen, eine Ausnahme vom Verbot des Sonderrechts für meinungsbezogene Gesetze immanent.

2 Die Offenheit des Art. 5 Abs. 1 und 2 GG für derartige Sonderbestimmungen nimmt den materiellen Gehalt der Meinungsfreiheit nicht zurück. Das Grundgesetz rechtfertigt kein allgemeines Verbot der Verbreitung rechtsradikalen oder auch nationalsozialistischen Gedankenguts schon in Bezug auf die geistige Wirkung seines Inhalts.

BUNDESVERFASSUNGSGERICHT

- 1 BvR 2150/08

Absatz 4 lautet:(4) Mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe wird bestraft, wer öffentlich oder in einer Versammlung den öffentlichen Frieden in einer die Würde der Opfer verletzenden Weise dadurch stört, dass er die nationalsozialistische Gewalt- und Willkürherrschaft billigt, verherrlicht oder rechtfertigt.

Aber wissen Sie, wer heute DGB-Vorsitzender ist? Ich weiß es auch nicht. Das ist insgesamt die heutige Lage. Und die macht natürlich deutlich, daß wir in Stunden, in denen es darauf ankommt, niemanden haben, an dem wir uns festhalten können. Und auch niemanden, der uns sagt, daß wir bestimmte Dinge tun oder lassen sollen. Man braucht solche Führungsfiguren. Die haben wir auch in den Kirchen nicht. Sie können die gesamte Gesellschaft durchkämmen, und dann werden Sie überall das feststellen, was Sie gesagt haben.

Frage

Vor der hamburgener Bürgerschaftswahl war ich auf verschiedenen Wahlkampfveranstaltungen der AfD. Auf zahlreichen Plakaten und Flugblättern der AfD stand «Wir ändern Politik». Stimmen Sie mir zu in dem Punkt, daß, wer politisch in dieser Republik etwas verändern will, zuerst mal dieses perfide und perverse Wirtschafts- und Finanzsystem ändern muß?

Veranstalter

Da fragen Sie wohl den Falschen. Herr Wimmer ist nicht in der AfD. Herr Dr. Gauland mußte ja schon gehen.

Willy Wimmer

Ich sage trotzdem etwas dazu, weil es meiner Überzeugung entspricht. Eben habe ich ja darauf aufmerksam gemacht, was aus meiner Sicht der Dinge in den 90er Jahren der sozialen Marktwirtschaft – einem auf das Gemeinwohl hin ausgerichteten Wirtschaften – das Genick gebrochen hat. Wir wissen, was über die Ausrichtung auf Shareholder Value in diesem Land alles so gekommen ist, und das aus meiner Sicht über TTIP fortgesetzt werden soll. Ich hielte es für eine glänzende Entwicklung, wenn dieser nächste Schritt über TTIP nicht zustandekommen würde. Wir mögen uns ja in der Wortwahl auch unterscheiden, aber wir sehen dieselbe Tendenz in den letzten zwei Jahrzehnten. Das hat jetzt den allgemeinen Wunsch der Menschen nach einem Staat geweckt, der zu mehr da sein muß, als dazu, uns nur das Geld abzunehmen, nämlich, indem er Vorsorge trifft. Aus dem Gedanken entstand damals die Pflegeversicherung, wegen der Norbert Blüm erheblich unter Beschuss gekommen ist. Ich fand und finde sie nötig, wobei ich nicht weiß, ob jemand, der 50 Jahre jünger ist, genau so denkt wie ich. Die Jüngeren

wissen gar nicht mehr, wie unsere soziale Marktwirtschaft ausgesehen hat. Ich weiß das noch, und ich weiß, wie sie abgebaut worden ist. Ich glaube, wir müssen sie wieder neu erfinden.

Beitrag

Noch zu den Beschuldigungen der Wehrmacht durch Griechenland: Da wurden doch deutsche Soldaten von Partisanen gefangen genommen und ermordet, in einem Fall 80 Soldaten. Deshalb wurde doch Vergeltung geübt. Das, was der Vergeltung vorausging, wird aber nie gesagt.

Veranstalter

Wenn heute die Wehrmacht für Vergeltungsmaßnahmen, möglicher exzessiver Vergeltung, vielleicht auch tatsächlichen Mord angeklagt wird, dann werden Sie immer einen ganz konkreten, oft sehr grausigen Grund dafür finden. Die deutschen Soldaten sind nämlich meist nicht nur durch Erschießen umgebracht worden, sondern grausam gequält und verstümmelnd ermordet worden. Wenn es dann einen Exzess in der Vergeltung oder sogar Mord gab, dann war das natürlich ein Verbrechen, das man nicht gegen das vorangegangene feindliche Verbrechen aufrechnen kann. Nur, es hatte einen Grund, der es zumindest verständlich macht, und der muß genannt werden. Tut man das nicht, erscheint es so, als ob willkürlich getötet worden sei.

Übrigens hat man, selbst von alliierter Seite, deutschen Soldaten nie solche Grausamkeiten nachgesagt, wie sie von Soldaten und Partisanen der Gegenseite begangen wurden.

König Wilhelm I. an die Königin aus Königgrätz am 3. Juli 1866:

So avancierte die Infanterie bis zum Talrande der Elbe, wo jenseits dieses Flusses noch ein sehr heftiges Granatenfeuer erfolgte, in das ich geriet, aus dem mich Bismarck ernstlich entfernte.

Fürst Bismarck. Sein politisches Leben und Wirken urkundlich ... dargestellt von Ludwig Hahn, Berlin 1878, Bd. I, S. 473

Otto von Bismarck an seine Frau nach Königgrätz am 9. Juli 1866:

Wenn wir nicht übertrieben in unseren Ansprüchen sind und nicht glauben, die Welt erobert zu haben, so werden wir auch einen Frieden erlangen, der der Mühe wert ist. Aber wir sind ebenso schnell berauscht wie verzagt, und ich habe die undankbare Aufgabe, Wasser in den brausenden Wein zu gießen und geltend zu machen, daß wir nicht allein in Europa leben, sondern mit noch drei Nachbarn.

Fürst Bismarck, I. S. 474

Am 6. August 1866 stellte der französische Botschafter, Graf Benedetti, an Bismarck „das Ultimatum, Mainz an Frankreich abzutreten, oder die sofortige Kriegserklärung zu gewärtigen.“

Bismarck riet ihm, nach Paris zu fahren, um diesen Krieg zu verhüten. Benedetti aber glaubte, „daß die Existenz der Dynastie (Napoleons III.) in Gefahr sei, wenn die öffentliche Meinung in Frankreich nicht durch eine derartige Konzession Deutschlands beruhigt werde.“ Bismarck sagte daraufhin ungefähr:

Machen Sie Se. Majestät den Kaiser darauf aufmerksam, daß ein solcher Krieg unter gewissen Eventualitäten ein Krieg mit revolutionären Mitteln werden könnte, und daß angesichts der revolutionären Gefahren die deutsche Dynastie doch wohl eine größere Festigkeit bewahren (sic) würde als die des Kaisers Napoleon.“

Fürst Bismarck, I. S. 509 ff.

Otto von Bismarck zur Annexion Elsaß-Lothringens in einem Rundschreiben vom 16. Sept. 1870:

Die einmütige Stimme der deutschen Regierungen und des deutschen Volkes verlangt, daß Deutschland gegen die Bedrohungen und Vergewaltigungen, welche von allen französischen Regierungen seit Jahrhunderten gegen uns verübt wurden, durch bessere Grenzen als bisher geschützt werde. So lange Frankreich im Besitze von Straßburg und Metz bleibt, ist seine Offensive stärker als unsere Defensive bezüglich des ganzen Südens und des linksrheinischen Nordens von Deutschland. Straßburg ist, im Besitze Frankreichs, eine stets offene Ausfallpforte gegen Süddeutschland. In deutschem Besitz gewinnen Straßburg und Metz dagegen einen defensiven Charakter; wir sind in mehr als zwanzig Kriegen niemals die Angreifer gegen Frankreich gewesen, und wir haben von letzterem nichts zu begehren, als unsere von ihm so oft gefährdete Sicherheit im eigenen Lande.

Fürst Bismarck, II., S. 127

Die Referenten in der Reihenfolge ihres Auftritts

Manfred Kleine-Hardlage, geboren 1966 in München, ist Diplom-Sozialwissenschaftler in der Fachrichtung Politische Wissenschaft und bekannt als Islam- und Globalismuskritiker. Er schrieb u.a. *Das Dschihadssystem. Wie der Islam funktioniert. Die liberale Gesellschaft und ihr Ende. Über den Selbstmord eines Systems. Neue Weltordnung – Zukunftsskizzen oder Verschwörungstheorie? Warum ich kein Linker mehr bin*; im Januar 2015 erscheint das *Unwörterbuch – Neusprech für Unbelehrbare*, welches das verschwurbelte Politisprech zur Vertuschung ideologischer Realitätsverneinung dechiffriert.

RA Willy Wimmer, geboren 1943 in Mönchengladbach, war dort Stadtrat, war Vorsitzender der CDU Niederrhein und hielt bis 2009 33 Jahre ein Direktmandat im Bundestag; 1985-1992 verteidigungspolitischer Sprecher der CDU/CSU; 1988-1992 parlamentarischer Staatssekretär im BMVg; 1994-2000 Vizepräsident der Parlamentarischen Versammlung der OSZE. Als „VerteidigungsministerÜb“ bei WINTEY 1986 verweigerte er der NATO den A-Waffeneinsatz auf mitteldeutsche Städte, worauf BK Kohl die Übung deutschersets beendet. Er war taktgebend bei der Deutschen Vereinigung. Die Kriege gegen Serbien, Afghanistan und den Irak nannte er völkerrechtswidrig, weshalb er von seiner Fraktion u.a. Redeverbot erhielt. Er verurteilt öffentlich die Militanz des Westens, besonders der USA, gegen Rußland. Autor eines Buches zum *Weg der NVA in die Bundeswehr* und mit Wolfgang Effenberger zur *Wiederkehr der Hasardneur: Schattenstrategen, Kriegerstreiber, stille Profiteure 1914/2014*.

Dr. jur. Alexander Gauland, geboren 1941 in Chemnitz, floh 1959 in die Bundesrepublik; Abitur-Ergänzungsprüfung, Studium der Geschichte, Politik- und Rechtswissenschaften (Assessor jur.); Dissertation: *Das Legitimitätsprinzip in der Staatenpraxis seit dem Wiener Kongress*. Arbeit im Bundespresseamt, als Presseattaché in Edinburgh, für die CDU/CSU-Fraktion im Bundestag; organisierte als Büroleiter des Frankfurter Obs die Aufnahme Hunderte vietnamesischer *Boatpeople*: 1987-1991 Leiter der Hessischen Staatskanzlei. Danach bis 2005 Herausgeber und Geschäftsführer der *Märkischen Allgemeinen* (FAZ-Verlagsgruppe). Nach über 40 Jahren in der CDU 2013 Mitgründer und stellvertretender Sprecher der *Alternative für Deutschland* sowie deren Vorsitzender in Brandenburg im dortigen Landtag seit 2014 auch Fraktionsvorsitzender. Er schrieb regelmäßig im *Berliner Tagesspiegel*, außerdem u.a. in *Criticón* (darunter Portraits britischer Konservativer), in *Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte*, im *Cicero*, in der *FAZ*, der *Welt*, der *Zeit*, der *Berliner Republik*, der *Frankfurter Rundschau* und der *taz*.

Geschäftsführender Vorsitzender: Oberst a.D. Manfred Bäckera

Beirat:

Wilhelm v. Gothberg, Pater Lothar Gruppe SJ, Prof. Dr. Klaus Hormung,

Hans-Joachim von Leesen, Gerd Schulze-Rhombhof

20508 Hamburg - Postfach 261827 - Tel. 040414008-28 - Telefax -48 -

vorstand@swg-hamburg.de - www.swg-hamburg.de

Vereinregister Hamburg - Gemeinutritätigkeit anerkannt - Postbank Hamburg

IBAN: DE05 25010102003 39614 200

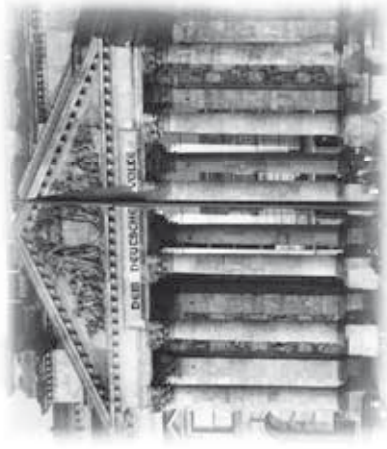
Einladung zum

Seminar

im Logenhaus,

Moorweidenstraße 36, 20146 Hamburg, nahe Dammtor

Sonnabend, 21. März 2015



swg

Welches Deutschland, welches Europa wollen wir? Vorschläge und fordern statt klagen

Zum Seminar

Wer angesichts des ganz normalen politischen und gesellschaftlichen Irrsinns das Gefühl hat, es in Deutschland nicht mehr aushalten zu können, wird in Europa kaum ein Land finden, in dem er sich wirklich besser fühlen könnte – von den USA ganz zu schweigen, obschon dort Vernunft wohl noch stärker (wenn auch nicht durchschlagend) zu Wort kommt. Sicher ist die Meinung gut begründbar, die meisten, zumindest unsere größten Probleme seien von der Politik verursacht, weil z.B. die weise No-bail-out-Klausel des Maastricht-Vertrages und Grundlage des deutschen Zustimmungsgesetzes gebrochen wurde, oder weil unser Schulsystem durch ideologische Vorgaben seine frühere Spitzenstellung verloren hat, oder weil gegenüber Einwanderern, welche selbstverständliche Gaspflichten verletzen, nicht ebenso selbstverständlich das Hausrecht strikt durchgesetzt wird, oder weil mit EU-Vereinheitlichungen national Bewährtes zerstört wird, oder weil EU-Staaten gegen eigene Interessen außenpolitisch den USA folgen, und anders mehr. Es ist deshalb ein Leichtes, Mißstände zu beklagen und zu meinen, wir würden unter Niveau regiert. Schwer ist es dagegen zu sagen, wie denn eine Besserung aussehen soll. Denn es hilft nicht, sich in die 50er oder 60er Jahre zurückzuwünschen, wir müssen von der heutigen, auch selbstverschuldet viel komplizierteren inneren und äußeren Lage ausgehen und nüchtern sachgerechte Lösungen anstreben.

Die Möglichkeiten dazu soll dieses Seminar des 10. Seminartages an Beispielen aufzeigen.

0915-1000	Eintreffen der Teilnehmer
1000-1020	Begrüßung und Einführung <i>Oberst a.D. Manfred Backerra, Veranstalter</i>
1020-1105	Ein Deutschland des Gemeinwohls durch Sachgerechtigkeit <i>Manfred Kleine-Hartlage</i>
1105-1120	Fragezeit
1120-1150	Pause
1150-1235	Ein Deutschland, das seine Interessen kennt und dafür eintritt <i>Parlamentarischer Staatssekretär a.D. Willy Wimmer</i>
1235-1250	Fragezeit
1250-1350	Mittagspause: Erbseneintopf, Getränke
1350-1435	Ein Europa selbstbestimmt vereint wirkender Vaterländer <i>Dr. Alexander Gauland</i>
1435-1450	Fragezeit
1450-1600	Aussprache mit den Referenten
1600-1700	Sekt und Gespräche zum Ausklang

Anmeldung

mit Coupon bitte bis spätestens 16. März bei:

SWG-Geschäftsstelle,

Postfach 261827, 20508 Hamburg, Fax 040-41400848

Am Seminaartag der SWG am 21. März 2015 nehme ich teil.

Als persönliche Gäste bringe ich _____
weitere Interessierte mit.

Bitte in DRUCKBUCHSTABEN:

Name, Vorname

Wohnort

PLZ

Telefon, Fax oder E-Post

Berücksichtigung in der Reihenfolge des Eingangs.
Bei Überschreiten der Saalkapazität erfolgt Absage.

**Kostenbeitrag einschließlich Bewirtung: 30,- €,
Mitglieder/Förderer 20,- €,
Schüler 10,- € an der Tageskasse.**

**Dies ist eine geschlossene Veranstaltung für Sie
und Ihre persönlichen Gäste.
Bitte Einladung vorweisen.**

Anreise mit Nahverkehrsmitteln empfohlen.
Parkmöglichkeiten fast nur in fernen Parkhochhäusern der Stadt.

SWG- Seminarntag 2015

Änderung

Dankenswerterweise spricht **Hans Heckel** statt **Manfred Kleine-Hartlage**, der aus unabwiesbarem Grund mit großem Bedauern absagen mußte.

Der Journalist **Hans Heckel**, 49 Jahre, ist Leiter des Ressorts Politik der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* (PAZ) in Hamburg. Heckel hat sich vor allem durch seinen satirisch-informativen „Wochenrückblick“ bekannt gemacht. In seinen Beiträgen arbeitet er seit Jahren die Verfallserscheinungen von Rechtsstaat und republikanischem Bewußtsein im Volk und bei den Protagonisten von Staat und Gesellschaft heraus. Dabei beleuchtet er diesen Verfall in seinen vielfältigsten Erscheinungsformen. Heckel macht den Niedergang nicht allein an konkreten Ereignissen, sondern besonders auch am rapiden Verlust oder der völligen Verdrehung von Begriffen und Maßstäben fest. Er ist dadurch bestens vorbereitet, über *Ein Deutschland des Gemeinwohls durch Sachgerechtigkeit* vorzutragen.



Neuer Stern am Parteienhimmel ist die *Pandämonische Höllenpartei (PHP)*. Wahlforscher führen ihre Beliebtheit auf ihre Ankündigung zurück, Politiker für unsinnige und gebrochene Wahlversprechen sofort und konsequent durch professionelles Höllenpersonal behandeln zu lassen. Das käme beim Wahlvolk offenbar gut an, nicht zuletzt beim männlichen Teil, was angesichts Satans schönster Tochter Luzi als Galionsfigur nicht verwundere.

Klaus Hornung
**Otto von Bismarck
und die deutsche Zukunft**

Die große europäische Wende durch den Zusammenbruch der Sowjetunion 1989/91, als deren Folge uns die Wiedergewinnung der staatlichen Einheit faktisch in den Schoß fiel, hat die Deutschen, und nicht zuletzt die Führungsgruppen in Politik, Wirtschaft, Medien, Wissenschaft, sehr unvorbereitet, zum Teil sogar widerwillig angetroffen. Im Schutz des westlichen Bündnisses hatten wir in Westdeutschland eine Wohlstands- und Schönwetterdemokratie aufgebaut. In der Lage der Teilung und mangelnder Souveränität konnten die Deutschen im westlichen Teil eine Nachkriegsgesellschaft etablieren, die sich bald zu einem wirtschaftlich blühenden, freilich auch historisch-politisch vielfach desorientierten Gemeinwesens entwickelte, von der „Machtversessenheit“ der NS-Diktatur zur „Machtvergessenheit“ einer Wohlstandsgesellschaft (Hans-Peter Schwarz¹), die „Politik“ weitgehend reduzierte auf Innen-, Wirtschafts- und Sozialpolitik, auf die innergesellschaftlichen Umverteilungskämpfe.

Dies war um so problematischer, als zur gleichen Zeit die sowjetische Sieger- und neue Weltmacht die ihr 1945 zugefallene deutsche Besatzungszone zu ihrer „westlichsten Provinz“ ausbaute, zu einem militärpolitischen Glacis ebenso wie zu einem Ausfallgebiet für einen möglichen weiteren Vorstoß gegen Westdeutschland und Westeuropa insgesamt. Allzu leicht gewöhnten sich die Westdeutschen unter dem westlichen Sicherheitsschirm und inmitten ihres wachsenden Wohlstandes an die beängstigende Tatsache, daß die Sowjetunion und ihre deutsche Satrapie vor den Toren Hamburgs, am Thüringer und am Bayerischen Wald sowie in der böhmischen „Zitadelle Europas“ (Bismarck) standen.

Epochenwandel

Die bis 1990 gültige Lage ist durch den großen Umbruch seither grundlegend verändert worden. Aus der bisherigen Randlage Westdeutschlands als Vorposten des Westens ist das neu vereinigte Deutschland

¹ Hans-Peter Schwarz: Die gezähmten Deutschen. Von der Machtbesessenheit zur Machtvergessenheit, 2. Aufl. Stuttgart 1985

wieder in die geographische und historische Mitte des alten Kontinents zurückgekehrt, aus einem über vierzigjährigen Ausnahmezustand deutscher und europäischer Teilung wieder in die Normalität der Geschichte. Besonders für die Deutschen sind damit „vierzig Jahre Atempause der Weltgeschichte“ (Arnulf Baring²) zu Ende gegangen. Wir haben heute eine Epochenscheide überschritten. Und wir haben deshalb an diesem Jahrestag der neuen deutschen Einheit, der uns an diesem denkwürdigen Ort zusammenführt, allen Anlaß, uns der Aufgaben zu versichern, die nach dem Ende dieser Atempause auf uns warten. Es geht um nichts geringeres als um den Übertritt von Teilung und mancher Vormundschaft zu neuer politischer Mündigkeit und Eigenverantwortung.

Seit dem 3. Oktober 1990 stehen wir vor einer großen Gestaltungsaufgabe, damit aus der neuen staats- und völkerrechtlichen Einheit in den nächsten zwei bis drei Generationen eine politische, geistige, kulturelle und ökonomische Einheit im Vollsinn entstehen kann. Und wir alle spüren es: Unser in den letzten vier Jahrzehnten entstandener Ideenhaushalt reicht zur Bewältigung der neuen Lage und Aufgabe nicht mehr aus. Allenthalben zeigen wir uns, „trainiert nach den Regeln der letzten vierzig Jahre“, wenig gerüstet zur Bewältigung der neuen Herausforderungen. Mit unserer verbreiteten Verwechslung von Freiheit mit prinzipienlosem Gewährenlassen, mit der Vorstellung, die Freiheit des einzelnen lasse sich immer weiter vermehren und zugleich der Versorgungsstaat grenzenlos ausweiten, haben wir uns in eine Sackgasse manövriert, von der jetzt die Krisen zum Beispiel unserer öffentlichen Sicherheit und unserer Wirtschaftslage deutlich Kunde geben. Und auch nach außen werden wir, zu manchem Unbehagen, wieder von den Realitäten einer Welt Kenntnis nehmen müssen, die durch wachsende politische, ökonomische, ökologische, nationale, kulturell-religiöse und rassische Konfliktpotentiale und Bedrohungen bestimmt wird.

In diesem Epochenwandel, den viele Zeitgenossen noch nicht begriffen haben, ist es deshalb legitim, ja notwendig, das geistige und politische Vermächtnis des Reichsgründers von 1871 aufzurufen. Dabei gilt es natürlich, Mißverständnissen zu wehren: „Geschichte wiederholt sich niemals so, wie sie sich ereignete. Die Anrufung genialer Vorbilder ver-

² Arnulf Baring: Deutschland, was nun? Ein Gespräch mit D. Rumberg und W. J. Siedler, Berlin 1991, S. 125 ff.

mag ihren Ablauf nicht zu lenken. Der Versuch, Bismarck nachzuahmen, bietet heute keine größeren Chancen als früher. Allenfalls können wir versuchen, uns den Problemen auf seine Weise zu nähern ...“, so lesen wir in dem noch heute lesenswerten Buch „Bismarck in Bonn“ des konservativen und welterfahrenen Publizisten Hans-Georg von Studnitz³.

Ein großer Unzeitgemäßer?

In der Tat: Niemand steigt zweimal in denselben historischen Fluß. Zwischen Bismarck und unserer Gegenwart liegt nicht nur der bloße Zeitablauf eines runden Jahrhunderts. Dazwischen liegen zwei Weltkriege, die Ausweitung des europäischen Mächtekonzernts zum heutigen Weltstaatensystem, das „totalitäre Zeitalter“ mit seiner über siebzigjährigen Dauer von 1917 bis 1989⁴. Zwischen Bismarck und uns liegt nicht zuletzt der tiefgreifende Prozeß der „Fundamental-Demokratisierung“ im Zeichen der sogenannten Modernität seit der Französischen Revolution, ein Prozeß, der die Voraussetzungen, Prinzipien und Methoden gerade auch der internationalen Politik tief veränderte, dessen Problematik heute im Zeichen der Krise der Modernität auch deutlich hervortritt.

Ist Bismarck für uns also doch ein großer Unzeitgemäßer? Ist die Anfrage bei ihm nur mehr oder weniger nostalgische Schattenbeschwörung? Ich bin nicht dieser Meinung. Sicherlich: Bismarck war der letzte der großen europäischen Kabinettspolitiker in der Reihe der Richelieu und Metternich, wie ihn Gerhard Ritter sah⁵. Kühle Staatsräson und staatliche Machtinteressen, nicht ideologische und „moralische Wallungen“ waren die Motive seiner Politik⁶. Mit der autoritär-konstitutionellen

3 Hans-Georg von Studnitz: Bismarck in Bonn. Bemerkungen zur Außenpolitik, Stuttgart 1964, S. 8

4 Klaus Hornung: Das totalitäre Zeitalter. Bilanz des 20. Jahrhunderts, Frankfurt und Berlin 1993, 2. Aufl. 1997

5 Gerhard Ritter: Das deutsche Problem. Grundfragen deutschen Staatslebens gestern und heute, 2. Aufl. München 1966, S. 82

6 ebd. S. 82ff. Ritter betont zu Recht, daß die nationale und liberale Bewegung 1848/49 mit ihren „moralischen Eroberungen“, aber auch ihren großdeutschen Zielen von Europa als bedrohlicher angesehen wurde als die konservativ-staatliche Politik Preußens, eine Erfahrung, aus der dann Bismarck die Folgerungen zog im Sinne einer Lösung der deutschen Frage durch die preußische Politik, die Ritter als kontinentale Machtpolitik im Stil Richelieus oder Friedrichs des Großen charakterisiert im Unterschied zum insular-liberalen Typus der englischen Politik, wie sie etwa durch William Gladstone repräsentiert wurde.

Regierungsweise und Verfassung, die die seinen waren, war er natürlich nicht an demokratische Prozesse und parlamentarische Mehrheiten gebunden. Er rief zwar – als der „weiße Revolutionär“, wie man gesagt hat⁷ – die nationale und liberale Bewegung für das deutsche Einigungswerk auf. Aber heute vermögen wir seine Distanz zu nationalistischen und anderen Massenleidenschaften wieder neu zu würdigen, nachdem wir deren Ergebnisse im Zeitalter der Ideologen und ihrer totalitären Exzesse bitter erfahren haben. Ein Abgrund trennt den Reichsgründer von den Ideologien des Reichsverderbers ein halbes Jahrhundert später, ganz abgesehen von den Unterschieden des geistigen Ranges und der menschlichen Qualitäten beider⁸.

Die Weisheit und Klugheit mancher seiner Grundsätze sprengte die Grenzen seines Jahrhunderts. Heute, im Übergang zwischen zwei Epochen und weltweiter neuer Unübersichtlichkeit, in die wir eingetreten sind, erscheint es notwendiger denn je, sich der Weise zu vergewissern, mit der Bismarck sich den Problemen – vor allem der Außenpolitik – näherte. Es geht also nicht um restaurative Wunschbilder, wohl aber um die Anleitung für die nüchterne Begegnung mit der Wirklichkeit, bei der auch wir Heutigen viel von ihm lernen können – nicht nur Nüchternheit, Geduld, Einfühlungsvermögen als Tugenden des politischen Handwerks, sondern auch was die religiösen und christlichen Fundamente seiner Existenz betrifft. Sein außenpolitisches Handeln war zwar undogmatisch, das war aber nicht Bindungslosigkeit. Seine viel gescholtene „Realpolitik“ sank nie zu Opportunismus ab, sondern fühlte sich als Dienst am Staat und dessen „festen und tiefen Geleisen“ in der Kontinuität seiner überpersönlichen Individualität gebunden. Im Sinne von Luthers Lehre von den „zwei Reichen“ vergötterte er den Staat nicht, versuchte aber auch nicht, ihn entgegen der irdisch-politischen Wirklichkeit unter das Gesetz des Evangeliums oder einer säkularisierten Moral zu stellen. Das trennte ihn vom liberalen Denken mit seiner Unterschätzung des Kreatürlich-Bösen wie von einer sozialistischen Agitation, die das Himmelreich auf Erden verspricht.

7 Lothar Gall: Bismarck – Der weiße Revolutionär, Frankfurt-Berlin-Wien 1980

8 Gerhard Ritter (Anm. 5), S. 83. Theodor Heuss zeichnete Bismarck als einen Mann, „der sehr klug, sehr gebildet, sehr nüchtern war und in der Kühnheit der Phantasie und Verwegenheit der Mittel sich unter dem Gesetz des Maßes wußte“, zitiert bei Hans Rothfels: Bismarck und der Staat. Ausgewählte Dokumente, 2. Aufl. Darmstadt 1953, S. XVIII

Das kann ihm natürlich in einer Zeit wie der unseren, die von beiden Tendenzen tief durchdrungen ist, nicht viel Sympathien verschaffen. Hans Rothfels hat mit Recht von einer religiös gebundenen „protestantischen Berufsethik des Staatsmannes“ bei Bismarck gesprochen, die er im Konfliktfall nicht privater Meinung und Gewissensruhe unterordnete.

Es könnte wie für unsere Tage gesprochen sein, wenn Bismarck einmal gegenüber einem besorgten Glaubensgenossen sagte: „Wer mich einen gewissenlosen Menschen schilt, soll sein Gewissen auf diesem Kampfplatz erst einmal versuchen.“⁹ Es ist also nicht so einfach, wie man immer wieder gemeint hat, Bismarck vorzuwerfen, kein Rechtsgefühl gehabt und die Sittlichkeit aus der Politik verbannt zu haben. Er glaubte jedenfalls, beide Grundpfeiler abendländischen Denkens gegen die „Überflutung durch Parteileidenschaften“ zu verteidigen, und die Heutigen, die vom geschichtlichen Rathaus kommen, sollten zumindest mit nachträglicher Weisheit und Moral zurückhaltend sein.

Dies alles und manches mehr gilt es heute im Dialog mit Otto von Bismarck zu bedenken, und dies um so mehr, als die Deutschen in ihrer neueren Geschichte ja immer wieder erstaunliche Proben politischer Unbegabung geliefert haben, vor allem in der Außenpolitik. Man hat das, wohl nicht zu Unrecht, auf die lange Zeit ihrer kleinstaatlichen politischen Kultur seit dem Zusammenbruch des Stauferreiches und dann erneut verstärkt durch ihre erste neuzeitliche politische Katastrophe im Dreißigjährigen Krieg zurückgeführt. Im Vergleich mit England und der ungebrochenen staatlichen Tradition Frankreichs von Richelieu und Ludwig XIV. über Napoleon bis zur V. Republik haben die Deutschen zumal auch nicht vermocht, eine politisch zureichend geschulte Führungsschicht zu entwickeln. Diese tiefen Residuen unserer apolitischen Tradition haben sich in der Zeit unserer Teilung zwischen 1945 und 1989 nur noch vertieft, was nicht zuletzt auch Konrad Adenauer erfahren mußte.

Schwankende Weltbilder

Besonders in der Außenpolitik neigen die Deutschen zu Doktrinarismus und Moralismus, urteilen und handeln sie häufig auf der Grundlage

9 Rothfels (Anm. 8), Einleitung S. XXVII

schwankender Weltbilder und neigen sie immer wieder zu groben Fehlschlüssen. Aktuelle Beispiele aus unserer Europapolitik oder aus dem Bereich unserer Ausländer- und Asylpolitik lassen sich hier in Fülle anführen. Immer noch umnebelt uns auch, 50 Jahre nach dem Zusammenbruch der NS-Diktatur, die „Re-education-Wolke“ (Hans-Georg von Studnitz¹⁰), so daß wir gerade auch im Ausland wie politische Waisenkinder wirken, ohne einen funktionierenden Kompaß auf dem Weg durch die Gegenwart. Hier liegen die Wurzeln unseres häufigen Schwankens zwischen Überhebung und „Orgien der Bußfertigkeit“, übertriebener Xenophilie und Xenophobie, „Machtversessenheit und Machtvergessenheit“, so daß Winston Churchill einmal irritiert von den Deutschen sagen konnte, man habe sie entweder an der Gurgel oder auf den Knien.

Bismarck hat über diese deutschen Schwächen keine Illusionen gehabt, haben sie ihm doch seine Arbeit und Aufgabe lebenslang erschwert. Er beklagte den deutschen „Dorf-, Stadt-, Fraktions- und Ressortpartikularismus“ auf Kosten des Ganzen, den Mangel an Vaterlandsgefühl, das weit unter dem Durchschnitt etwa der Franzosen stehe¹¹. „Es liegt ohne Zweifel etwas in unserem Nationalcharakter, was der Vereinigung Deutschlands widerstrebt. Wir hätten die Einheit sonst nicht verloren oder hätten sie bald wieder gewonnen“, hatte er schon 1867 festgestellt.¹²

Solche Sätze, in denen er den Deutschen den Spiegel vorhielt, zeigen die Aktualität Bismarcks gerade auch für die heutigen Deutschen. Schon im Februar 1863, ein halbes Jahr nach der Übernahme des Amtes des preußischen Ministerpräsidenten, hielt er dem Abgeordnetenhaus mit seiner liberalen Mehrheit politische Führungsunfähigkeit vor mit den Worten: „Die Neigung, sich für fremde Nationalbestrebungen zu begeistern (es ging hier um den polnischen Aufstand gegen den Zaren), auch dann, wenn dieselben nur auf Kosten des eigenen Vaterlandes

10 Studnitz (Anm. 4), S. 13ff., S. 16ff. „Was bis 1918 verhüllt blieb, hat sich inzwischen bestätigt: Begabung für Außenpolitik gehört nicht zu den deutschen Naturtalenten. Kein Wunder, daß sich die Deutschen in der Außenpolitik so unglücklich tun wie die Engländer in der Musik, die Italiener im Kriegswesen, die Nordländer mit den Frauen und die Franzosen mit der amerikanischen Zivilisation“ (S. 17f.)

11 Robert Ingram: Bismarck selbst. Tausend Gedanken des Fürsten Otto von Bismarck, Stuttgart 1950, S. 251

12 Ebd. S. 248

verwirklicht werden können, ist eine politische Krankheitsform, deren geographische Verbreitung sich auf Deutschland leider beschränkt¹³.

Die Kunst des Friedensmachens und Friedenstiftens

Sein Denken und Handeln weist uns darauf hin, daß Staaten und Völker vor allem von Interessen geleitet werden. Solche staatliche Interessen- und Realpolitik war bei Bismarck aber nicht einseitige Machtpolitik, wie sie seine Feinde wie seine Diadochen – vor allem die Alldeutschen nach 1890 oder die Schule Heinrich von Treitschkes – im Sinne der „Kürassierstiefel-Symbolik“ verzeichneten. Bismarcks Politik blieb stets einem „universalen Ordnungsdekan“ (Hans Rothfels¹⁴) verbunden. Er übte sich in der Begrenzung seiner Ziele, in der Kunst des Wartenkönnens, anstatt „unreife Früchte abzuschlagen“ nicht zuletzt in der Kunst des Friedensmachens und Friedenstiftens – man denke an den Friedensschluß von Nikolsburg 1866 mit der Donaumonarchie oder an das „ehrliche Maklertum“ des Reichskanzlers auf dem Berliner Kongreß 1878. Er war sich stets bewußt, daß die „kritische Masse“ des neuen Staates in der Mitte, die Europa zu akzeptieren bereit war, immer wieder sorgfältig kalkuliert werden mußte, was ihn die „Saturiertheit“ des kleindeutschen Reiches stets erneut betonen ließ¹⁵.

Das galt nicht erst für die Zeit nach 1871 mit Bismarcks bekannter Bündnispolitik im Dienst der europäischen Friedenssicherung und der Versöhnung der neuen Macht in der Mitte mit ihren Nachbarn. Das war auch schon wirksam in der Phase der Einigungspolitik. Schon 1863 verteidigte Bismarck im Abgeordnetenhaus seine Schleswig-holsteinische Politik mit den aufschlußreichen Worten, die das einseitige Bild von „Eisen und Blut“ zu relativieren geeignet waren: „Heute ist mir sogar der europäische Standort vorgeworfen worden. Meine Herren, solange wir in Europa wohnen und nicht etwa mit Dänemark

13 Rothfels (Anm. 9), S. 184

14 Ebd. S. XX

15 Bismarck betonte nach 1871 immer wieder, daß es darum ging, einen „friedliebenden Gebrauch unserer Schwerkraft“ sicherzustellen und nicht zu versuchen, „Schiedsrichter und Schulmeister Europas“ zu werden und dem „Kitzel der Richtterolle in Europa“ zu erliegen. Bismarck widersprach jeder „Ausdehnungswut“, „Eroberungs- und Renommierromantik“, die er „bonapartistische Ruchlosigkeit“ nannte. Sein Verständnis von „Interessenpolitik unterschied sich von blinder Machtpolitik vor allem dadurch, daß sie „nicht außerhalb des Gebietes ‚periklitieren‘ (soll), das Gott uns zugewiesen hat“ (einschlägige Zitate bei Robert Ingrim a.a.O., S. 65f., S. 85 sowie ausführlich in der Dokumentensammlung von Hans Rothfels

auf einer isolierten Insel, solange müssen wir uns auf den europäischen Standort stellen, und ich lasse mir diesen Vorwurf ebenso gefallen als den, daß ich eine preußische Politik treibe ...“¹⁶. Und 1866 trat er dem Siegerübermut im eigenen Lager mit den Worten entgegen: „Wir sind ebenso schnell berauscht wie verzagt, und ich habe die undankbare Aufgabe ..., geltend zu machen, daß wir nicht allein in Europa leben, sondern mit drei Nachbarn“¹⁷.

Leitlinie des europäischen Gleichgewichts

Nach seiner Überzeugung ging es in der Politik überhaupt nicht um Strafe oder Rache, um Vergeltung oder gar Vernichtung eines Gegners, diesen katastrophalen Markenzeichen ideologischer und totalitärer Politik, deren Zeitzeugen wir in unserem Jahrhundert waren und sind. Es gehörte vielmehr zu den besonderen Fähigkeiten des Reichskanzlers und Außenpolitikers, sich mit Intuition und der Erfahrung eines langen Lebens auf diplomatischem Parkett in die Interessenlage und Psychologie der Partner und Kontrahenten versetzen zu können. Dabei war seine Politik ebenso nüchtern wie offen, indem sie die Wechselseitigkeit des Respektierens der verschiedenen Interessen praktizierte, so daß „Europa“ für Bismarck kein Rauchscheiter war, hinter dem mit moralischer Emphase um so besser nationalstaatliche Interessen verfochten werden können: „Ich habe das Wort ‚Europa‘ immer im Munde derjenigen Politiker gefunden, die von anderen Mächten etwas verlangten, was sie im eigenen Namen nicht zu fordern wagten“¹⁸.

Europa war für Bismarck der Inbegriff wechselseitiger Kenntnisnahme, Berücksichtigung und Aushandlung der Interessen der Mitglieder seines „Konzerts“, wie er sich in seiner Leitlinie des europäischen Gleichgewichts niederschlug. Als dieses Prinzip nach 1890 von allen Beteiligten Schritt für Schritt verlassen wurde, begann der Weg in die

16 Rothfels (Anm. 9), S. 18

17 Ingrim (Anm. 12), S. 31

18 Rothfels (Anm. 8), S. XVII

europäische Katastrophe, an deren Folgen wir noch heute leiden¹⁹. Um so wichtiger ist es, daß dieses Prinzip ehrlichen Interessenausgleichs auch in der heutigen Wirklichkeit der Europäischen Union als Voraussetzung und Grundstein einer gedeihlichen Entwicklung gepflegt wird. Bismarck wußte es wie kein anderer: Berechenbarkeit ist das Fundament auch des Verhältnisses zwischen den Völkern und Staaten. Wir sagten eingangs: Die Deutschen haben durch den Umbruch von 1989/90 den Rubikon überschritten. Ihr fast ein halbes Jahrhundert währender „Urlaub von der Weltgeschichte“²⁰ ist zu Ende und mit ihm die bequeme „Flucht aus der Weltpolitik in den Märchenwald, wo uns keiner mehr findet, außer der guten Fee, die meldet, daß der Weltfriede ausgebrochen ist“²¹. Die Phase, da wir meinten, Politik reduzieren zu können auf den Binnenbereich des Gemeinwesens, auf Sozialkritik, Gesellschaftsreform und wohlfahrtsstaatliche Umverteilung, gehört der Vergangenheit an. Vierzig Jahre lang hatten die Deutschen nach dem Motto zu leben versucht, „Katastrophen sind von der Verfassung verboten“. Sie mochten sich unter dem Trauma der NS-Vergangenheit auch noch so sehr darum bemühen, ihre nationale Identität und historisch-politische Tradition zu verleugnen. Seit 1990 werden sie mehr denn je von ihrer internationalen Umwelt an die Kontinuität des deutschen Staates erinnert – und das ist nun einmal vor allem die des Deutschen Reiches von 1871.

Ein krampfhaftes Festhalten an einem neurotischen nationalen Selbsthaß würde ein politisches Vakuum zwischen Rhein und Oder bedeuten, das nichts anderes darstellte als eine Fortsetzung der *incertitudes allemandes (deutsche Unsicherheiten)* mit anderen Mitteln. Das liegt, weiß Gott, weder im Interesse der Deutschen selbst noch ihrer europäischen

19 Mit Recht hat man immer wieder die Politik des europäischen Gleichgewichts als Leitlinie Bismarcks verstanden. Man wird Robert Ingrim zustimmen können, wenn er meint, daß es mit Bismarck nicht zu 1914 gekommen wäre: Er hätte die Führung des Bündnisses mit Österreich-Ungarn nicht aus der Hand gegeben, nicht die britische Seemacht durch den Schlachtfloottenbau des Admirals Tirpitz herausgefordert und nicht wie Kaiser Wilhelm II. und seine Berater 1906 und 1911 Prestigepolitik gegen die Franzosen in Marokko betrieben. Für Bismarcks Gleichgewichtspolitik waren alle fünf oder (mit Italien) sechs Großmächte unentbehrlich, darunter auch und nicht zuletzt die Doppelmonarchie, an deren Stelle nur „dauernd revolutionäre Gebilde“ entstehen konnten mit dem Ergebnis des russischen Zugriffs auf Ost- und Südosteuropa, wie es dann auch tatsächlich gekommen ist.

20 So immerhin auch Theo Sommer, in: Die Zeit 14. August 1992

21 Karl-Heinz Bohrer: Provinzialismus, in: Merkur Nr. 44/1990, S. 1100

Nachbarn. Mehr oder weniger gut gemeinte universalistische Träume und weltbürgerliche Absichten, wie sie etwa Jürgen Habermas, diese Reinkarnation des unpolitischen deutschen Intellektuellen, nicht müde wird, uns einzureden, sind für eine rationale Außenpolitik nichts als Treibsand. Ihre Appeasementneigung aus Wohlstandsbequemlichkeit ist nicht geeignet, Konflikte zu lösen, sondern kann sie nur verschleppen, bis sie dann tatsächlich unlösbare Gewalt über uns gewinnen.

Großes Erbe außenpolitischer Leitideen

In der heutigen Welt wachsender Unsicherheiten sind jedenfalls die geschichtlich gewachsenen Staaten und Völker und ihr Selbstbehauptungswille wesentliche Grundlagen verantwortlicher Außenpolitik. „Der Nationalstaatsgedanke hat sich trotz oder gerade wegen der europäischen Integration nicht überlebt, in Europa wird ‚fremd verordnete Einheitlichkeit des Lebens‘ auf Dauer nicht hingenommen“²². Man kann Ralf Dahrendorf nur zustimmen, wenn er neuerdings feststellte, daß die Auflösung des Nationalstaates, „sei es in strukturlose Diskurse, sei es in realitätsloses Europäertum“²³, immer weniger als Fortschritt empfunden wird.

Trotz ihrer politischen Unbegabung haben die Deutschen das Glück, über ein Erbe außenpolitischer Leitideen zu verfügen, das mehr denn je verdient, bewußt gemacht und angeeignet zu werden für unseren Weg in eine verhangene Zukunft. Dieses Erbe wird von den drei Namen Otto von Bismarck, Gustav Stresemann und Konrad Adenauer bezeichnet. Sie können uns lehren, wie wir die uns aufgegebenen Gratwanderung zwischen den natürlichen Interessen eines „normalen“ Nationalstaates und zerstörerischem Nationalismus bewältigen, wie „nationale Interessen für sich wie für die anderen deutlich und eindeutig zu definieren“²⁴ sind, ohne zu ausufernden Kollisionen mit den Interessen anderer zu führen. Es war zum Beispiel Bismarcksches Format unter widrigsten Umständen, als Konrad Adenauer bei der Vorstellung seines ersten

22 Gregor Schöllgen: Angst vor der Macht. Die Deutschen und ihre Außenpolitik, Berlin-Frankfurt am Main 1993, S. 147. Vgl. Rüdiger Bubner: Brauchen wir einen Begriff der Nation?, in: P. Brautling/W. Rees-Schäfer (Hrsg.): Universalismus, Nationalismus und neue Einheit der Deutschen. Philosophen und die Politik, Frankfurt am Main 1991, S. 20

23 Ralf Dahrendorf: Wege in die Irrelevanz. Schwierigkeiten mit der Bürgergesellschaft, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 28. Oktober 1992

24 Schöllgen (Anm. 23), S. 152

Kabinetts bei den drei Hochkommissaren im Herbst 1949 auf dem Petersberg bei Bonn beherzt den Teppich betrat, auf dem diese standen und den zu betreten man ihm verboten hatte²⁵. Das war Signal und Symbol der Wiederherstellung deutscher Gleichberechtigung, eine Reaktion, an der Bismarck seine Freude gehabt hätte. Überhaupt zeigten Adenauer wie auch Stresemann, daß gute Außenpolitik selbst in der parlamentarischen Demokratie möglich ist, wenn auch unter großen Schwierigkeiten, da hier oft allzu viele Köche den Brei verderben und der Mut zur Entscheidung, aber auch zu signalgebenden Handlungen so oft fehlt.

Der zweite deutsche Nationalstaat von 1990 steht vor der enormen Aufgabe, aus dem unruhigen Pendeln deutscher Geschichte zwischen „Machtversessenheit“ und „Machtvergessenheit“ herauszutreten und in die freieren Gewässer „verantwortlicher Machtpolitik“ zu gelangen, die „Angst vor der Macht“ zu überwinden und „Macht als Chance zu begreifen, an der Eindämmung von Krisen und Kriegen und der Vermeidung von Katastrophen mitzuwirken“²⁶. Jetzt kommt es darauf an, daß die Deutschen die Extrempositionen ihrer jüngeren Geschichte verlassen – „entweder an der Gurgel oder auf den Knien“ – und sich künftig in normaler Haltung bewegen, auf den Beinen, als Nation unter Nationen. Eben das ist es, was auch die Welt heute von ihnen erwartet und was freilich unsere Großmeister des Zeitgeistes bis 1990 immer noch krampfhaft zu verhindern versuchen. Das heißt natürlich auch, daß es ohne Korrekturen an unserer bisherigen Wohlstandsversessenheit, die mit Machtvergessenheit eine so unheilige Allianz eingegangen ist, und ohne Heilung unserer Inferioritätskomplexe der letzten Jahrzehnte nicht gehen wird. Leidenschaften und Rauschzustände – sei es Überhebung, sei es vorseilende Unterwerfung – sind immer gefährlich, vor allem für eine Nation in der exponierten Mittellage der Deutschen. Wirklichkeitssinn, Geduld, Disziplin, unverstellte Interessen-Definition wie Rücksicht auf die Interessen der anderen – das sind die wesentlichen Faktoren einer Außenpolitik, wie sie uns Otto von Bismarck und in seiner Spur Gustav Stresemann und Konrad Adenauer gelehrt haben, Leitlinien, die nicht zuletzt auch ein künftiges außenpolitisch verantwortliches Establishment bestimmen sollten, die uns Führung

25 Konrad Adenauer: Erinnerungen 1945-1953, Fischer-Bücherei Bd. 798, 1967, S. 223f.

26 Schöllgen (Anm. 23), S. 155

und Geleit geben können für unsere Aufgabe „verantwortlicher Machtpolitik“.

Dieser Text von Prof. Dr. Klaus Hornung stammt aus der Festschrift zum 75. Geburtstag von Ferdinand Fürst von Bismarck, herausgegeben 2005 vom Bismarckbund e.V., 21521 Aumühle.

Kaiser Wilhelm I. (*1797) an Generalfeldmarschall Albrecht Graf von Roon (*1803), preußischer Kriegsminister 1859-1873, zu Roons Verdiensten und zum bevorstehenden Berliner Kongreß am 12. März 1878:

Nach längerer als meiner gewöhnlichen Schuld stehe ich dieses Mal vor Ihnen mit dieser verspäteten Danksagung für Ihren Brief zum Jahreswechsel Er enthält so liebe Worte und Gedanken für mich, wie ich sie von einem Manne kenne, der mir jahrelang mit treuem Rat und kräftiger Tat zur Seite stand und somit eine große Zeit mit schaffen half! Glauben Sie nicht, daß Ihre Zeit verblaßt vor der Gegenwart mit ihrer aufreibenden Natur, wie Sie mir schrieben. Die jetzige Armee, die Sie mit bildeten, steht noch unwandelbar fest als Ihr Werk; denn nur Beharrlichkeit und Konsequenz ließ uns alle schmähhlichen Anfechtungen bekriegen und zuletzt mit den Waffen in der Hand besiegen!

Als Sie mir schrieben, war eben erst Plewna gefallen; die Russen gingen von Sieg zu Sieg, stehen am Tor von Konstantinopel und schließen Frieden, der ihnen selbst wenig einbringt für die unerhörten Kosten von Menschenleben, Blut und Kosten aller Art, und wer weiß, was ihnen im Kongreß noch abgezwackt werden wird in Armenien und an der Donau. Daß dieser Kongreß in Berlin tagen soll, um Bismarcks Gegenwart zu ermöglichen, ist sehr ehrenvoll für Deutschland und speziell für Preußen; aber mir persönlich wird dadurch manch unangenehme Stunde bereitet werden! Denn meine Rolle ist die eines Schiedsrichters, und der macht es niemandem recht! –

.....
Ihr Ihnen treu ergebener Wilhelm

Aus: Briefe Kaiser Wilhelms des Ersten, 1911 Insel-Verlag, Leipzig, S. 203 f.

Manfred Backerra

Anmerkungen zu „*Otto von Bismarck und die deutsche Zukunft*“

Dem Urteil Klaus Hornungs über Bismarck kann ich nur zustimmen. Doch zu einigen damit einhergehenden Urteilen wage ich Einspruch. Da ist zunächst die übliche Behauptung der deutschen „Unbegabung“ für Außenpolitik, die im Gegensatz zur langgeschulten britischen und französischen Versiertheit auf diesem Gebiet stehe.

Um es vorweg zu nehmen: Die deutsche Außenpolitik hat es vor den beiden Weltkriegen nicht geschafft, die existenziellen Bedrohungen, die sich gegen das Reich zusammenbrauten oder schon gebräut hatten, auszuschalten oder wenigstens zu verringern. Selbst wenn, ja gerade wenn man die Gründe dafür hauptsächlich im mehr oder weniger ausgeprägten Willen der Gegner sieht, Deutschland auszuschalten, muß man leider zugeben, daß die Schwere der Bedrohungen offenbar verkannt wurde und deshalb auch rechtzeitige einschneidende Gegenmaßnahmen (die vor dem Zweiten Weltkrieg nicht nur außenpolitischer Natur hätten sein müssen) unterblieben.

Doch wie gut war denn dagegen die Politik Frankreichs und Großbritanniens? Sie war hervorragend darin, vor dem Ersten Weltkrieg einen erdrückenden Ring von Bündnissen um Deutschland und Österreich zu schaffen, sie unterschätzte aber die Selbstgefährdung durch einen großen Krieg und war nicht bereit, die Chance einer frühen Beendigung des Krieges wahrzunehmen. Sie verkannte auch, daß sie mit dem Einsatz von Truppen aus den Kolonien deren Verlust beschleunigte. Beide Staaten hatten erfahren, daß sie durch den Ersten Weltkrieg von der US-Finanzmacht abhängig und dadurch erheblich schwächer geworden waren. Trotzdem erklärten sie Deutschland 1939 einen Krieg, der vorhersehbar nur mithilfe der USA zu gewinnen war, was sie noch mehr Macht kosten würde, wenn nicht sogar auch ihre Kolonialimperien. Frühzeitige Chancen, den Krieg in Polen als einen Regionalkonflikt zu beenden, wiesen sie zurück. Die aus der anglo-amerikanischen Forderung nach *unconditional surrender* folgende politische Glanzeistung, der Sowjetunion Europa bis zur Elbe zu überlassen, spricht für sich.

Die deutschen Fehlleistungen werden durch die der Franzosen und Briten zwar nicht besser, sie zeigen aber, daß es keinen Grund gibt, eine speziell deutsche politische Unbegabung zu konstatieren.

Schwanken die Deutschen tatsächlich zwischen *übertriebener Xenophilie und Xenophobie*?

Übertriebene Fremdenliebe oder Vorliebe für Fremdes bis zur Mißachtung der eigenen Sprache war und ist sicherlich eine besonders ausgeprägte Eigenart der Deutschen.

Doch wann wäre Fremdenfeindlichkeit ein deutsches Charakteristikum gewesen? Selbst für die kurze Zeit, in der ein amtlicher Rassenwahn herrschte, der Deutsche zu Fremden und Fremde auch teilweise zu Untermenschen machte, wäre den Deutschen in ihrer überwältigenden Mehrheit kaum Fremdenfeindlichkeit nachzuweisen. Weder den Deutschen, die als Soldaten unter anderen Völkern waren, noch den Deutschen, die im Inland mit freiwilligen und zwangsverpflichteten Fremdarbeitern sowie mit Kriegsgefangenen zu tun hatten, wurde dies von den Gegnern je nachgesagt. Eher das Gegenteil: „Reiste man nach dem Krieg durch die befreiten Länder, so hörte man allenthalben das Lob der deutschen Soldaten – und nur zu oft wenig freundliche Betrachtungen über das Verhalten der der Befreiertruppen“, berichtete der damals maßgebende englische Militärschriftsteller Liddell Hart 1965 in seinen Lebenserinnerungen. Eine Studie von 2001 über *Deutschen Normalbürger 1933-45* des emeritierten Psychologen Fritz Süllwold belegt, daß man Kriegsgefangene und Ostarbeiter weit überwiegend korrekt bis familiär behandelte und eher Mitleid für die sowjetischen empfand.

Es ist sehr verwunderlich, daß Deutsche immer wieder zustimmend die Behauptung Churchills zitieren, man habe die deutschen entweder auf den Knien oder an der Gurgel. Die Behauptung erweckt den Eindruck, als seien die Deutschen schon immer unberechenbar vom Kniefall zum Angriff auf andere Völker übergegangen. Stimmt das?

Auf den Knien waren in der Tat Teile Deutschlands während der Okkupation durch Napoleon; doch gerade das am stärksten getroffene Preußen begann sogleich, Kräfte zu entwickeln, um Deutschland vom Joch zu befreien. Nach dem Ersten Weltkrieg war Deutschland zwar besiegt und ausgeraubt, aber keineswegs auf den Knien gegenüber den Siegern; im Gegenteil: die wichtigen politischen Kräfte von links bis rechts standen sofort gegen das erlittene Unrecht auf und strebten

nach besten Kräften es zu beseitigen. Seit dem Zweiten Weltkrieg allerdings befinden sich immer noch Teile der Politik und Gesellschaft auf Knien. Doch auch hier übten die besten Kräfte von links bis rechts sehr bald den aufrechten Gang. Sie schufen ein Grundgesetz, das (abgesehen von alliierten Sonderrechten) auch ohne alliierte Kontrolle kaum nationalbewußter und stärker an unsere Werte und bisherige Errungenschaften gebunden hätte gefasst werden können. Der darauf aufbauende Staat stand, wenn auch nur halbsouverän, durchaus selbstbewußt für Deutschland.

Wenn ein Volk nach drei schlimmen Niederlagen, wie sie kein anderes Volk in Europa erlitten hat, immer wieder bald aufgestanden ist, so zeichnet es sich – trotz aller Knienden unter ihm – wohl vor allem aus durch die Kraft zum Aufraffen und zum aufrechten Gang.

Oder man habe die Deutschen an der Gurgel: Das sagt ausgerechnet Churchill, der selbst mitentscheidend für zwei britische Kriegserklärungen an Deutschland war, und der ein Volk vertrat, das so vielen Völkern wie kein anderes aus imperialen Gründen bis noch ins 20. Jahrhundert (Burenkrieg) an die Gurgel gegangen ist. Und er sagt es den Deutschen nach, die von den großen Nationen in der Neuzeit bei weitem die wenigsten Kriege geführt haben (wie der US-Politologe Quincy Wright 1942 in *A Study of War* feststellte), und diese praktisch immer aus einer politischen oder militärischen Defensive oder Zwangslage. Daß der Geschichtskenner Churchill das wider besseres Wissen zu sagen gewagt hat, zeugt von fast bewundernswerter Chuzpe. Daß es selbst von deutschen Historikern zustimmend zitiert wird, ist nicht zu verstehen.

Schließlich noch ein Hinweis zur angeblichen Herausforderung der Briten durch den deutschen Schlachtflottenbau (Fußnote 19).

Franz Uhle-Wettler weist 2008 in *Alfred von Tirpitz in seiner Zeit* anhand britischer Quellen nach, daß der offen erkennbar auf nur knapp 60% der britischen Home oder Grand Fleet zielende Schlachtflottenbau als „Risikoflotte“ von der britischen Führung nicht als Bedrohung gesehen wurde, zumal dagegen ja auch noch die Flotten Frankreichs und Russlands standen. Ein gewisser Wind in der britischen Presse darüber war nur innenpolitisch motiviert.



Otto von Bismarck
Bundestagsgesandter 1855
Ölgemälde von Jacob Becker
Katalog der Ausstellung „Bismarck – Preußen, Deutschland, Europa“
Deutsches Historisches Museum 1990

Der folgende Artikel verdeutlicht in seltener Klarheit Bismarcks revolutionäre staatssozialistische Vorstellungen von der Sozialversicherung aufgrund seiner Überzeugung, daß der Staat ein Organismus sei, in dem alle Teile für einander einzustehen haben, um den Organismus lebendig zu erhalten.

Zudem wird hier am Beispiel der Sozialgesetzgebung vor Augen geführt, wie hart schon der Kanzler mit dem Nimbus des Reichsgründers im Reichstag mit der „Demokratie im Kaiserreich“ ringen mußte.

Günter G. A. Marklein¹
Bismarcks Sozialversicherung

Die bestehende deutsche Sozialversicherung ist in ihrem Ursprung Bismarcks Werk gewesen. Jede kritische Auseinandersetzung mit ihrem heutigen Bestand führt zurück auf ihn und zwingt uns, in der Begegnung mit dem Willen des großen Mannes die echte Überlieferung und den ursprünglichen Sinn der von ihm ausgegangenen Einrichtungen zu erfassen.

Für das Verständnis der Bismarckschen Sozialversicherung ist es notwendig, sich vorerst über den eigentlichen Ansatz von Bismarcks Sozialpolitik Klarheit zu verschaffen. Die meisten Beurteiler haben sich angewöhnt, bei Bismarck das Politische vom Sozialen zu unterscheiden und beides gegeneinander auszuspielen. Schon unter den Zeitgenossen ist die Rede gegangen und von den Nachfahren allzu häufig wiederholt worden, Bismarck habe mit seinen sozialpolitischen Maßnahmen im Grunde, wie es heißt, „nur einen politischen Zweck verfolgt“, indem er die proletarischen Massen für den Staat gewinnen wollte, hingegen sei ihm die „eigentliche“ soziale Aufgabe, nämlich das Wohl der Arbeiterschaft, verhältnismäßig gleichgültig gewesen. Zum Beweise dessen wird dann sein Widerstreben gegen eine Erweiterung

¹ Gründer und damaliger Direktor des Bismarck-Museums in Jever, Vortrag in Friedrichsruh am 6. April 2008

Zusätze der Redaktion: [Anmerkungen] und **Hervorhebungen**

Hervorhebungen kursiv vom Autor

des Arbeiterschutzes angeführt. Daran reiht sich die Behauptung, Bismarcks sozialpolitisches Denken sei „patriarchalisch gebunden“ gewesen und habe infolgedessen die eigentlichen Fragen und Aufgaben des industriellen Zeitalters nicht erfassen können.

Der Tadel an Bismarck gehört zur Auflehnung der Parteien und Interessengruppen gegen die Gesamtordnung, die er als preußischer Staatsmann und Gründer des Reiches den parlamentarischen und partikularistischen Widerständen zum Trotz durchzusetzen suchte.

Für Bismarck selbst wäre der Inhalt dieses Vorwurfs ganz unverständlich gewesen, denn für ihn verstand es sich von selbst, dass Sozialpolitik ihrem Wesen nach das Wohl der Einzelnen und besonderer Schichten und Gruppen nur unter dem Gesichtspunkt des Gesamtwohls, nur vom Ganzen her behandeln könne. Wenn er den Marxismus bekämpfen und einer drohenden Revolution, wie er selber sagte, vorbeugen wollte, indem er den Massen wirklich half, so empfand er dabei nicht zwei verschiedene Absichten, eine „politische“ und eine „soziale“, sondern es waren zwei Seiten derselben Sache, der sozialpolitischen Aufgabe, die Zerstörungskräfte im Volke zu überwinden, indem die Schäden beseitigt und eine neue Ordnung geschaffen wurde. Bismarcks Zurückhaltung beim Arbeiterschutz kann diese Auffassung nur bestätigen. Zwar hat er selbst gelegentlich gesagt, man müsse aus wahltaktischen Gründen hierbei die Interessen der Fabrikanten berücksichtigen. Aber es konnte ihm nicht verborgen bleiben, welche Werbekraft diese weithin auch im bürgerlichen Lager anerkannten humanitären Forderungen besaßen, die überdies dem Staat keine Opfer brachten. Statt sich dieser Gelegenheit zu bedienen, hat er mit seiner Ablehnung allgemeine Gegnerschaft auf sich gezogen, während er unter großen Mühen und Kämpfen das Werk der Sozialversicherung stückweise zustande brachte, offenbar weil er hierin die wirkliche Abhilfe für die Arbeiternot erblickte und sich deshalb davon auch eine dauernde Gewinnung der breiten Massen für die Sache des Staates versprach. Wir können aber schon aus Bismarcks Äußerungen am Beginn der neuen Sozialpolitik entnehmen, wie sehr er die Einheit der sozialpolitischen Zielsetzung empfand und mit welcher sittlichen Verantwortung er sein politisches Ziel als soziale Aufgabe wertete. In jenem Gespräche mit seinem Vertrauten Lothar Bucher [Wirklicher Geheimer Legationsrat im AA] vom Ende des Jahres 1878, wo er freudig ausruft: *„Jetzt habe ich das Ziel, und den Weg dahin werde ich finden. Harte Kämpfe wird es kosten – umso*

besser!“ , wird der staatspolitische Zweck aufs Klarste ausgesprochen, aber zugleich ein Zweifel an der propagandistischen Wirkung geäußert: „*Wenn der Arbeiter keinen Grund mehr zur Klage hätte, wären der Sozialdemokratie die Wurzeln abgegraben. Freilich, ob es je dahin kommen wird? Ob nicht die Hetzer immer mehr verlangen werden, je mehr man dem Arbeiter gibt?*“ Dieser Zweifel, so ernst er für Bismarck von vornherein ist, wirkt aber keineswegs entmutigend auf ihn. Nicht der augenblickliche Erfolg scheint ihm maßgebend, sondern die Pflicht, wenn er fortfährt: „*Gleichviel! Der Versuch muss gemacht werden! Sollte er wirklich missglücken – ich fürchte es beinahe -, so haben wir jedenfalls aller Welt den guten Willen gezeigt, und die Schuld liegt nicht an uns, wenn man sich mit uns nicht verständigen will - ...*“ Und dann formuliert er das Ziel, wie es der eifrigste Sozialreformer nur wünschen möchte: „*Deutschland voranschreitend auch auf der Bahn der sozialen Reform.*“ Bismarck nennt diese Gedanken des Schweißes der Edlen wert, freilich nicht ohne mit dem Blick auf seine Gegner anzufügen: „*Aber die meisten von ihnen wollen nicht schwitzen, da liegt der Hund begraben!*“² In einer Reichstagsrede vom 9. Januar 1882 stellte Bismarck fest, es seien „*die Verheißungen, die Anerbietungen, die Anfänge einer emanzipierenden Gesetzgebung in den großen Zentren der Industrie von dem Arbeiter mit weniger Vertrauen aufgenommen worden, als die Anerbietungen der Herren, die kühl und legal sagen: Helft euch selbst, ihr seid dazu imstand, ihr seid stark genug, eure Unabhängigkeit erfordert das, vom Staate habt ihr nichts zu erwarten.*“ Er sehe voraus, dass er mit seinem Verlangen nach Staatshilfe auf einen allgemeinen Widerstand stoßen werde, aber er werde sich, obwohl er „*den Korb, den er bekommen werde, schon vor sich sehe, auch durch eine gewisse Entmutigung nicht abhalten lassen, das zu tun, was er als seine Schuldigkeit im Dienst betrachte*“³. In dieser Rede wie auch sonst hat Bismarck die geschichtliche Stellung seiner Sozialpolitik bezeichnet. Ihr Ziel sei eine Befreiung der arbeitenden Massen, die als Fortsetzung oder Gegenstück der Steinschen Bauernbefreiung gelten könne. Dadurch, dass Bismarck sein Werk an diese große Überlieferung angeknüpft hat, wurde es allen bloß taktischen Bedürfnissen des Augenblicks enthoben. In der Kaiserlichen Botschaft

2 Poschinger, Bismarck – Portefeuille IV, S. 125. Siehe auch S. 147/148 dieses Jahrbuches

3 Reichstagsrede vom 9. Januar 1882, Gesammelte Werke, Bd. 12, S. 313ff.

vom 17. November 1881 wird die innere Einheit der Sozialpolitik mit den schönen Worten ausgedrückt, der Kaiser wünsche am Ende seiner Regierung *„dereinst das Bewusstsein mitzunehmen, dem Vaterlande neue und dauernde Bürgschaften seines inneren Friedens und den Hilfsbedürftigen größere Sicherheit und Ergiebigkeit des Beistandes, auf den sie Anspruch haben, zu hinterlassen.“*

Bismarck hat immer die Auffassung vertreten, dass der tiefste Grund für die Notlage und die Beunruhigung der arbeitenden Massen in der Unsicherheit ihrer Existenz zu suchen sei, wie die industrielle Wirtschaft sie mit sich brachte, weshalb ein politischer Eingriff an dieser und keiner anderen Stelle entscheidend wirken könne. *„Geben Sie dem Arbeiter das Recht auf Arbeit, solange er gesund ist, geben Sie ihm Arbeit, solange er gesund ist, sichern Sie ihm Pflege, wenn er krank ist, sichern Sie ihm Versorgung, wenn er alt ist“*⁴, so bezeichnete Bismarck den Inbegriff dessen, was er für notwendig hielt, um dem Marxismus mit Taten und nicht mit Worten entgegenzutreten. Das solle man tun, sagte er, *„und die Opfer nicht scheuen, und nicht über Staatssozialismus schreien, sobald jemand das Wort Altersversorgung ausspricht.“* Bismarcks persönliches Werk ist daher die staatliche Gestaltung der Sozialversicherung geworden. Das Recht auf Arbeit wollte er durch staatliche Arbeitsvermittlung und durch öffentliche Arbeiten gewährleisten; hier hielt er die Form der Versicherung für undurchführbar, die überhaupt keine grundsätzliche Bedeutung für ihn gehabt hat. (Es ist dafür bezeichnend, dass er hier wie sonst von Altersversorgung spricht.) Der Versicherungsgedanke lag in der Zeit. Vorschläge zu seiner Anwendung auf die sozialen Notstände waren mehrfach gemacht worden. Bismarck selbst hat etwa die Anregungen des Freiherrn von Stumm [Großindustrieller] und Schäffles [bedeutender Nationalökonom] unmittelbar aufgegriffen, wie er sich auch sonst gern von den Gedanken Einzelner, die ihm manchmal zufällig bekannt wurden, anregen ließ. Das Neue seiner Gesetzgebung gegenüber allen diesen Vorschlägen lag darin, dass der Staat nicht nur als Förderer oder auch als Urheber einer privaten oder genossenschaftlichen freiwilligen Versicherung auftrat, sondern die Unterstützung und Versorgung selber mit Zwang durchführte, wobei er sich der Versicherungsform nur deshalb bediente, weil das Werk

4 9. Mai 1884, Bd. 12, S. 443ff.

sich nicht anders hätte durchsetzen lassen. Gegen den Staatscharakter der sozialpolitischen Einrichtungen ist ein allgemeiner Widerstand in Erscheinung getreten. Auch das Beamtentum hat sich nicht freudig dafür eingesetzt. Wir wissen, dass ein Mann wie Theodor Lohmann [Reichsamt des Innern], der bedeutendste Mitarbeiter in diesen ersten Jahren, sich aus Überzeugung gegen die vom Kanzler erstrebten staatlichen Formen gewehrt hatte, deren nationalen sozialpolitischen Sinn er nicht erkannte, während sie ihm das natürliche Wachstum zu gefährden schienen. Gerade in diesem Gegensatz erscheint Bismarck als derjenige, der die Bedingungen des neuen großräumigen und massenhaften Wirtschaftslebens klarer sah.

Im Reichstag aber stieß seine Absicht auf überwiegende, politische Gegnerschaft. Die Sozialdemokratie, die ja selber alles verstaatlichen wollte, bekämpfte ihn, weil sie den bestehenden preußisch-deutschen Staat schlechthin verneinte. Das liberale Bürgertum verteidigte die privatkapitalistischen Interessen. Das Zentrum wollte an Stelle der Sozialpolitik die soziale Fürsorge durch Familie und Berufsgenossenschaft unter Leitung der Kirche setzen, und die Konservativen traten für Erhaltung oder Wiederherstellung patriarchalischer Zustände ein. Es ist kennzeichnend, dass in der großen Reichstagsaussprache über die Altersversicherung von 1889 der Zentrumsabgeordnete Hitze, der unter seinen Parteifreunden noch das meiste Verständnis für Bismarcks Absichten gezeigt hatte, den Staatszuschuss als Kommunismus brandmarkte, und dass der Kanzler die schärfste Auseinandersetzung mit den Vertretern der konservativen Landwirtschaft führen musste, denen die zwangsweise Versicherung als finanziell und ideell untragbar galt. Bei dieser Gelegenheit hat Bismarck selbst das Abweichen seiner Maßnahmen von der patriarchalischen Überlieferung auf dem Lande festgestellt, indem er hervorhob, unter gesunden ländlichen Verhältnissen käme eine Verelendung der Alten und Invaliden gar nicht vor. Trotzdem ist er für die Einbeziehung der Landwirtschaft mit allem Nachdruck eingetreten und hat sie gegen seine Standes- und Berufsgenossen durchgesetzt. Er war sich vollkommen bewusst, dass der staatliche Aufbau des Sozialversicherungswerkes die eigentlich moderne Grundlage darstellte, die den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen, den geistigen und praktischen Erfordernissen einer neuen Zeit entsprach, während die darauf beruhenden Einrichtungen erst erprobt und mannigfach gewandelt werden müssten.

Die grundsätzliche Frage, um die er sich dabei mit seinen Gegnern auseinandersetzen musste, hieß für ihn: „*Hat der Staat die Pflicht, für seine hilflosen Mitbürger zu sorgen oder hat er sie nicht?*“ Er antwortete darauf mit unbedingter Klarheit: „*Ich behaupte, er hat diese Pflicht und zwar nicht bloß der christliche Staat, wie ich mir mit den Worten ‚praktisches Christentum‘ einmal anzudeuten erlaubte, sondern jeder Staat an und für sich.*“ Die Begründung dafür ist nach Bismarcks Art keine ideologische, sondern eine praktische. „*Es gibt Zwecke, die nur der Staat in seiner Gesamtheit erfüllen kann ... Zu diesen gehört auch die Hilfe der Notleidenden und die Verhinderung solcher berechtigter Klagen, die das wirklich nutzbare Material zur Ausbeutung durch die Sozialdemokratie ja in der Tat geben.*“⁵ In den von Bismarck selbst formulierten Motiven zum Unfallversicherungsgesetz wird der gleiche Gedanke ganz grundsätzlich ausgelegt: „*Der Staat ist es, welcher durch seine Gesetze das Recht der Armen schafft und trägt. Die gemeinde-weise Verteilung der daraus erwachsenden Lasten beruht nicht auf Privatrecht, sondern auf staatlicher Anordnung. Kraft letzterer kann die Armenlast nach Grundsätzen der Billigkeit auf Provinzen, Kreise, Gemeinden repartiert oder direkt vom Staate getragen werden; sie liegt an sich nicht außerhalb der Leistungen, welche vom Staate erwartet werden dürfen. Dass die Art, wie das deutsche Staatswesen diese Leistungen jetzt erfüllt, auf seine Glieder verteilt, überall den Grundsätzen distributiver Gerechtigkeit entspreche, lässt sich nicht behaupten.*“⁶ Ferner wird dort mit einer bei Bismarck immer wiederkehrenden Gedankenführung erörtert, dass nur der Staat in seiner Ganzheit, das Reich über den Einzelstaaten, genügende Tragkraft für die sozialen Lasten habe, während die bisherigen Verbände der Armenpflege oder ähnlicher Organisationen zu deren Gewährleistung nicht ausreichen. Die sozialistische Forderung aus diesem Grundgedanken hat Bismarck gegenüber seinen liberalen Gegnern mit größter Unbefangenheit gezogen, indem er fortfuhr: „*Wenn man mir dagegen sagt, das ist Sozialismus, so scheue ich das gar nicht. Es fragt sich, wo liegt die erlaubte Grenze des Staatssozialismus?*“

Bismarck hat die Erörterung über den Begriff Sozialismus immer in dem Sinne geführt, dass die Lösung wirtschaftlich und sozialpolitisch

5 Reichstagsrede vom 15. März 1884, Gesammelte Werke, Bd. 12, S. 416ff.

6 Gesammelte Werke, Bd. 6 c, S. 205

umfassender Aufgaben, wie es z.B. die Bauernbefreiung gewesen war oder die Verstaatlichung der Eisenbahnen eine sein sollte, sozialpolitischen Charakter habe, von der Gesamtheit für die Gesamtheit durchgeführt werden müsse. Er hat den Gedanken des Staatssozialismus zum Nutzen der Nation daher freudig bejaht und sich geweigert, für diesen Sozialismus irgendeine andere Grenze anzuerkennen als das Gemeinwohl selbst. „*Unter Staat hier immer das Reich gedacht*“, heißt es an einer anderen Stelle der gleichen Rede.

Damit wird im Vorübergehen der letztlich entscheidende politische Sinn der Bismarckschen Sozialversicherung angedeutet. Die Gewinnung der arbeitenden Massen für den Staat sollte nicht den Ländern zugute kommen, die sich ja damals als noch durchaus verbündete Staaten betrachteten (25 Staaten). Bismarck selbst hat die sozialpolitische Aufgabe nicht als Angelegenheit seines Staates Preußen aufgefasst. Das Ganze, dem hier gedient werden sollte, war das Deutsche Reich. Bismarck hoffte, dass die sozialen Einrichtungen „*auch den gemeinen Mann das Reich als eine wohltätige Institution anzusehen lehren werden.*“⁷ Er hat damit der Sozialversicherung die höchste Aufgabe zugeschrieben, eine bindende Kraft der deutschen Nation in ihrer neu errungenen Einheit zu sein.

Aus dieser grundsätzlichen Anschauung gehen die beiden entscheidenden Gedanken, die Bismarck zur Gestaltung der Sozialversicherung beigetragen hat, Reichsversicherung und Staatszuschuss, hervor. Hierüber sind die Kämpfe entstanden, in denen Bismarck seine eigentlichen Absichten nur teilweise hat durchführen können. Hier liegt daher auch der Ausgangspunkt für die Würdigung dessen, was Bismarck in der Sozialversicherung eigentlich gewollt hat, und für die Frage, in welchem Sinne sein ursprünglicher Ansatz über die tatsächliche Ausführung hinweg für uns heute noch Gültigkeit besitzt. Wir werden dies am ehesten erkennen, wenn wir die Entstehung des Versicherungswerkes im Einzelnen verfolgen. Der Bismarcksche Grundgedanke findet sich bereits in einer Aufzeichnung vom Dezember 1880: „*Es ist zu erwägen, ob nicht die Reichsversicherung allen Besitzlosen a) für Unfall, b) für Alters-Invalidität zugänglich zu machen sei. Allen freiwillig sich Versichernden müsste (Gewährung) eines Staatszuschusses zuteil werden. Ein staatssozialistischer Gedanke! Die Gesamtheit muss die*

7 Reichstagsrede vom 18. Mai 1889, Gesammelte Werke, Bd. 13, S. 395ff.

Unterstützung der Besitzlosen unternehmen und sich Deckung durch Besteuerung des Auslandes und des Luxus zu verschaffen suchen. Die sozial-politische Bedeutung einer allgemeinen Versicherung der Besitzlosen wäre unermesslich. Das (Tabaks) Monopol kann 100 Millionen bringen und diese Summe würde hinreichen, in der großen Masse der Besitzlosen die konservative Gesinnung zu erzeugen, welche das Gefühl der Pensionsberechtigung mit sich bringt.“⁸ Während hier noch von einer freiwilligen Versicherung ausgegangen wird, sind Bismarcks Vorstellungen über Anlage und Bedeutung der Sozialversicherung bereits im klaren Umriss erkennbar. Bismarck hebt den staatssozialistischen Gedanken selbst hervor. Die Reichsversicherung soll allen Besitzlosen zugänglich gemacht werden. Der Staat wird als Inbegriff der nationalen Gesamtheit aufgefasst, und es wird auf die psychologische Wirkung des Pensionsanspruches in einem konservativen, d.h. hier den Umsturzbestrebungen entgegenwirkenden Sinne gerechnet. Die Frage der Mittelbeschaffung, die dabei angeschnitten wird, hat in den nächsten Jahren viele Erörterungen hervorgerufen. Bismarck selbst hat im Sinne der angeführten Aufzeichnung an verschiedenerelei Zölle und Steuern gedacht, hat später besonders auch den Verbrauch von Bier und Branntwein heranziehen wollen. In der öffentlichen Auseinandersetzung ist vor allem durch Adolf Wagner [bedeutender Nationalökonom] das Tabakmonopol in den Vordergrund getreten. Wagner hat Bismarck gerühmt, weil er über die Weisheit der Finanzgelehrten hinaus die Brauchbarkeit des Monopols zur Deckung sozialer Ausgaben erkannt habe. Bismarck hingegen hat Wagners Propaganda für das Scheitern des Tabakmonopols mit verantwortlich gemacht, hat sich aber zu dem Grundgedanken weiterhin bekannt, dass hier ein „Patrimonium der Enterbten“ in der Staatsfinanz geschaffen werden sollte. Derselbe Zusammenhang zwischen den verschiedenen Zweigen der Versicherung und dem staatssozialistischen Verfahren ihrer Deckung wird auch in der Kaiserlichen Botschaft vom November 1881 angedeutet. Offensichtlich also hat Bismarck die Einheit seines Werkes von vornherein vorgeschwebt. Wenn die Verwirklichung nur stückweise zustande kam und die einzelnen Gesetze unabhängig voneinander vorgebracht und durchgesetzt wurden, so hat das einen taktischen Grund, den Bismarck selber in einem Briefe an den Professor Schäffle aufs

8 Gesammelte Werke, Bd. 6 c, S. 230, siehe auch S. 142-146 dieses Jahrbuches

Deutlichste ausgesprochen hat⁹: „Wollte die Reichsregierung gegenwärtig mit dem Gesamtplan der sozialen Neuorganisation gleichzeitig hervortreten, so würden zahlreiche Gesellschaftskreise durch die Größe der bevorstehenden Aufgabe abgeschreckt und zur Opposition getrieben werden. Das Gebiet der sozialen Reformen muss daher schrittweise nach und nach betreten werden, gemäß jener bewährten Maxime der Savoyischen Dynastie, welche ein Gebiet, das sich zu unterwerfen trachtete, mit einer Artischocke verglich, die nicht mit einem Bissen, sondern nur blattweise incorporiert werden können.“ Es gelte, „vorerst die Legung der Fundamente zu dem zukünftigen Gebäude zu erstreben.“

Bismarck hat, wie wir schon sahen, die großen Widerstände vollkommen vorausgesehen, doch hat er sich bei seinem schrittweisen Vorgehen auch von der praktischen sozialen Verantwortung leiten lassen, die das Neue erst einmal erproben wollte, wie er es am schönsten nach seiner Entlassung ausgeführt hat: „Man geht überhaupt mit der sozialen Gesetzgebung in unbekannte Erdteile und findet den richtigen Weg dahin nicht *prima facie*.“¹⁰ Für ihn war das Gesetzeswerk der Sozialversicherung ein Versuch auf neuen Wegen, unternommen mit voller grundsätzlicher Klarheit über die Absichten und Voraussetzungen, aber auch mit ebenso großer Bereitschaft, aufgrund der eigenen sozialen Lebenserfahrung das Begonnene zu bessern und auszugestalten.

Gleich im ersten Ansatz war daher der politische Kern und die Grundfrage des Gesamtaufbaus enthalten. Das **Gesetz über die Unfallversicherung** [1884] führte im Reichstag sofort zu einer umfassenden Auseinandersetzung über die Sozialpolitik, und die Kaiserliche Botschaft vom November 1881 ist nicht, wie man meistens meint, ein Eröffnungsprogramm, sondern ein grundsätzliches Willensbekenntnis zum Sinn dieser Politik, mit welchem den widerstreitenden Kräften die Autorität des alten Kaisers entgegengestellt wurde. Alle Beteiligten waren sich bewusst, dass die Entscheidung über die Unfallversicherung auch die Grundsätze der Altersversorgung mit betraf. Darum entstanden hierüber jahrelange Auseinandersetzungen, während inzwischen die

9 Albert Schäffle: Aus meinem Leben, Berlin 1905, Bd. 2, S. 164. Nach: Rudolf Pense, Bismarcks Sozialversicherungspolitik, Greifswalder Dissertation 1934

10 Ansprache an die Abordnung der Anhalter. 21. April 1895. Gesammelte Werke, Bd. 13, S. 582

Krankenversicherung [1883], die von allen Beteiligten als eine Sache von geringerem Gewicht behandelt wurde, obwohl später begonnen, früher zum Abschluss kam. Es verdient indessen angemerkt zu werden, dass Bismarck auch hier seine Grundsätze folgerichtig zum Ausdruck gebracht hat. Er wollte den unbedingten Kassenzwang durchsetzen und erklärte, man habe „*dem Voluntarismus zu weite Konzessionen gemacht*“. Er hat auch die Krankenversicherung später mit dem Gesamtwerk einheitlich zusammenfassen wollen. Die Zugeständnisse, die er hier machen musste, ergaben sich schon aus dem Schicksal der ersten Unfallversicherungsvorlage¹¹.

Bismarck hat mit dem Unfallversicherungsgesetz begonnen, weil dies ihm praktisch am nächsten lag. Der Misserfolg des Reichshaftpflichtgesetzes von 1871 hatte diese Frage dringlich gemacht, und hier zuerst schien eine Überwindung der Gegensätze möglich. Bismarck hat gerade dieses Gesetz gleichsam als den Probefall und Vorversuch für das Gesamtwerk betrachtet. So schrieb er einmal an Tiedemann [Regierungspräsident von Bromberg], dass die Einwände der Sachverständigen zum Teil berechtigt erschienen: „*Wir dürfen uns aber durch diese nicht aufhalten lassen; wenn wir sofort etwas Vollkommenes und Erschöpfendes geben wollen, werden wir zu gar nichts kommen und das ganze Feld, welches mit diesem Entwurf betreten wird, wird die Gesetzgebung niemals befriedigend decken können; aber der Anfang zu seiner Bebauung muss einmal doch gemacht werden*“¹². Diese Behandlungsweise der Sache kommt sehr deutlich in jener Reichstagsrede zum Ausdruck¹³, wo er davon spricht, dass er versucht gewesen sei, statt „*alle Arbeiter*“ zu sagen „*jeder Deutsche*“¹⁴ und dass er davon nur abgekommen sei, weil mit einer umfassenden Ausdehnung des Versicherungskreises die Gefahr eines Missgriffes beim ersten Versuch sehr groß werden würde. Damit hat Bismarck einem Abgeordneten antworten wollen, der die vorläufige Beschränkung auf die industrielle Arbeiterschaft getadelt hatte. Er hat den Anschluss der landwirtschaftlichen Arbeiter als nächstes unmittelbares Ziel der angestrebten Erweiterung bezeichnet. Wie selbstverständlich aber für Bismarck

11 S. darüber Pense „Bismarcks Sozialversicherungspolitik“, S. 27f.

12 Poschinger, Aktenstücke zur Wirtschaftspolitik des Fürsten Bismarck, Bd. 2, S. 26f.

13 2. April 1881, Gesammelte Werke, Bd. 12, S. 236

14 Siehe dazu S. 142 dieses Jahrbuches.

der Gedanke an eine wirkliche Volksversicherung war, zeigt sich in einem Briefe, den er kurze Zeit später an Schäffle gerichtet hat¹⁵. Dort begründete er die Notwendigkeit des Staatszuschusses und fährt fort: *„Das Reich kann die erforderlichen Mittel in weniger drückender Weise beschaffen, als nur Korporationen und Gemeinden es können. Umfassen die Versicherungen alle Berufsklassen, so decken sie die ganze Nation, und liegt keine Ungerechtigkeit darin, wenn die Gesamtheit einen wesentlichen Teil der nötigen Barmittel aufbringt, weil sie es leichter vermag, als jede der Korporationen und Gemeinden in sich.“*

An die Idee einer umfassenden Volksversicherung hat Bismarck seine praktischen Aufbaugedanken von Reichsanstalt und Staatszuschuss geknüpft, um die sich die parlamentarischen Kämpfe entspannen. Im Gedanken der Reichsversicherungsanstalt verkörperte sich die reichspolitische Zielsetzung der neuen Sozialpolitik. Ihre Erforderlichkeit als einheitliche Zusammenfassung für die nach seinem Wunsche auf Berufsverbände zu gründenden Versicherungsorganisationen fand Bismarck praktisch gegeben, weil er voraussah, dass Versicherungsanstalten der Einzelstaaten auf die Dauer nicht lebensfähig sein und naturnotwendig in eine umfassende Anstalt übergehen würden. Insofern konnte er die Verwirklichung der Reichsanstalt auch wohl der Zukunft überlassen, wie er das gelegentlich selber angedeutet hat. Umso stärker drang er darauf, dass das Reich die finanziellen Lasten übernehmen sollte. Mit größter Schärfe sprach er einmal aus: *„Zunächst schreibe ich meinen Namen unter kein Gesetz, welches eine Belastung des armen Arbeiters, eine Heranziehung desselben zu eigenen Beiträgen bei der Versicherung gegen Unfall enthält.“*¹⁶ Gerade für die Beitragsfrage der Unfallversicherung hat Bismarck wiederum eine beinahe philosophische Formulierung seiner Staatsanschauung geprägt. Er vermöge den Unterschied zwischen den gegenwärtig beanspruchten Einzelnen und dem zukünftigen Geschlecht nicht anzuerkennen. *„Der Wechsel der Individuen ist irrelevant, und die fragliche Ungerechtigkeit findet auf alle staatlichen Einrichtungen Anwendung, bei denen Lasten bald der Gegenwart zum Vorteile der Zukunft, bald umgekehrt auferlegt werden. Der Staat und seine Einrichtungen sind nur möglich, wenn*

15 16. Oktober 1881, Gesammelte Werke, Bd. 6 c, S. 230

16 Poschinger, Bismarck als Volkswirt, II, S. 71

*sie als permanent identische Persönlichkeiten gedacht werden.*¹⁷ Der unablösbare Zusammenhang der Geschlechterkette als nationale Lebenseinheit wird ihm bei dieser Einzelfrage zum Maßstab seiner Verantwortung. Später hat er noch vor dem Reichstag erklärt: „*Mein Interesse an der ganzen Bearbeitung der Sache wird sehr abgeschwächt, sobald ich erkennen sollte, dass das Prinzip der Unterlassung des Staatszuschusses definitiv zur Annahme käme, dass die Stimmung der Landesgesetzgebung gegen den Staatszuschuss sich ausspräche.*“¹⁸ Obwohl er so weit ging zu meinen, ohne Staatszuschuss könne man die Versicherer vielleicht besser der Privatwirtschaft überlassen, hat er sich doch schließlich mit der Preisgabe dieses Teilstückes abgefunden, um das Ganze durchzusetzen. Er konnte das tun, weil er meinte, nach Einführung der Berufsgenossenschaften und der staatlichen Garantie ihrer Leistungen werde der Zuschuss sich mit der Zeit von selber ergeben.¹⁹ Die grundsätzliche Bedeutung dieser Zuschussfrage hing für Bismarck nunmehr aufs engste zusammen mit dem Versicherungszwang, für den er sich unzweideutig entschieden hatte, wie es nicht anders sein konnte, wenn das Versicherungswerk den arbeitenden Massen eine wirkliche soziale Sicherheit gewähren sollte. „*Sobald der grundsätzliche Zwang zu versichern geübt wird*“, sagt er in den Motiven des Gesetzentwurfs, „*muss auch allen Beteiligten die Sicherheit geboten werden, welche nur staatliche Einrichtungen unter Garantie des Reiches bieten können, und die Wohlfeilheit, welche durch den Verzicht auf jeden geschäftlichen Gewinn ermöglicht wird.*“²⁰

Wenn Bismarck Reichsanstalt und Staatszuschuss beim Unfallversicherungsgesetz opfern musste, so erlangte er nur um diesen Preis die Einführung einer öffentlichen vom Staat durch das Reichsversicherungsamt beaufsichtigten Zwangsversicherung. Gegen diese richteten sich die erbitterten Angriffe der liberalen Gruppen, gegen sie vor allem zog der Leiter der Opposition, Ludwig Bamberger [Bankier, Liberaler], zu Felde. Mit allen Mitteln der Beredsamkeit wurde die Verdrängung des privaten Versicherungsgeschäftes aus dem Bereiche der sozialen Sicherheit als ein Verbrechen gegen die Freiheit und

17 Schreiben an Bötticher, Gesammelte Werke, Bd. 6 c, s. 251

18 Reichstagsrede vom 2. April 1881, Gesammelte Werke, Bd. 12, S. 236

19 Zu Busch, Gesammelte Werke, Bd. 8, S. 453

20 Gesammelte Werke, Bd. 6 c, S. 206

ein Unglück für die Zukunft hingestellt. Bismarck hat mit größter Schärfe und überlegener Ironie das Streitgespräch geführt und den kapitalistischen Profitstandpunkt aufgedeckt. „*Das Gesetz*“, sagte er, „*darf den Versicherten nicht nötigen, seinen Unfall zur Unterlage für Dividende herzugeben.*“²¹ In aller Form hat er eine Geschäftsgesinnung angeprangert, die Unglück und Gefahr ihrer Mitmenschen profitmäßig ausnutzen will. Als Bamberger die Interessen des Privatkapitals mit moralischen Beschönigungen verkleiden wollte, gab ihn Bismarck dem Spotte preis: „*Er ... hat gesagt, dass diese Versicherungsgesellschaften sich um die Dankbarkeit ihrer Mitbürger bewürben. Ich habe immer geglaubt, sie bewürben sich um das Geld ihrer Mitbürger. Wenn sie aber auch dafür die Dankbarkeit noch zu Buch bringen können, so ist das eine geschickte Operation. Dass sie aber als edle Seelen sich für die Arbeiterinteressen bei der Einrichtung ihrer Versicherungsgesellschaften auf Aktien zu opfern bereit waren, habe ich nie geglaubt, ich würde mich auch schwer davon überzeugen.*“²²

So hat denn Bismarck den Ansatz, jedoch nicht das Endziel seines sozialpolitischen Wollens bei der Unfallversicherung gegen den Liberalismus durchgesetzt. Die Unvollkommenheit des Ergebnisses wurde dadurch für ihn gemildert, dass er an die Berufsgenossenschaften, die nunmehr die eigentlichen Versicherungsträger geworden waren, neue politische Hoffnungen knüpfte. Auf sie als Träger einer echten Selbstverwaltung hatte Bismarck von vornherein sein Augenmerk gerichtet; er hatte sie mit der Reichsanstalt in das Versicherungsgefüge einbauen wollen. Bald erschienen ihm die Berufsgenossenschaften als der eigentliche Gewinn des Unfallversicherungsgesetzes, weil er hoffte, mit ihnen die Grundlagen einer wirtschaftlichen Volksvertretung zu gewinnen, die er dem Parlamentarierium entgegensetzen wollte. Noch in seinen späten Äußerungen zur Altersversorgung spielt dieser Gedanke eine Rolle. Die Genossenschaften sollen gegen die Mängel und Missbräuche der Gesetzgebung auftreten, sie sollen als Anwälte des praktischen Lebens die Übermacht der bürokratischen und parlamentarischen Theoretiker eindämmen. Dieses Wunschbild Bismarcks von der berufsständischen Volksvertretung hat sich freilich nie zu einem festen politischen Plan verdichtet. Der Ansatz, den Bismarck mit der Bildung des preußischen

21 Motive zum Entwurf, Gesammelte Werke, Bd. 6 c, S. 206

22 Reichstagsrede vom 2. April 1881, Gesammelte Werke, Bd. 12, S. 236

Volkswirtschaftsrates gemacht hat, verkümmerte, da es nicht gelang, die entsprechende Einrichtung für das ganze Reich herbeizuführen. In dem letzten und größten seiner Versicherungswerke, der **Alters- und Invalidenversicherung** [1889], sind bei der Beratung im Bundesrat die Berufsgenossenschaften wiederum zurückgedrängt worden durch die Landesversicherungsanstalten. Doch hat Bismarck hier, wenn auch in bescheidenem Umfang, den Staatszuschuss durchsetzen können. Endlich wurde hier ein Schritt zur Volksversicherung getan, indem außer industriellen und landwirtschaftlichen Arbeitern auch schon Teile der kaufmännischen Angestelltenschaft und des Handwerks einbezogen wurden.

Der Gedanke einer Altersversorgung für die Arbeiter, der somit zuletzt verwirklicht wurde, war von Bismarck am frühesten gefasst worden. Schon im Jahre 1865 hatte er den Plan zur Sprache gebracht, ohne ihn jedoch gegen die liberalen Kräfte im preußischen Kabinett durchsetzen zu können. Da er am Ende der siebziger Jahre die Absicht wieder aufnahm, hat er die Altersversorgung sogleich als den bedeutendsten Teil der Sozialversicherung überhaupt aufgefasst und den tiefsten Gehalt seiner Sozialpolitik damit verbunden, den Gedanken vom Soldatentum der Arbeit. So sagte er 1881 zu seinem Mitarbeiter Moritz Busch [Publizist, ehemals Presseagent Bismarcks]:

„Der Staat muss die Sache in die Hand nehmen. Nicht als Almosen, sondern als Recht auf Versorgung, wo der gute Wille zu Arbeit nicht mehr kann. Wozu soll nur der, welcher im Kriege oder als Beamter erwerbsunfähig geworden ist, Pension haben, und nicht auch der Soldat der Arbeit?“²³

Die sittliche Begründung einer öffentlichen Versorgung des Arbeiters lag also für ihn ausdrücklich darin, dass er den Arbeiter ganz allgemein vom Standpunkt der Gesamtheit wie den Soldaten oder auch den Beamten einschätzte und ihm daher grundsätzlich dessen Recht auf Versorgung zusprach. So hat er sich noch im Jahre 1895 ausgedrückt: ***„... ich hatte das Bestreben, dass dem müden Arbeiter etwas Besseres und Sichereres als die Armenpflege, die lokale Armenpflege, gewährt werden sollte, dass er wie jeder Soldat auch im Zivilleben seine sichere Staatspension haben sollte, mäßig, gering meinethalben, aber doch***

23 Gesammelte Werke, Bd. 8, S. 419

*so, dass ihn die Schwiegermutter des Sohnes nicht aus dem Hause drängt, dass er seinen Zuschuss hat.*²⁴

Man sieht, wie der sittliche Grundgedanke sich hier mit einer ganz unmittelbaren lebensnahen Anschauung der Verhältnisse verbindet. Es ist bekannt und geht ja auch bereits aus jener ersten Aufzeichnung von 1880 über die Reichsversicherung aller Besitzlosen hervor, dass Bismarck gerade an den Pensionsgedanken seine Erwartungen auf den nationalpolitischen Erfolg der sozialpolitischen Einrichtungen knüpfte. Zu diesem Ziel, das er der sozialen Rente mitgab, hat sich der Kanzler in seiner letzten großen Rede von 1889 offen bekannt. Er hatte mit berühmten Sätzen an seine Eindrücke in Frankreich erinnert, wo durch die weite Verbreitung der staatlichen Rentenpapiere unter den kleinen Leuten die Massen zu stärkerer Anteilnahme am Wohl und Wehe des Gemeinwesens erzogen würden. Diese Beobachtung möchte Bismarck auf Deutschland anwenden: *„Wenn wir 700.000 kleine Rentner, die vom Reiche ihre Rente beziehen, haben, gerade in diesen Klassen, die sonst nicht viel zu verlieren haben und bei einer Veränderung irrtümlich glauben, dass sie viel gewinnen können, so halte ich das für einen außerordentlichen Vorteil; wenn sie auch nur 115 bis 200 Mark zu verlieren haben, so erhält sie doch das Metall in ihrer Schwimmkraft; es mag noch so gering sein, es hält sie aufrecht.*“²⁵

Bismarck hat sich also nicht, wie die bürgerliche Kritik so gern unterstellte, einem „Rentnerideal“ für die Massen des deutschen Volkes hingegeben. Er wusste zu gut, dass es in den breiten Schichten der Arbeiterschaft keine großen Erwerbsmöglichkeiten aus freiem Antrieb gab, denen nachzustreben der Einzelne durch die sichere Aussicht auf einen Zuschuss im Alter etwa abgehalten werden konnte, zumal diese Rente ja viel zu gering war, um das Bedürfnis nach weiterem Erwerb wirklich auszuschalten. Ohne Befürchtungen für den Schaffenstrieb der arbeitenden Masse wollte Bismarck mit der Zusicherung einer Pension vielmehr erreichen, dass auch jeder Besitzlose, der sich der sozialen Gemeinschaft eingefügt hat, von ihr die Zusicherung einer letzten bescheidenen Daseinsgrundlage erhält, die er mit den Wechselfällen seines Lebens nicht einbüßt und die ihn der Proletarisierung enthebt. Damit sollte den Massen

24 Antwort auf die Adresse der Kupferschmiedeeinnung Potsdam-Berlin, 17. April 1895, Bismarck-Jahrbuch II, S. 491f.

25 Reichstagsrede 18. Mai 1889, Gesammelte Werke, Bd. 13, S. 403

die „Schwimmkraft“ gegeben werden, die Lebenszuversicht, um sich als Einzelne freudig in der Arbeit einzusetzen, und die innere Verbundenheit mit dem Ganzen, das solche Daseinssicherung gewährleistet.

In einer frühen Unterredung mit Moritz Busch hat Bismarck davon gesprochen, dass den Ärmsten durch die Besteuerung der Genussmittel „aus ihrer Angst vor der Zukunft geholfen und ihnen ein kleines Erbe verschaffen werden könne.“²⁶ Der Eigentumscharakter, den die Staatsrente auf solche Weise erhält, tritt aber am deutlichsten in einer späteren Äußerung des Kanzlers zu dem Engländer Dawson hervor:²⁷

„Ich wollte an Stelle des Armengesetzes ein Staatsgesetz haben, das dem Arbeiter für sein Alter statt der Armenversorgung eine Pension sichern sollte, die ihm bis zum Tode ein unabhängiges Dasein ermöglicht. Meiner Meinung nach hat jeder Arbeiter das Recht auf ein Existenzminimum, und ich wünschte, dass ihm dies vom Staate eben in seiner Eigenschaft als Arbeiter gewährt werden sollte.“

Auf die Frage des Engländers, ob dieser Rentenanspruch nicht durch zeitweilige Arbeitslosigkeit beeinträchtigt werden könne, hat Bismarck seine Auffassung nachdrücklich unterstrichen, indem er auch ablehnte, die Gewährung vom persönlichen Wohlverhalten des Einzelnen abhängig zu machen:

„Nein, mein Vorschlag war, jedem Arbeiter ein unverlierbares Recht auf eine staatliche Jahresrente einzuräumen für sein Alter oder seine Arbeitsunfähigkeit. Seine Würdigkeit sollte dabei keine Rolle spielen. Die Untersuchung all seiner Taten und Untaten vom 17. bis zum 70. Jahre würde zu große Ansprüche an ihn stellen. Alter und Arbeitsunfähigkeit waren die einzigen Bedingungen, die ich stellen wollte.“

Bismarck weist nochmals auf den Unterschied zur Armenfürsorge hin, die eine Wohltätigkeit darstellte:

„Die Altersrente aber sollte ein gesetzlicher Anspruch sein, klar und unverlierbar.“

Von patriarchalischen Ansichten lässt sich hier nichts mehr finden. Der Almosenbegriff einer Armenpflege aus unpolitischer Nächstenliebe wird bewusst beiseitegeschoben. Der vom Staate dem Arbeiter verliehene Rechtsanspruch, der nur mit der Staatsbürgerschaft selbst erlischt, ist das Wesentliche, durch ihn wird die Rente zum „Erbe der Enterbten“,

26 Gesammelte Werke, Bd. 8, S. 396, Gespräch vom 21. Januar 1881

27 Gesammelte Werke, Bd. 9, Gespräch vom 18. April 1892 in Friedrichsruh

zu einem Eigentum, das unverlierbar ist, das seinen Träger innerhalb der Gemeinschaft und für sein persönliches Leben wieder zum freien Menschen macht. Die von Bismarck immer vertretene Notwendigkeit, die Existenzunsicherheit der Massen zu beheben, wird durch diesen Rechtsgedanken überhöht, mit dem Bismarcks sittliche Idee vom Soldatentum der Arbeit einer tatsächlichen Verwirklichung zustrebte. Indessen ist es notwendig, dieses Urteil an Bismarcks Verhalten zum Altersversicherungsgesetz zu überprüfen. Wir wissen, wie lange Jahre man gebraucht hat, bis der 1880/81 verkündete Plan 1889 Gesetz wurde. Zwischen dem Abschluss der Unfallversicherung und dem Entwurf für die Altersversicherung lagen drei Jahre. Schon damals ist davon gesprochen worden, dass Bismarck die innere Teilnahme an der Sozialversicherung verloren habe; der Kanzler selbst hat sich vor dem Reichstag sehr entschieden dagegen verwahrt.²⁸ Mit großem Nachdruck hat er damals die Urheberchaft der gesamten Sozialpolitik für sich in Anspruch genommen und die Vorstellung als unsinnig bezeichnet, er könne dieses sein eigenes Werk vor dem Abschluss im Stiche lassen. Allerdings hat er sich auch auf sein Alter und seine hohe Belastung mit den Aufgaben der Außenpolitik berufen, die es ihm unmöglich machten, sich der Ausarbeitung dieses Gesetzes im Einzelnen unmittelbar zu widmen. Die Verantwortung für die Form, in der das Altersversicherungsgesetz schließlich zustande gekommen ist, hat Bismarck nach seiner Entlassung aufs Schärfste von sich gewiesen. Mehrfach hat er den Bürokratismus des Gesetzes gerügt, auf den Mangel einer genossenschaftlichen Selbstverwaltung hingewiesen, vor allem aber immer wieder die Verfälschung seines sozialpolitischen Grundplanes betont. In einer Äußerung von 1895²⁹ hat er den Reichstag dafür verantwortlich gemacht. Wie er schon während seiner Amtszeit die parlamentarische Behandlung der sozialpolitischen Gesetze als eine bewusste böswillige Verzögerungstaktik ansah, wendet er jetzt das Bild der Echternacher Springprozession darauf an: „*Zwei Schritte vorwärts, einen Schritt zurück*“, und erklärt:

„Ich bin ermüdet in dem parlamentarischen Stande, in den Bestrebungen, die ich hatte, auch selbst in der Richtung der Gesetzgebung,

28 Reichstagsrede 29. März 1889, Gesammelte Werke, Bd. 13, S. 393ff.

29 Antwort auf die Adresse der Kupferschmiedeeinnung Potsdam-Berlin, Bismarck-Jahrbuch II, S. 491ff.

die ich mit einem Worte, mit dem Worte Klebegesetz bezeichnen will ... Da sind meine ersten Bestrebungen abgelehnt worden, ich hatte nicht den Gedanken, dass der siebzehnjährige Arbeiter bezahlen sollte, einzahlen sollte für Ergebnisse, die er mit siebzig Jahren etwa erwarten konnte. Dieser psychologische Irrtum ist mir nicht passiert...“

Nachdem er dann mit Sätzen, die bereits angeführt wurden, seine praktische Ansicht von der Staatspension des Arbeiters entwickelt hat, verweilt Bismarck bei dieser Vorstellung des siebzehnjährigen Arbeiters, den man vom Sinn einer Einzahlung für sein siebzigstes Jahr ja nicht überzeugen könne: „*Er wusste nicht, ob er so lange lebte, und hatte auch in seinem jugendlichen Alter eine bessere Verwendung für die Einzahlung.*“ Bismarck nennt „*die Kleberei ... die unglücklichste Erfindung, worauf man kommen konnte*“, und fragte: „*... wie soll der Arbeiter, der im Sturm und Regen wochenlang unter freiem Himmel liegt, seine Klebemarken aufheben?*“, um dann abzuschließen: „*Das ist ja gar nicht möglich. Das sind Einrichtungen, die vom grünen Tisch ausgingen, für die ich jede Verantwortlichkeit ablehne.*“ Wenn Bismarck hier von der ersten Verhandlung spricht, in der das Parlament seinen ursprünglichen Gedanken zurückgewiesen habe, so meint er wohl nicht die Reichstagsverhandlungen über die Altersversicherung, in denen ja von vornherein nur der begrenzte Staatszuschuss zur Erörterung stand und dann auch durchgesetzt wurde, sondern er denkt offenbar an den Anfang der Beratungen über die Unfallversicherung, weil sich damals die Unmöglichkeit einer breiteren staatlichen Finanzgrundlage für die Sozialversicherung überhaupt entschied. Dieser Zusammenhang wird deutlicher in einer Ansprache³⁰, die Bismarck wenige Tage später gehalten hat. Da geht er wiederum auf das Klebegesetz ein, über das alle schimpfen, während keiner sich um seine Besserung bemüht:

„Ich habe es so nicht gemacht, wie es ist, ich habe erstrebt, dass die Arbeiter überhaupt nicht beitragen sollen, – die Leute proklamierten, dass ich das Tabakmonopol als patrimonium pauperum als Unterlage für die Altersversicherung benutzen wollte, von Arbeiterbeiträgen war dabei nicht die Rede. Das fand keinen Anklang; nachher wurde die Sache neu eingebracht, sie fiel in die Geheimratsmaschine und kam ziemlich anders wieder zum Vorschein, und als schließlich – ich

30 Ansprache an die Abordnung der Anhalter, 21. April 1895, Gesammelte Werke, Bd. 13, S. 580

glaube sieben bis acht Jahre, nachdem ich die Sache angeregt hatte – der parlamentarische und geheimrätliche Wechselbalg wieder aus der Maschine herauskam, da wurde ich gefragt: ‚Willst Du das oder willst Du nichts?‘ Und da habe ich gesagt: ‚Ich will lieber dieses wie gar nichts...‘“

Kann man die Sozialversicherung, wie sie damals geworden war, geringschätziger abtun als Bismarck mit seinem Worte vom „*parlamentarischen und geheimrätlichen Wechselbalg*“? Gerade mit diesem Bilde des untergeschobenen Kindes macht seine Scheltrede das eigene Verhalten des Kanzlers klar begreiflich. Bismarck hat beim Einbringen der Unfallversicherung erklärt, dass seine eigentlichen Absichten sich infolge des doppelten Unverständnisses im Parlament und Bürokratie nicht ausführen ließen. Nachdem er in hartem Kampf mit dem Reichstag das Notwendigste durchgesetzt hatte, beschränkte er sich darauf, den Abschluss des Werkes zu betreiben, indem er die Ausarbeitung im Einzelnen und die Anpassung gegenüber den Widerständen seinen Sachbearbeitern überließ. Bismarck betrachtete den Kampf um die näheren Bestimmungen des Altersversicherungsgesetzes offenbar in zunehmendem Alter als aussichtslos. Ein Anliegen war nun nur, wie er es dem Reichstag gegenüber angegeben hat, das Werk, wenn möglich, noch zu Lebzeiten des alten Kaisers, jedenfalls aber in seiner eigenen Amtszeit abzuschließen. Auch das Letztere ist ihm nur knapp gelungen. Eine große Rede zur Altersversicherung war die letzte, die er im Reichstag gehalten hat. So hat er denn 1895 abschließend sein Verhältnis zu diesem Gesetz mit den Worten bezeichnet: „*Mich hat damals der Gedanke geleitet, dass ich, obschon ich die Vorlage so, wie sie angenommen ist, als mein Kind nicht anerkennen konnte, doch gesagt habe: Lieber dies Adoptivkind als gar keines.*“ Er tröstete sich wohl damit, dass die einmal gegründeten Einrichtungen im praktischen Gebrauch ihre notwendigen Verbesserungen finden würden, wie er ja bereits bei der Unfallversicherung gemeint hatte. Trotzdem ließ ihn die Sache nicht los. Wir haben Zeugnisse, dass er im Winter 1889/90 die einheitliche Zusammenfassung der gesamten Sozialversicherung erwogen und nach seiner Entlassung geäußert hat, der Staat müsse überhaupt alle Lebens-, Unfall- und Krankenversicherungen an sich nehmen.³¹

31 V. Rottenburg in Deutsche Revue, Dez. 1906, S. 283, und Dawson, s. Gesammelte Werke, Bd. 9, S. 196

Es könnten sich jedoch gegenüber Bismarcks Selbstdarstellung Zweifel erheben. Man könnte sagen, Bismarck habe ja nach seiner Entlassung jeden Anlass zur Kritik gesucht, während ihm in der Erinnerung sein eigenes Denken und Handeln in folgerichtigem Gegensatz zu den bestehenden Übelständen erschien. Man könnte fragen, ob und warum denn nicht Bismarck rechtzeitig zumindest seine eigene Auffassung der Dinge in einer klaren Form ans Licht gestellt habe, anstatt seine bürokratischen Mitarbeiter nachträglich zu tadeln, die er doch gewähren ließ. Nun ist später ein Zeugnis veröffentlicht worden, das diese Zweifel endgültig behebt. Bismarck hat noch während der Gesetzvorbereitung seine eigene Meinung grundsätzlich zum Ausdruck gebracht. Es handelt sich um ein Votum von 1887 an das preußische Staatsministerium³², das sich auf die „Grundsätze zur Alters- und Invalidenversicherung“ bezieht, die erste Fassung des Gesetzentwurfes, die dann vor der Übergabe an den Reichstag im Bundesrat noch einmal durchgreifend umgearbeitet, aber keineswegs im Sinne Bismarcks ausgestaltet wurde. Bismarck stellt fest, dass er sich den Einwänden einzelner Minister anschließen müsse, er knüpfte insbesondere an die finanziellen Schwierigkeiten die Frage, ob man nicht, ähnlich wie bei der Unfallversicherung, schrittweise vorgehen und sich zunächst auf die Fabrikarbeiter in den großen Städten beschränken solle, weil auf dem Lande einstweilen infolge noch bestehender patriarchalischer Verhältnisse für die Alten und Invaliden ausreichend gesorgt sei, eine Beschränkung also, gegen die er in der Reichstagsrede von 1889 selber aufgetreten ist. Aber dieser taktische Gedankengang, der Bismarcks Resignation in jenen Jahren so deutlich zeigt, ist angehängt an eine längere Ausführung, die noch einmal bekennd zusammenfasst, was Bismarck mit der Altersversorgung wollte, und die aufs Klarste mit seinen früheren grundsätzlichen Aussagen zusammenstimmt. Sie knüpft auch selber an die ersten Bestrebungen an, indem der Grundsatz staatlicher Finanzierung mit den Worten ausgesprochen wird: „*Vorweg erlaube ich mir zu bemerken, dass, als ich seinerzeit die aus dem Tabaksmonopol zu erwartenden Einkünfte als das ‚partrimonium der Enterbten‘ bezeichnete, mich dabei der Gedanke leitete, dass das Reich alle für die Alters- und Invalidenversicherung entstehenden Kosten aus eigenen Mitteln tragen werde.*“ Das ist die ursprüngliche Bismarcksche Idee, der gegenüber die Begrenzung auf

32 11. September 1887, Gesammelte Werke, Bd. 6 c, S. 364

den Staatszuschuss bereits eine Verkümmerng darstellt. Bismarck versucht, diese staatssozialistische Ansicht der Wirtschaftspolitik schmackhaft zu machen, indem er darauf hinweist, dass auf solche Weise der Einwand hinfällig wurde, die Arbeiterbeiträge müssten eine Erhöhung der Löhne und damit eine Steigerung der Produktionskosten zum Schaden der Wettbewerbs- und Ausführfähigkeit mit sich bringen, ebenso wie dann keine Erörterung mehr entstehe, ob man verschiedene Beiträge bei gleicher Rentenhöhe erheben dürfe. Ist somit der soziale Gedanke, die Versorgungsbedürftigen nicht mit eigenen Beiträgen zu belasten, nochmals ausgesprochen, drückt sich Bismarck hingegen in der organisatorischen Frage zurückhaltender aus. Die Forderung einer Reichsanstalt erhebt er nicht mehr, sondern sagt nur:

„Jedenfalls müssten die zu belastenden Verbände ausnahmslos größer gegriffen werden als die bisherigen Genossenschaften und Gemeinden sind.“ Noch einmal aber prägt er in einer gültigen Formulierung seine Idee einer reichseigenen Volksversicherung aus, indem er den moralischen Einwänden des Liberalismus sein Bekenntnis entgegenhält:

„Den Satz, dass man nicht die Gesamtheit der Steuerzahler zugunsten einzelner Klassen der Bevölkerung belasten dürfe, vermag ich als richtig nicht anzuerkennen. Vielmehr trifft hier der Grundsatz zu, auf dem schon die Fabel des Menenius Agrippa von den Gliedern des Körpers und dem Magen beruht. Wie jeder lebendige Organismus an der Erhaltung und am Wohlbefinden eines jeden seiner Glieder ein vitales Interesse hat, so hat auch die zum Staat gefügte Gesamtheit aller Stände und Berufszweige ein Interesse daran, dass jeder Einzelne – insbesondere auch Industrie und Landwirtschaft – gedeihe, und darf sich nicht scheuen, dafür Opfer zu bringen.“

Die Alters- und Invalidenversicherung ist ein allgemeines und nationales Bedürfnis, welches daher aus dem Nationalvermögen befriedigt werden sollte. Eine itio in partes [hier: Trennung der Klassen] zu diesem Zweck würde dem nationalen Bedürfnis nicht entsprechen und wirtschaftlich ungleich wirken.“

Diese unmittelbaren, von keiner taktischen Rücksicht oder Zufälligkeit des Augenblicks beeinträchtigten Worte stellen im praktischen Zusammenhang großartig und einfach dar, was Bismarck mit dem Werke der Sozialversicherung im Grunde wollte. Man braucht nur auf die Sprache dieser Aufzeichnung zu achten, um den Unterschied zu verstehen, den Bismarcks Denkweise gegenüber der zeitgenössischen

Betrachtung der Aufgabe zeigt. In den Motiven zum Gesetzentwurf für die Alters- und Invalidenversicherung heißt es, die Last müsse „*auch von denjenigen anteilig mitgetragen werden, welche an der humanen Sicherstellung des Loses der Arbeiter überhaupt ein Interesse haben.*“ Dabei wird hervorgehoben, dass das „*Arbeitsverhältnis selbst eine gewisse Solidarität zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer begründet, insofern beide an dem Arbeitsertrage teilhaben*“, und endlich wird vom Gemeinwesen gesprochen, vom Reich, das „*durch seine Gesetzgebung einer großen, allgemein verbindlichen sittlichen Verpflichtung gerecht zu werden sucht*“, und ein Interesse daran habe, „*durch seine Fürsorge die gesamte Erwerbs- und Gesellschaftsordnung zu stützen.*“³³

Bismarck hingegen spricht nur von dem „*allgemeinen und nationalen Bedürfnis, welches daher aus dem Nationalvermögen befriedigt werden sollte.*“ Seine Sätze verhalten sich zu denen des Gesetzentwurfes wie eine wahrhaft sozialpolitische Denkweise gegenüber einer teils sozialkaritativen, teils ökonomisch-taktischen. Auch dürfen wir es bedeutsam nennen, dass Bismarck hier den alten reichsrechtlichen Begriff der *itio in partes* einführt, um die partikularistische Zersplitterung der Sozialversicherung abzuwehren und den Gedanken praktischer Nationaleinheit in ihr zu vertreten. Die sozialpolitische Idee aber kommt in dem Satze zum reinsten Ausdruck, der den staatssozialistischen Sinn von Bismarcks Plänen rechtfertigt und erläutert. „*Die zum Staat gefügte Gesamtheit aller Stände und Berufszweige.*“ Bismarck hat ein Gefühl dafür gehabt, dass es ihm in seiner Zeit nicht vergönnt war, ein solches Ziel zu verwirklichen. Aber er hat mit dem Werke seiner Sozialversicherung den Weg dazu betreten wollen in der Zuversicht, das einmal Begonnene werde alsdann die Geschichte vollenden. So dürfen wir jenes Bekenntnis verstehen, das Bismarck schon im Jahre 1881 in jener Unterredung mit Moritz Busch abgelegt hat, wo er die Altersversorgung mit dem Soldatentum der Arbeit begründet:

„Diese Sache wird sich durchdrücken. Die hat ihre Zukunft. Es ist möglich, dass unsere Politik einmal zugrunde geht, wenn ich tot bin. Aber der Staatssozialismus paukt sich durch. Jeder, der diesen Gedanken wieder aufnimmt, wird ans Ruder kommen.“

33 Stenographische Berichte des Deutschen Reichstages, Bd. 108, 1888-89, anlagen 1, S. 57f.

Zur bedingungslosen Kapitulation der Wehrmacht am 8. Mai 1945

Das Kriegsende in Deutschland haben die Deutschen auf unterschiedliche Weise erlebt. Sicher waren alle über das Ende des Krieges erleichtert. Wer unter dem NS-Regime gelitten hatte, fühlte sich befreit. Doch für die überwiegende Mehrheit war es keine Befreiung. Sie war auch nicht das Ziel der Alliierten. Hätten sie die Deutschen vom NS-Regime befreien wollen, hätten sie kein „unconditional surrender“, keine bedingungslose Kapitulation gefordert und damit den Krieg bis zur Vernichtung Deutschlands verlängert – und schon gar nicht noch in den letzten Kriegsmonaten Kultur-Kleinode wie u.a. Dresden, Potsdam und Würzburg zerstört. Im Osten und Südosten Deutschlands herrschte eine Orgie der Gewalt, der Vergewaltigung und des Ausraubens. Hunger und Willkür einschließlich Vergewaltigungen trafen aber auch auch die Deutschen im Westen. Über die deutschen Kriegsgefangenen dort entlud sich ein mörderischer Haß. Das zeigt der folgende Bericht eines Betroffenen. Die Bezeichnung des 8. Mai als „Tag der Befreiung“ und der Dank noch an die brutalsten Sieger offenbaren einen wohl weltweit einmaligen Mangel an Selbstachtung und Gefühl für die Würde des Menschen (Grundgesetz), der deutschen Opfer. *MB*

Döring-Ernst v. Gottberg Kriegsgefangenschaft auf den Rheinwiesen 1945¹

Es fällt einem ehemaligen Kriegsgefangenen auf den Rheinwiesen schwer, über das Erlebte zu sprechen. Verdrängte Emotionen und Erinnerungen kommen hoch, und viele ehemalige Mitgefangene möchten lieber zu dem Erlebten schweigen und dies verdrängen. Aber es gibt einen wichtigen Grund, diesen Vortrag zu halten: Wir leben in einer Zeit, die von der „political correctness“ bestimmt wird, einer ideologischen Festlegung der öffentlich zu vertretenden Meinung

¹ Vortrag vom 14. März 2014 vor der SWG Kiel über seine Kriegsgefangenschaft in einem US-amerikanischen Lager bei Kreuznach.

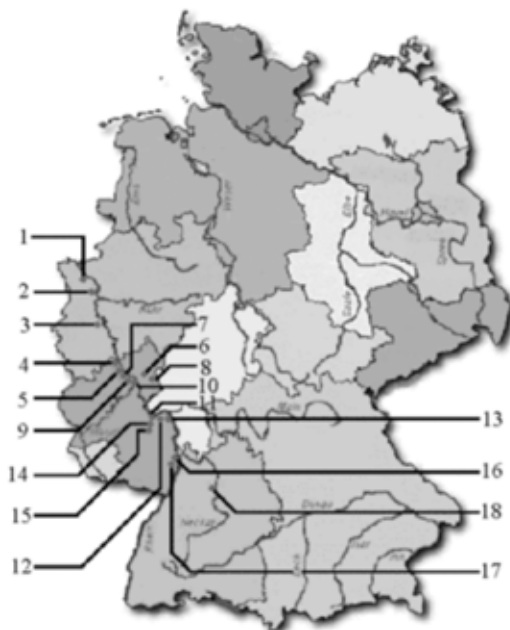
zu politischen und historischen Themen. Da werden Themen der Vergangenheit, die unerwünscht sind, verschwiegen oder bewusst unterdrückt, dagegen erscheinen ständig Themen, die im Interesse der „political correctness“ liegen (z.B. über die sogenannte „Schuld der Deutschen“). Zu den Themen, die vom heutigen Zeitgeist gern unterdrückt werden, gehört das Leid der Kriegsgefangenen in den US-Lagern 1945 auf den Rheinwiesen.² Ein Oberst der US-Armee, Dr. Ernest Fisher, hat 1988 erklärt „der Horror in diesen Todeslagern ist mit nichts in der amerikanischen Geschichte zu vergleichen.“ Ein weiterer Staboffizier, der US-Major Merrit Drucker, hat sich 2011 beim Vorsitzenden des Verbandes deutscher Soldaten öffentlich für die Vorkommnisse in den Rheinwiesslagern 1945 entschuldigt. Deshalb soll ein ehemaliger Kriegsgefangener entgegen der „political correctness“ über das Erlebte in den US-Gefangenenlagern auf den Rheinwiesen berichten.

Ein wichtiges Dokument über das Geschehen in den US-Gefangenenlagern auf den Rheinwiesen ist das Buch von James Bacque „Der geplante Tod“. Der Autor James Bacque ist ein Kanadier. So kann man ihm nicht „rechtsextremes Gedankengut“ unterstellen! James Baque hat eine wissenschaftlich gut recherchierte Dokumentation über die Vorgänge in den Gefangenenlagern auf den Rheinwiesen veröffentlicht. US-Archive sind und bleiben für die Geschichtsforschung geschlossen, so ist diese Dokumentation die einzige nach Tatsachen ausgerichtete Darstellung über die so genannten „Death Camps“, die „Todes-Lager“ auf den Rheinwiesen.

Die Tragödie der Kriegsgefangenen der US-Armee begann am 10. März 1945 mit einer Verfügung des US State Departments (Außenministerium). Auf Antrag des US-Oberkommandierenden für die alliierten Streitkräfte in Europa, General Dwight D. Eisenhower, wurden die Bestimmungen der Genfer Konvention von 1864 einseitig zu Lasten der deutschen Kriegsgefangenen aufgehoben. Die Gefangenen wurden als „Disarmed Enemy Forces“ (DEF), zu deutsch „entwaffnete Feindkräfte“ oder als „Surrendered Enemy Personnel“ (SEP), „kapituliert habendes Feindpersonal“, bezeichnet. Ein völlig neuer Begriff, der im internationalen Recht bisher nicht vorkam. Durch diese völkerrechts-

² In der englischen und französischen Wikipedia mit dem deutschen Wort „Rheinwieslager“ aufgeführt.

Buderich 1
 Rheinberg 2
 Wickrathberg 3
 Remagen 4
 Sinzig 5
 Siershahn 6
 Andernach 7
 Diez 8
 Urmitz 9
 Koblenz 10
 Dietersheim 11
 Heidesheim 12
 Hechtsheim 13
 Winzenheim/Bretzenheim 14
 Biebelshiem 14
 Bad Kreuznach 15
 Ludwigshafen 16
 Bohr-Iggelheim 17
 Heilbronn 18



widrige Maßnahme wurde allen deutschen Soldaten automatisch der Schutz des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz entzogen, denn ihre Namen brauchten dem IKRK nicht bekannt zu geben zu werden, und auch ihre Gefangenenerlager mussten nicht gemeldet werden, wie das in der Genfer Kriegsgefangenenkonvention von 1864 vorgeschrieben ist. Sie hatten jetzt keinen Schutz mehr durch das internationale Recht als „prisoner of war“ und waren jeder Willkür des Siegers ausgeliefert. Dies war ein klarer Verstoß gegen internationales Recht, wie ich das später noch näher begründen werde!

Bis zum 15. Juni 1945 wurden ca. 5,3 Millionen Gefangene (Soldaten, auch Verwundete aus deutschen Militärlazaretten, Männer und Frauen, Zivilisten und Jugendliche) in Eisenhowers Befehlsbereich überstellt, davon sollen nach Berechnungen des Kanadiers James Barque rd. 800.000 Menschen in amerikanischer und französischer Gefangenschaft umgekommen sein. Es gab im April/Mai 1945 18 Rheinwiesenerlager, davon wurden 4 unter britischer Leitung vertretbar korrekt geführt, während 1 französisches und 13 amerikanische Lager auf den Rheinwiesen den Anforderungen der Internationalen Haager Landkriegsordnung in keiner Weise entsprachen.

Man kann die Frage stellen, warum die Siegermächte diese Massenlager für ihre deutschen Gefangenen vorwiegend westlich des Rheins errichtet haben. Schon 1945 hielt sich das Gerücht, dass die Westmächte vorbereitet sein wollten, falls der Krieg mit Kampfhandlungen gegen die Sowjets weitergeführt werden müsste. Dann könnten die deutschen Soldaten aktiviert und erneut in einen Krieg gegen die Sowjets geführt werden. Nun, Gerüchte verbreiten sich in einem Gefangenlager sehr schnell, man hat ja sonst keine andere geistige Betätigung. Aber wie sollten aus diesen ausgemergelten Gestalten noch kampffähige Soldaten werden? Da war die britische Besatzungspolitik unter General Montgomery anders; in ihren Lagern wurde ein Mindestmaß militärischer Ordnung beibehalten. Und die englische Besatzungspolitik beließ auch eine deutsche Regierung unter Großadmiral Dönitz so lange im Amt, bis feststand, dass die Sowjets sich an die Vereinbarung hielten und an der Elbe zum Stillstand kamen. Eine Bestätigung für dieses Gerücht hat es aber nie gegeben!

Nun, die US-Truppen brachten ihre Gefangenen aus allen Kampf- und Besatzungsgebieten in die großen Rheinwiesenerlager. Ich selbst wurde am 27. April 1945 als junger Soldat der 11. Panzerdivision bei Kampfhandlungen mit amerikanischen Truppen in der Nähe von Furth im Wald an der bayrisch-tschechischen Grenze gefangen genommen. Die 11. Panzerdivision unter ihrem Kommandeur Generalleutnant von Wietersheim zog sich aus der Tschechei zurück und hatte ihre Aufgabe beendet, als Rückendeckung für die vielen Flüchtlingstrecks die sowjetischen Angriffsspitzen aufzuhalten und die Flüchtlingssäulen bis an die deutsche Grenze zu begleiten. Als dann die deutsche Grenze bei Furth im Wald erreicht war, wollte die 11. Panzerdivision sich in amerikanische Gefangenschaft begeben. Aber die Amerikaner lehnten dieses Ersuchen ab mit der Begründung, dass alle deutschen Verbände, die aus der Tschechei kamen, sich den Sowjets zu ergeben hätten. So erfolgte am 27. April 1945 noch ein letzter Angriff von Einheiten der 11. Panzerdivision, diesmal auf US-Truppen im Raum Cham/Furth im Wald. Bei diesen Kampfhandlungen bin ich dann leider in Gefangenschaft geraten. Neben mir wurde mein Kamerad Harry Lindenlaub tödlich getroffen und zwei weitere Kameraden schwer verwundet. Amerikanische Panzersoldaten schlugen mir mit ihren Fausthandschuhen brutal ins Gesicht, der Stahlhelm fiel zu Boden, ich musste mich als „menschliche Zielscheibe“ auf den vordersten amerikanischen Panzer

setzen, und so fuhr die Panzerkolonne in die deutschen Stellungen. Aber es gab keine Gegenwehr mehr. Später wurde ich nach Cham abtransportiert, in Nürnberg wurden die Gefangenen gesammelt und von dort ging es dann mit der Eisenbahn in zweitägiger Fahrt, mit ca.100 Mann zusammengepfertcht in einem offenen Viehwagen – die Gefangenen konnten hier nur stehen! – quer durch Deutschland über den Rhein ins Lager Bretzenheim bei Bad Kreuznach. Dieses auf freiem Feld errichtete Lager umfasste 25 Camps (amerikanisch *cages/Käfige* genannt) mit etwa 175.000 Gefangenen. Es war mit dreifachen Stacheldrahtzäunen und Wachtürmen mit Scheinwerfern und Lautsprecheranlagen umgeben, auf denen bewaffnete Posten standen. Wir wurden wie Vieh mit etwa 5000 neuen Gefangenen in eines der Lagerkäfige getrieben und dort unserem Schicksal überlassen. Täglich kamen weitere Transporte mit Gefangenen an, und jeden Morgen fuhr man die über Nacht verstorbenen Gefangenen auf Lastkraftwagen aus dem Lager. Später habe ich erfahren, es sollen im Durchschnitt 200 Tote täglich gewesen sein.

Die Zustände in den US-Rheinwiesenlagern sind wohl allgemein bekannt, ich möchte darüber zunächst aus amerikanischer Sicht berichten. US-General Richard Steinbach erklärt „dass die Verhältnisse schrecklich waren. Ich war zugleich überrascht wie angeekelt. Als ich Brot durch den Stacheldraht durchreichen ließ, erklärte man mir: „Gib ihnen nichts zu essen. Es ist unsere Politik, diesen Deutschen nichts zu geben!“ Und ein pensionierter Oberst der US-Armee, Dr. Ernest Fisher, zeichnet folgendes Bild: „Eng zusammengedrängt, um sich gegenseitig zu wärmen, bot sich den Blicken auf der anderen Seite ein tief erschreckender Anblick: nahezu 100.000 ausgemergelte, apathische, hagere Männer mit leerem Blick, bekleidet mit schmutzigen feldgrauen Uniformen, knöcheltief im Schlamm stehend, der älteste Lagerinsasse über 80 Jahre, der jüngste 9 Jahre alt, und andauernder Hunger und quälender Durst waren ihre Begleiter, und sie starben an Ruhr.“

An anderer Stelle schreibt Oberst Dr. Ernest Fisher im Jahr 1988: „Vom April 1945 an vernichteten die amerikanischen und französischen Armeen ungefähr 1 Millionen Männer, vornehmlich in amerikanischen Lagern. Niemals seit den Gräueln während des Amerikanischen Bürgerkrieges hatten solche Grausamkeiten unter amerikanischer Militärkontrolle stattgefunden. Mehr als vier Jahrzehnte lag diese beispiellose

Tragödie in alliierten Archiven verborgen.“ Oberst Charles A. Breasley berichtet: „Ohne Obdach tagein, tagaus und Nacht für Nacht lagen sie entmutigt auf der Erde oder sie entschliefen in ihren zusammengefallenen Erdlöchern...“ Soweit die amerikanische Berichte. Die Zustände waren also in der US-Armee durchaus bekannt.

Ergänzend zu den amerikanischen Berichten möchte ich jetzt aus meiner Sicht 10 Fakten über die Situation in den US-Lagern auf den Rheinwiesen hinzufügen:

1. Die Amerikaner brachten in ihren Lagern nicht nur gefangene deutsche Soldaten und NSDAP-Funktionäre unter, sondern auch Verwundete aus den deutschen Militärlazaretten. Es gab auch ein Frauenlager. Zum Beispiel mit Nachrichtenhelferinnen, Arbeitsdienstmaidens, BDM-Führerinnen, Krankenschwestern. Es gab Feuerwehrleute, Arbeitsdienstmänner, Wehrmachtshelfer, denn die Amerikaner kannten die Uniformen im NS-Deutschland meist nicht. Eine Vernehmung oder Kriegsgerichtsverfahren fanden in den Lagern nicht statt.

2. Die Gefangenen hausten trotz nächtlicher Kälte und Regen und einer tagsüber oft sehr warmen Sonne ohne Obdach und ohne irgendwelchen Schutz gegen die Witterung (ich hatte damals noch nicht einmal eine Mütze). In einem Befehl von General Lee vom 7. April 1945 heißt es, dass für die deutschen Gefangenen in den PWTEs „Obdach nicht erforderlich wäre“. Ein Pionier-Befehl untersagte es, irgendwelche Unterkünfte in den „cages“ (Käfigen) zu errichten. „No housing will be provided in PWTE- Prisoners of War Temporary Enclousers (US-Durchgangslager).

Die Gefangenen lagen auf kahlem Boden, der sich bei Regen in eine unvorstellbare Schlammwüste verwandelte. Die Gefangenen vegetierten in Erdkuhlen unter freiem Himmel. Zelte wurden nicht ausgegeben, obwohl diese in den Depots der deutschen Wehrmacht und in der US-Armee reichlich vorhanden waren. In die Gefangenschaft mitgebrachte Zelte, Tornister, Decken oder sonstiges Gepäck wurden den Gefangenen gleich am Lagertor abgenommen. Am Lagertor wurde jeder Ankommende gefilzt. Mir wurden meine Armbanduhr und mein Taschenmesser abgenommen, die ich natürlich nie wieder gesehen habe.

3. Die Gefangenen gruben sich mit Blechdosen, Löffeln und mit den Händen Erdmulden, um sich vor dem kalten Wind zu schützen. Auch das wurde untersagt, so dass die Gefangenen oft gezwungen wurden,

die Erdlöcher wieder zuzuschütten. Am Abend stellten die Gefangenen sich in Gruppen dicht zusammen, um sich gegenseitig zu wärmen. Vom Schlaf ermüdet, wachten sie am nächsten Morgen im Schlamm liegend mit feuchter Kleidung wieder auf.

4. Waschgelegenheiten gab es nicht. Primitive Latrinen, das heißt über Gruben gelegte Sitz-Balken (sogen. „Donnerbalken“), wurden in der Nähe der Zäune angelegt. Vielfach waren die Gefangenen zu schwach, ihre Notdurft zu verrichten.

5. In den ersten zwei Tagen nach unserer Ankunft in Bretzenheim gab es keine Verpflegung. Es gab auch danach kaum Nahrung, noch Wasser, obwohl die deutschen und amerikanischen Depots mit Vorräten gefüllt waren. Nach einer Woche erhielten die Gefangenen aus den US-Vorräten geringe Mengen an Keksen und Brot, wässrige Suppen oder 19 Mann mussten sich ein weiches amerikanisches Weißbrot teilen. Zum Hunger kam noch der Mangel an trinkbarem Wasser hinzu, so dass Darmerkrankungen die Folge waren.

6. Die Gefangenen hatten keinerlei Verbindung zur Außenwelt, Postverkehr fand nicht statt. Der Bevölkerung war es streng verboten, die Gefangenen mit Nahrung zu versorgen. Die deutschen Behörden waren von der Besatzungsmacht angewiesen worden, die Bevölkerung entsprechend zu instruieren. Zum Beweis zeige ich hier eine Anordnung des Landratsamtes Bad Kreuznach. [Siehe Kasten am Ende.] Da der Schreibmaschinentext schwer zu lesen ist, habe ich den Text unter der Kopie der Anweisung noch einmal wörtlich wiederholt und möchte ihn hier vorlesen: „Wer dennoch versucht, den hungernden Gefangenen über den Lagerzaun etwas zukommen zu lassen, kann erschossen werden!“

7. Schwerkranke und Sterbende wurden unzureichend oder überhaupt nicht versorgt, während nahe gelegene Krankenhäuser ungenutzt blieben. Verstorbene wurden von den Gefangenen zum Lagertor geschleppt. Dorthin kam täglich ein amerikanischer Lkw, die Leichen wurden auf die Plattform geworfen und in ein Massengrab geschüttet.

8. Eine ärztliche Betreuung und eine medizinische Versorgung im Camp gab es nicht. Für Körperpflege und Hygiene musste jeder Gefangene mit seinen beschränkten Möglichkeiten selbst sorgen. Die Amerikaner wurden nur mit ihrem „Wundermittel“, dem DDT-Pulver (medizinische Bezeichnung: Dichlordiphenyltrichlorethan) aktiv. Dieses Insektenspulver wurde jedem Gefangenen zur Bekämpfung der Krankheiten

übertragenden Läuse mit einem Pulverzerstäuber in seine Kleidung geblasen. 1944 verbrauchten die Amerikaner monatlich 900 Tonnen DDT, bei Kriegsende waren es 1.350 Tonnen im Monat, anscheinend ein wahres Allheilmittel gegen Seuchen.

Die Aufsicht im Lager hatten die Amerikaner einem deutschen Offizier übertragen, der mit einer weißen Armbinde ausgestattet war, denn die Offizierembleme, Schulterstücke und Ehrenzeichen mussten von den Uniformröcken entfernt werden. Meine Lageraufsicht war ein Hauptmann von Richthofen, den ich deshalb noch in guter Erinnerung habe, weil er mir eines Nachts einen leeren Mehlsack gab, damit ich zumindest meinen Kopf gegen die Witterung schützen konnte. Den Mehlsack hatte er von der Küche erhalten.

9. Das Internationale Rote Kreuz erhielt keinen Zutritt zu den Lagern. Nahrungsmittel und Hilfsgüter, welche das Schweizer Rote Kreuz in Eisenbahnwaggons an den Rhein transportieren ließ, wurden auf Befehl Eisenhowers zurückgeschickt. Als der damalige Präsident des Inter-nationalen Roten Kreuzes, Max Huber, sich deswegen beim amerikanischen Außenministerium beklagte, antwortete General Eisenhower wahrheitswidrig, die US-Besatzung wäre allein in der Lage, die Gefangenen ausreichend zu versorgen; eine Vereinbarung mit dem amerikanischen und britischen Roten Kreuz hätte festgestellt, dass eine Verwendung von Lebensmitteln aus dritter Hand nicht erforderlich wäre. Dem Schweizer Rote Kreuz blieb nichts anderes übrig, als die voll beladenen Züge in die Schweiz zurückzufahren, wo sich in den Lagerhäusern Vorräte von mehr als 100 000 Tonnen Lebensmitteln stapelten, bestimmt für Not leidende Deutsche.

10. Die Gefangenen auf freiem Feld litten natürlich unter der Witterung. Die erste Woche meiner Gefangenschaft war eine Regenperiode, in der es bei Temperaturen um 0 Grad oft in Strömen regnete. Als der Regen nachließ kam der kalte Wind, der nicht nur den Schlamm, sondern auch unsere völlig durchnässten Uniformen trocknete. Auf die Regenperiode folgten warme, ja oft heiße Tage, an denen der Wind Staubwolken durch das Lager trieb. Das heiße Wetter führte zu schweren Gewittern, denen Regentage folgten, die das Lager wieder in einen Morast verwandelten. Es war kein Wunder, dass Erkältungen, Ruhr und Typhus sowie Hungerödeme im Lager wüteten. Der Wille zum Überleben war bei den jüngeren und meist trotzig Gefangenen noch vorhanden, Ältere liefen oft in ihrer Verzweiflung bewusst in

den Stacheldrahtzaun, um von den Posten erschossen zu werden. Sie wollten ihrem Elend ein Ende bereiten.

Ich würde diese Fakten nicht aufzählen, wenn ich nicht bezeugen könnte, diese Verhältnisse selbst so miterlebt zu haben.

Unter dem Futter meines Uniformrocks hatte ich ein kleines, zerrissenes Kalenderbüchlein ohne harten Deckel versteckt, in das ich mit einem Bleistiftstummel Tagebuch führte. Dieses zerrissene Tagebuch besitze ich noch heute. Lassen Sie mich daraus nur drei selbst erlebte Daten vortragen:

17. Mai 1945: am Tage unerträgliche Hitze, Hunger, kein Wasser, nachts Kälte und Regen. Beim Aufstehen wird es mir wieder schwarz vor Augen. Ich bin völlig schlapp. Nur der Wille zum Leben bringt mich noch hoch, denn man muss ein wenig durch das Camp wandern, um den Körper in Bewegung zu halten. Sehr anstrengend ist der Weg zu den primitiven Latrinen. Es sollen schon Gefangene vor Erschöpfung in die Latrinengräben gefallen sein. Dort holt sie keiner mehr heraus!

31. Mai 1945: Das Dorf jenseits des Stacheldrahts feiert Fronleichnam. Wir hören die Gesänge und sehen einen Fronleichnamzug, der sich auf das Gefangenenlager zu bewegt. Was werden die Wachmannschaften tun? Der Fronleichnamzug ist noch etwa 50 Meter vom Lager entfernt, da schießen die Amerikaner mit ihren Maschinengewehren in den Boden. Sand fliegt auf. Der Fronleichnamzug bleibt stehen, singt noch einige kirchliche Lieder, hält eine Andacht und zieht sich dann singend ins Dorf zurück. – Welch eine wunderbare Geste der Dorfbevölkerung! Alle Gefangenen haben mit großer Aufmerksamkeit diese Situation beobachtet. Zum Dank wird geklatscht. Wir sind also noch nicht vergessen und sind dankbar für dieses Zeichen des Mitgefühls! Und noch ein letztes drittes Erlebnis vom 6. Juni 1945: Beim Herumwandern im Lager treffe ich auf einen Militärgeistlichen, einen jungen Priester. Am Nachmittag hält er einen Gottesdienst für junge Soldaten. Er ermahnt uns, dass wir uns von unserem Soldateneid auf „Führer, Volk und Vaterland“ lösen müssen. Es fällt vielen Kameraden schwer, diese Entscheidung zu treffen. Aber der junge Priester drängt uns mit den Worten: „Nicht mehr Kriegführen, sondern Aufbauen, einen Beruf erlernen und eine Familie gründen, das wird jetzt die Aufgabe der Jugend sein.“ - Über seine Erdmulde hatte der Priester einen Pappkarton wie ein gotisches Tor geformt. Er hat ein kleines Bild von der Mutter Maria mit ihrem Kind, aber kein Christuskreuz als Geistlicher, das ihm

bei einer Filzung durch amerikanische Soldaten abgenommen wurde. Im Gottesdienst spricht er über „Glaube, Liebe, Hoffnung“, Worte, die ich bisher so nie gehört habe. Ich spüre die Kraft, die in unserer Notlage von diesem Mann und von seinem starken Glauben ausgeht. Ich beschließe, diesem Geistlichen öfter zuzuhören. Er ist doch ein ganz kleines Licht in unserem traurigen Elend!

An dieser Stelle möchte ich meine Darstellungen aus meinem Erleben im US-Kriegsgefangenenlager Bretzenheim bei Bad Kreuznach beenden. Meine Gefangenschaft endete am 24.6.1945, nachdem ich mich als Landarbeiter für den Einsatz in der Landwirtschaft nach Thüringen gemeldet hatte. Wie ich später erfahren habe, wurde das Lager Bretzenheim im Juli 1945 aufgelöst, weil die hygienischen Verhältnisse untragbar geworden waren.

Zum Abschluss meines Berichts möchte ich noch von einem besonderen, kleinen Erlebnis mit einem dunkelhäutigen amerikanischen Wachsoldaten berichten: Dieser patrouillierte am Stacheldrahtzaun entlang und reichte einem Hungernden ein Päckchen Kekse. Dabei sagte dieser dunkelhäutige GI:

„Nun seid Ihr Deutschen die Sklaven der Amerikaner.

Lange genug sind wir Schwarzen es gewesen!“

In der Gefangenschaft hatte sich mehrfach gezeigt, dass dunkelhäutige Wachsoldaten humaner und verständnisvoller mit den Gefangenen umgingen als weiße.

Heute stellt sich mir die Frage, warum gab es damals einen so starken Hass auf alles Deutsche? Sicherlich, deutscher Nationalsozialismus und amerikanischer Kapitalismus waren starke ideologische Gegensätze. Seit Mitte der zwanziger Jahre gab es in Deutschland eine von der NSDAP organisierte Boykottbewegung gegen jüdische Geschäftsleute, die zu bösen Exzessen gegen jüdische Mitbürger führte, später sogar zu brennenden Synagogen, die angeblich ausgelöst wurden wegen der Ermordung des deutschen Botschaftssekretärs in Paris, Ernst Eduard vom Rath, am 7. November 1938 durch den jüdischen Fanatiker Herschel Grynszpan. Vorausgegangen war am 24.3.1933 eine offene Kriegserklärung des amerikanischen Internationalen Judentums mit der Androhung „Deutschland wird einen hohen Preis für Hitlers Jüdengegnerschaft zu zahlen haben.“ Ich zeige hier eine Kopie aus dem „Daily Express“ vom 24.3.1933. Seit dieser Zeit gab es in der amerikanischen Presse eine ständige hasserfüllte Propagandakampagne gegen

Deutschland. Sie sollte die Bevölkerung in den Vereinigten Staaten auf einen Krieg gegen Deutschland vorbereiten!

Und hier nenne ich jetzt einige Zitate von General Eisenhower, die deutlich seinen Hass gegen die Deutschen erkennen lassen:

Unser Hauptziel war die Vernichtung von so vielen Deutschen wie möglich.

Deutschland wird nicht besetzt werden zum Zweck der Befreiung, sondern als besiegte Feindnation.

Wir kommen nicht als Befreier! Wir kommen als Sieger!

Diese Statements von General Eisenhower stehen natürlich im Gegensatz zur Rede von Bundespräsident Richard von Weizsäcker, der am 8. Mai 1985 vor dem Deutschen Bundestag erklärte: Deutschland wurde erlöst und befreit zugleich. Nun gut, es mag Deutsche geben, die den 8. Mai 1945 so empfunden haben, ich wurde an diesem Tag als Kriegsgefangener in Bretzenheim als „Feind“ behandelt. Und der kanadische Historiker James Bacque schreibt: Der Deutschenhasser General Dwight David Eisenhower hatte diesen Massenmord gezielt betrieben und systematisch verschleiert.

Es ließen sich noch viele Zitate anführen, jetzt nur noch ein letztes: Mein Gott, wie ich die Deutschen hasse schrieb Dwight D. Eisenhower im September 1944 in einem Brief an seine Frau. Bei diesen Zitaten von Eisenhower ist zu berücksichtigen: er wurde am 14. Oktober 1890 als Sohn einer Farmerfamilie deutschen Ursprungs geboren, die 1741 eingewandert war.

Aber zum Ausgleich gegen die hasserfüllte Einstellung des US-Generals Eisenhower möchte ich jetzt eine andere Stimme aus der US-Armee zu Wort kommen lassen. Ein US-Offizier, Major Merrit Drucker, hat sich am 6. Oktober 2011 in einem Schreiben an den Vorsitzenden des Verbandes deutscher Soldaten, an Oberstleutnant Max Klaar, bei Angehörigen der deutschen Armee für das Massensterben deutscher Kriegsgefangener in US-Lagern nach dem Zweiten Weltkrieg entschuldigt. Ich möchte dieses Schreiben im vollen Wortlaut vorlesen:

Offener Brief an ehemalige deutsche Kriegsgefangene in Lagern der US-Armee

Sehr geehrte Herren!

Ich übermittle allen ehemaligen deutschen Kriegsgefangenen für die Zeit ihrer Gefangenschaft im Gewahrsam der US-Armee in Deutschland und Frankreich in den Jahren 1945 und 1946 meine Entschuldigung und mein Eingeständnis des Geschehenen.

Mit großer Trauer habe ich von den Zuständen in den Rheinwiesenslagern erfahren. Alle Unterlagen, die ich gefunden habe, zeigen, dass die brutalen Bedingungen, unter denen Sie gefangen gehalten wurden, eine Verletzung der Genfer Konvention darstellten, ungerechtfertigt nach jedweder moralischen Regel und politisch sowie militärisch unnötig waren. Die Gefangenhaltung wurde geplant und durchgeführt mit einmaliger Brutalität zu einer Zeit, als die USA die Kapazitäten hatten, um eine angemessene Behandlung sicherzustellen.

Lasst uns im Gebet jener gedenken, die ihr Leben verloren haben. Wir wollen jene nicht vergessen, die als Vermisste in Gräbern ohne Kennzeichnung liegen. Mit denen, die krank und fast verhungert waren, freue ich mich über ihre Wiedergenesung und wünsche ihnen und ihren Familien gute Gesundheit.

Ich wünsche jenen, deren Eheringe, Uhren und persönliche Besitztümer gestohlen wurden, Segen für ihre Ehe und biete meine Erinnerung an persönliche Verluste an.

Gegenüber jenen, denen ihre Soldbücher, Erkennungsmarken, Dienstgradabzeichen und Auszeichnungen für Tapferkeit und Dienstleistung weggenommen wurden, erkenne ich die Bedeutung dieser Gegenstände für Soldaten aller Nationen an.

Bitte akzeptieren Sie diese Entschuldigung und diesen Brief des Eingeständnisses als einen kleinen und ersten Schritt zu der offiziellen Entschuldigung und dem Eingeständnis von Seiten hochrangiger Vertreter der US-Armee und -Regierung, auf die ich hoffe. Ich habe meine Regierung darum gebeten.

Ich habe in der US-Armee in Rheinberg (ehemalige Reichel-Kaserne) von 1987 bis 1990 gedient; dort habe ich im Stadtarchiv und am Denkmal auf dem Stadtfriedhof von Annaberg von den Rheinwiesenslagern

erfahren. Man weiß fast nichts davon in den USA, und genaue Beschreibungen fehlen in unserer offiziellen Militär-Geschichtsschreibung. Bitte nehmen Sie zur Kenntnis, dass meine Bemühungen, der Welt die Bedingungen Ihrer Gefangenschaft bekannt zu machen, fortgesetzt werden.

Obwohl nichts, was ich sagen oder tun kann, etwas an dem ändern kann, was am Ende des Krieges geschehen ist, nehmen Sie bitte zur Kenntnis, dass Ihr Schicksal und Ihr Leiden nicht vergessen sein werden.

Merrit P. Drucker

Major, Infantry

US Army (Retired)

James Bacque bestätigt in seinem Buch, dass General Dwight Eisenhower für die Zustände in den US-Gefangenenlagern, die ihm direkt unterstanden, verantwortlich war. Die Entscheidungen über die Gefangenenbehandlung wurden tatsächlich von seinem SHAEF-Stab (Supreme Headquarters Allied Expeditionary Force) getroffen. James Bacque berichtet in seinem Buch auf Seite 17 von dem pensionierten Oberst der US-Armee Dr. Ernest Fisher, der erklärte: Eisenhowers Hass erzeugte diesen Horror der Todeslager, der mit nichts in der amerikanischen Militärgeschichte vergleichbar ist. Angesichts der katastrophalen Folgen dieses Hasses ist die lässige Gleichgültigkeit, die alle SHAEF-Offiziere an den Tag legten, die schmerzlichste Seite der amerikanischen Verstrickung.

Die amerikanischen Gefangenenlager auf den Rheinwiesen mussten wegen unzureichender Hygiene und wegen nicht vorhandener Unterkünfte im Juli 1945 geschlossen werden. Nun wurde behauptet, dass der Hungertod der Gefangenen wegen Nahrungsmangel und aus dem herrschenden „Chaos“ zum Kriegsende unvermeidbar gewesen wäre. Beweisbar ist jedoch das offizielle Rationenbuch der US Army, das für die Gefangenen pro Tag nur 600-850 Kalorien vorsah. Der vom Völkerbund errechnete tägliche Mindest-Kalorienbedarf eines Menschen liegt bei 2.400 kcal. Hauptmann Lee Berwick von der 424. US-Infanteriedivision, der für die Bewachung des Lagers Bretzenheim zuständig war, erklärte, dass Lebensmittel ausreichend vorhanden waren und in Kisten bis auf „Bungalowhöhe“ aufgestapelt waren, aber nicht ausgegeben werden durften.

Erlauben Sie mir, dass ich Ihnen hier das „Mahnmal gegen das Vergessen“ für die Opfer des Gefangenenlagers Bretzenheim bei Bad Kreuznach zeige. Es wurde nicht aus öffentlichen Geldern, sondern aus Spenden von ehemaligen Kriegsgefangenen und von Bewohnern der Gemeinde Bretzenheim im so genannten „Tal des Jammers“ auf dem ehemaligen Gelände des Gefangenenlagers Bretzenheim an der Bundesstraße 48 errichtet.

Im letzten Kapitel meines Vortrages komme ich nun zu meiner Begründung, warum ich die Zustände in den US-Rheinwiesenslagern für ein Unrecht und für ein Kriegsverbrechen halte:

1910 wurde die Haager Landkriegsordnung von 53 Staaten, auch von der Regierung der USA, ratifiziert. Die Haager Landkriegsordnung (HLKO) ist die Anlage zu dem während der ersten Friedenskonferenz in Den Haag beschlossenen zweiten Haager Abkommen von 1899 „betreffend die Gesetze und Gebräuche des Landkriegs“, das 1907 im Rahmen der Nachfolgekonzferenz als viertes Haager Abkommen in leicht geänderter Fassung vom 26. Januar 1910 erneut angenommen wurde. Der Sinn der Kriegsgefangenschaft wurde darin gesehen, die entwaffneten feindlichen Soldaten an der Wiederaufnahme des Kampfes zu hindern. Zum Schutz der wehrlosen Kriegsgefangenen wurden daher folgende Bestimmungen beschlossen und festgelegt:

Artikel 4: Die Kriegsgefangenen unterstehen der Gewalt der feindlichen Regierung, aber nicht der Gewalt der Personen oder der Abteilungen, die sie gefangen genommen haben. Sie sollen mit Menschlichkeit behandelt werden. Alles, was ihnen persönlich gehört, verbleibt ihr Eigentum mit Ausnahme von Waffen, Pferden und Schriftstücken militärischen Inhalts.

Artikel 6: Der Staat ist befugt, die Kriegsgefangenen mit Ausnahme der Offiziere nach ihrem Dienstgrad und nach ihren Fähigkeiten als Arbeiter zu verwenden. Diese Arbeiten dürfen nicht übermäßig sein.

Artikel 7: Die Regierung, in deren Gewalt sich die Kriegsgefangenen befinden, hat für ihren Unterhalt zu sorgen. In Ermangelung einer besonderen Verständigung zwischen den Kriegsführenden sind die Kriegsgefangenen in Beziehung auf Nahrung, Unterbringung und Kleidung auf demselben Fuße zu behandeln wie die Truppen der Regierung, die sie gefangen genommen hat. Gefangene sind in jeder Beziehung den eigenen Truppen gleichzustellen. Überdies müssen die Gefangenen unter der Aufsicht des Internationalen Roten Kreuzes stehen.

Artikel 20: Nach Friedensschlusse sollen die Kriegsgefangenen binnen kürzester Frist in ihre Heimat entlassen werden. (Kriegsgefangenschaft nach Kriegsende ist ein Widerspruch in sich!)

Keine dieser völkerrechtlich verbindlich festgelegten Bestimmungen wurden von der US-Militärregierung in Deutschland 1945 eingehalten. Ein feierlich beschlossener internationaler Vertrag, der auch von der US-Regierung unterzeichnet worden war, wurde 1945 eindeutig gebrochen. General Eisenhower schuf zum Nachteil der deutschen Gefangenen eine völlig neue, ihm genehme Konstruktion, die so genannten „Disarmed Enemy Forces“, die den Gefangenen alle ihnen nach der Haager Landkriegsordnung zustehenden Rechte nahm. Deshalb bezeichne ich die Behandlung der Kriegsgefangenen in den US-Lagern auf den Rheinwiesen als ein Kriegsverbrechen.

Die mehrjährige amerikanische Hetzkampagne gegen Deutschland, aber auch die brutalen Exzesse in Deutschland gegen jüdische Mitbürger haben letztendlich zu diesem schrecklichen Zweiten Weltkrieg beigetragen. Und aus einem solchen erbarmungslosen Hass des Kriegsgeschehens heraus entstehen nun einmal diese schrecklichen Kriegsverbrechen, die man später sehr bedauert. Kriegsverbrechen, meine Damen und Herren, gehen nie von den Völkern oder Staaten aus, sondern werden verursacht von einzelnen erbarmungslosen Machtmenschen oder von Gruppen von hasserfüllten Menschen, die zu keinem Mitleid fähig sind, und die im Krieg alle Moralvorstellungen vermissen lassen.

Hier zeige ich Ihnen ein Plakat, das im Jahr 1970 zum 25jährigen Gedenken an das Leid in den Gefangenenlagern bei Kreuznach veröffentlicht wurde.

Wenn wir Deutschen nun im kommenden Jahr auf eine 70jährige Erinnerung an das schreckliche Kriegsjahr 1945 zurückblicken können, dann haben wir allen Grund dankbar und zufrieden zu sein, dass wir 70 Jahre in Frieden und in guten Lebensverhältnissen leben konnten. Vielleicht ist das der Trost aus all dem schrecklichen Leid in den Kriegs- und Nachkriegsjahren, das alle am Kriegsgeschehen beteiligten oder mit hineingezogenen Völker zu ertragen hatten.

Der Regierungspräsident

Koblenz, den 9. Mai 1945

An den
Herrn Landrat
In Bad Kreuznach

durch Kurier

Betrifft Lebensmittel für die Gefangenen

Die Militärregierung hat mich ersucht, bekannt zu geben, dass unter keinen Umständen unter der Bevölkerung Lebensmittel gesammelt werden dürfen, um sie deutschen Kriegsgefangenen zuzustellen. Wer dieses Gebot übertritt und gegebenenfalls unter Umgehung der Absperrung den Gefangenen trotzdem etwas zukommen lässt, setzt sich der Gefahr aus, erschossen zu werden. In besonderen Fällen – Zuwendungen an nahe Verwandte – kann dies nur durch den Militärkommandanten vermittelt werden. Ich ersuche, hiernach alles daran zu setzen, etwaige Sammlungen zu unterbinden und die Bevölkerung in geeigneter Weise über diesen Tatbestand aufzuklären.

Im Auftrag
gez. Unterschrift*

Gigi Romeiser
**Offener Brief an den
Bundespräsidenten Christian Wulff**

31. Januar 2011

Herr Bundespräsident!

Bußfertig eilten Sie nach Auschwitz am Holocaust-Gedenktag, den wir einem Ihrer Vorgänger zu verdanken haben, um als erster deutscher Bundespräsident dort eine Rede zu halten und die Verbrechen der Deutschen anzuprangern. Mit Ihrer Rede nehmen auch Sie unser ganzes Volk noch 66 Jahre nach Kriegsende in Sippenhaft. Eine solche Sippenhaftung sieht unser Rechtssystem nicht vor. Es ist zudem unzulässig, daß Sie durch diensteifrige Schuldbekennnisse bei Ihren Auslandsbesuchen die Würde des deutschen Volkes verletzen, das Sie Kraft Amtes zu vertreten haben. Kein Politiker irgendeines anderen Landes der Welt würde sich dermaßen erniedrigen.

Seit Jahrzehnten wartet das Deutsche Volk auf einen Politiker, der würdevoll unserer eigenen Opfer gedenkt. 15 Mio Deutsche sind umgebracht worden, davon die meisten nach dem Krieg, nach Hitler. Für sie gibt es weder einen Gedenktag noch eine Gedächtnisstätte.

Deutsche Opfer werden verhöhnt, indem geschichtsfälschend alle Verbrechen an ihnen als eine unmittelbare Folge der Hitlerpolitik erklärt, entschuldigt und kleingeredet werden.

Diese himmelschreiende Ungerechtigkeit ist nur zu bereinigen, wenn auch die Verbrechen der Siegermächte und die der Vertreiberstaaten benannt werden, die nach Öffnung vieler Archive inzwischen belegt sind:
* 15 Millionen Menschen sind vertrieben, enteignet, entrechtet und in eine Hölle geschickt worden. Ein Menschheitsverbrechen, das einmalig in der Welt da steht. „7,3 Millionen sind in der Ostzone und in den drei Westzonen angekommen. Sechs Millionen Deutsche sind vom Erdboden verschwunden. Sie sind verdorben, gestorben.“ (Kanzler Konrad Adenauer, „Erinnerungen“, „1945 - 1953“, S. 186.)

* 1042 deutsche Städte wurden bombardiert und dem Erdboden gleichgemacht, alle Städte von mehr als 3000 Einwohnern, darunter alle Großstädte. In der Wüste von Utah (USA) probten die Amerikaner während des Zweiten Weltkriegs an detailgetreu nachgebauten Miets-

kasernen die fabrikmäßig geplante Einäscherung deutscher Städte. Ein ganz Großer der modernen Architektur hat sie erschaffen – der deutschjüdische Architekt Erich Mendelsohn (DER SPIEGEL 41/1999)

* Millionen von Frauen und Kinder wurden vergewaltigt und für ihr Leben geschädigt.

* Ca. 11 Millionen deutsche Soldaten kamen in Kriegsgefangenschaft der Alliierten und wurden entgegen der Haager Landkriegsordnung an andere Länder ausgeliefert, wie Polen, Tschechei und Jugoslawien, wo sie fürchterlichen Qualen und grausamen Behandlungen ausgesetzt waren.

* die Deutschen wurden dem Hungertod preisgegeben in einem völlig zerbombten Land. Die Deutsche Ärzteschaft damals zur deutschen Ernährungslage: „Wir als deutsche Ärzte halten uns für verpflichtet, die Weltöffentlichkeit darauf hinzuweisen, daß das, was hier geschieht, das Gegenteil ist von der versprochenen ‚Erziehung zur Demokratie‘; ... Was wir erleben, ist die Vernichtung der geistigen und körperlichen Substanz eines großen Volkes...“ (Quelle: Archiv der Bundesärztekammer. Nachlaß Karl Oelemann Nr. 27: Ernährungsrat der deutschen Ärzte.).

* Die USA haben viele Todeslager auf den Rheinwiesen eingerichtet. Dort haben die Amerikaner Gefangene in voller Absicht verhungern lassen. Güterzüge des Internationalen Roten Kreuzes mit Lebensmitteln und Medikamenten wurden mit der Behauptung zurückgeschickt, es seien ausreichend Lebensmittel vorhanden. Vor den Augen der Verhungerten wurden Lebensmittel verbrannt. Den Gefangenen wurde unter Mißachtung der Genfer Konvention der Kriegsgefangenenstatus aberkannt (s. James Bacque „Der geplante Tod“). „Sie litten Hunger und waren der Witterung schutzlos ausgesetzt“, sagten Sie, Herr Bundespräsident, in Auschwitz am 27.1.2011, wobei Sie offensichtlich nicht an die deutschen Opfer dachten.

* 1/3 unseres Landes (164.497 qkm) mit unermesslichen Werten wurde uns genommen.

* 346.000 deutsche Patente wurden konfisziert, 20.870 deutsche Warenzeichen, 50.000 neue Farbformeln.

* 523 deutsche Wissenschaftler wurden in die USA überführt und unzählige in die Sowjetunion. Allein 700 führende Fachleute von Junkers (Flugzeugwerke Dessau) wurden mit ihren Familienangehörigen (über 2500 Personen) in die Sowjetunion deportiert am 22. Oktober 1946.

(Nahezu alle Industriezweige waren betroffen und führende Hochschulprofessoren. Keiner hatte einen Arbeitsvertrag oder Ausweis.)

* Unersetzliche Kunstwerke wurden uns geraubt. U. a. wurden 52 Waggons mit Gold- und Silberbarren, Juwelen, Perserteppichen, über 1000 Ölgemälden, Kisten voller Goldmünzen, Tafelsilber, Porzellan, wertvollen Briefmarkensammlungen, Pelzen und seltenen Büchern am 17.4.1945 von amerikanischen Truppen beschlagnahmt. Fachleute sprechen vom Raub des Jahrhunderts.

* Unsere Goldreserven aus dem Salzbergwerk Merkers wurden geraubt und 2,75 Milliarden RM in Papiergeld. Auch Devisen und Gold der Berliner Reichsbank blieben verschwunden (300 Mio RM). Die USA beschlagnahmte völkerrechtswidrig auch das deutsche Vorkriegsvermögen von rund 600 Mio Dollar – Adenauer bemühte sich 1957 vergeblich um die Rückgabe. Hinzukommen Unsummen für Reparationen, Leistungen aus laufenden Produktionen, Besatzungskosten und bis in die heutige Zeit Stationierungskosten (wir sind noch immer ein besetztes Land).

* Unsere wertvollen Wirtschaftsanlagen wurden demontiert und mitgenommen.

Herr Bundespräsident,

Sie betonen unermüdlich: Wir müssen die Erinnerung wach halten. Aber bitte alle Erinnerungen und nicht nur Teilausschnitte, die ausnahmslos zu Lasten Deutschlands gehen. Pat Buchanan, republikanischer Bewerber für das Amt des amerikanischen Präsidenten sagte einmal: „Die Welt weiß alles, was die Deutschen getan haben, aber sie weiß nichts über das, was den Deutschen angetan worden ist.“

Sie verkünden, daß wir in tiefer Freundschaft mit unseren polnischen Nachbarn verbunden sind.

Freundschaft gibt es nur in einer Atmosphäre des Vertrauens, der Offenheit, der Wahrheit und des gegenseitigen Respekts. Dauerhaft unterdrückt wird die Rolle Polens vor dem Zweiten Weltkrieg. Polen lebte mit keinem seiner Nachbarn in Frieden (außer mit Lettland und Rumänien). Polen hat ab 1920 schwere Menschenrechtsverletzungen an den 11 Millionen Menschen der nichtpolnischen Minderheiten (Deutsche, Juden, Ukrainer, Weißrussen) im Vielvölkerstaat begangen. Am 14. Dezember 1931 beschreibt der englische MANCHESTER GUARDIAN die polnische Nationalitätenpolitik als eine „Hölle“.

Am 15. Juni 1932 berichtet Lord Noel-Buxton: „...Aus dem Korridor und aus Posen sind bereits nicht weniger als 1 Million Deutsche seit der Annexion abgewandert, weil sie die Bedingungen dort unerträglich finden.“ Ministerpräsident Tusk stellte völlig selbstverständlich fest, für Polen ist Vertreibung kein Thema.

Das ist ungeheuerlich und von deutscher Seite hätte man umgehend dagegen vorgehen müssen.

Ständig werden neue Massengräber mit deutschen Opfern auf jetzt polnischem Gebiet gefunden, die Überreste werden ohne Untersuchung mit Schaufelbaggern entsorgt und deutsche Politiker schauen tatenlos zu und sind an keiner Aufklärung interessiert. Auch von Ihnen werden diese Toten ignoriert und damit noch im Tode ihrer Würde beraubt. Indem unsere Politiker und insbesondere die Bundeskanzlerin, der Außenminister und Sie als der höchste Repräsentant unseres Vaterlandes, ständig deutsche Schuld heraufbeschwören und gütig über die der anderen hinwegsehen, ja sogar die geschichtliche Wahrheit leugnen (z.B. als Frau Steinbach von der Teilmobilmachung Polens sprach) bleibt die Freundschaft illusorisches Wunschdenken.

Der damalige Staatspräsident Polens, Lech Walesa, durfte sich 1992 unwiderrprochen in unentschuldbarer Art und Weise über unser Land äußern: „Wenn die Deutschen erneut Europa in der einen oder anderen Art destabilisieren, sollte man nicht mehr zu einer Aufteilung Zuflucht nehmen, sondern dieses Land einfach von der Landkarte ausradieren. Der Osten und der Westen besitzen die notwendigen fortgeschrittenen Technologien, um diesen Urteilsspruch durchzuführen.“

Wir leisten Entschädigungszahlungen an Polen, obwohl Millionen Deutsche um ihren gesamten Besitz gebracht worden sind und wir um große Teile unseres Landes. Das hat mit Freundschaft nichts, aber auch gar nichts zu tun. Das ist eine verabscheuungswürdige Kriecherei auf Kosten des Deutschen Volkes, auf dessen Vertretung Sie als Präsident vereidigt worden sind.

Sie sagten jetzt in Auschwitz, Herr Bundespräsident: „Die heutige Jugend muss die Wahrheit über das nationalsozialistische Terrorregime kennen...“ und weiter: „Deshalb hatte ich im vergangenen November Jugendliche eingeladen, mich nach Israel und Yad Vashem zu begleiten.“ Ich halte dies für eine unzulässige Indoktrination von jungen Menschen, die um so schlimmer ist, als ihnen der vollständige geschichtliche Hintergrund vorenthalten wird.

Unsere Geschichte schreiben die Sieger, was von den Repräsentanten unseres Landes ohne jeglichen Widerspruch hingenommen wird. Unsere Kinder und Studenten verlassen gehirngewaschen die Schulen und Universitäten und die nach dem Krieg eingeführte Lizenzpresse rundet das Bild ab. Wer nicht politisch korrekt denkt, wird in vielen Fällen angezeigt, zu Geldstrafen verurteilt oder zu Gefängnis, verliert seinen Job oder seine Existenz (erinnern Sie sich noch an den Abgeordneten Martin Hohmann?). Wissen Sie überhaupt, daß inzwischen weit über 100.000 Menschen in unserem Land wegen sog. Meinungsdelikte zu Geld- oder Gefängnisstrafen verurteilt worden sind? Ich erinnere Sie auch an das Schlesiertreffen in Hannover, bei dem Sie als Ministerpräsident Niedersachsens, das Auslegen und den Verkauf von Büchern untersagt haben, die in jedem Buchladen frei verkäuflich waren und nicht auf dem Index standen. Eine Zensur, die eindeutig Artikel 5 unseres Grundgesetzes verletzt hat.

Genauso rechtswidrig wollten Sie Herrn Sarrazin aus der Bundesbank entfernen.

Wenn Sie junge Menschen in Ihre Politik einbeziehen wollen, müssen Sie selbst ein Vorbild sein.

Herr Bundespräsident, fangen Sie jetzt damit an!!!

Gigi Romeiser

ePost: Gigi.Romeiser@gmx.de

Gigi Romeiser war 1989 für ihren jahrzentelangen ehrenamtlichen Einsatz in der Elternarbeit zum Wohle der hessischen Kinder das Bundesverdienstkreuz verliehen worden. Nachdem Michael Friedmann das Bundesverdienstkreuz für seine Verdienste um das Zusammenleben deutscher und jüdischer Bürger erhalten hatte, gab sie 2001 ihr Bundesverdienstkreuz und das ihres verstorbenen Ehemannes mit ausführlicher Begründung zurück.

Dieses Buch ist ein Aufruf an alle Deutschen, unser Deutschland zu erhalten, anstatt es abzuschaffen. Wer sich dem anschließt, muß für ein Europa der Vaterländer und nicht für einen europäischen Superstaat im Sinne der Brüsseler Union eintreten. Dazu ist das Erbe der Väter zu erhalten und weiter zu entwickeln. Vor allem ist die deutsche Sprache zu pflegen und die Revision der kriminalisierten deutschen Geschichte voranzubringen. Dieser geistige Vorgang soll zu dem notwendigen Selbstbewusstsein und dem aufrechten Gang führen. Das ist nur durch die Abschaffung der maßlos übertriebenen und zur Schau gestellten Bußkultur zu bewerkstelligen. Die Kollaboration mit den ehemaligen Siegern des zweiten Weltkrieges ist in ein normales Bündnissystem umzuwandeln, das deutschen Interessen entspricht. Als eine Macht des dritten Gliedes ist der Bundesrepublik äußerste Zurückhaltung in der Außenpolitik und bei öffentlichen Stellungnahmen abzufordern. Außerdem ist mit Nachdruck auf dem Friedensgebot des Grundgesetzes zu bestehen. Daran kann auch das vasallenartige Verhältnis zu den USA nichts ändern. Öffentlicher Protest ist gegen den schleichenden Abbau der Demokratie und ihrer Regeln zu erheben. Der Beweis für die Schwierigkeiten der politischen Klasse mit der Demokratie ist neuerdings durch die üblen Verdächtigungen und unzutreffenden Verleumdungen der Partei „Alternative für Deutschland“ (AfD) und der Bewegung PEGIDA (Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes) erbracht. Die Sorge um den Machterhalt lässt offensichtlich die ansonsten geforderten demokratischen Verhaltensweisen und Spielregeln vergessen. Kritik an den herrschenden Zuständen, wie zum Beispiel der überbordenden Asyl- und Zuwanderer-Politik hat sich natürlich nicht gegen „Ausländer“, sondern gegen diejenigen zu richten, die schlechte deutsche Politik betreiben. Die Vernachlässigung des Eigenen, also der Wertewelt und Lebensform, nimmt überhand und erweckt den Eindruck, als geschehe dies in voller Absicht. Dies an Selbstaufgabe grenzende Verhalten ist mit allen demokratischen Mitteln zu bekämpfen. Der mangelnde Wille der politischen Klasse, den Willen des Volkes zu erforschen und diesen, soweit möglich, umzusetzen, muß notfalls gerichtlich beklagt werden. Der mündige Staatsbürger muß sich politisch engagieren und darf mißliche Zustände nicht einfach hinnehmen.



Der Autor, Brigadegeneral a.D., war von 1994 bis 2008 Vorsitzender der SWG.

MB

112 Seiten broschiert, € 9,80, ISBN 978-3-89180-149-9

Kritisch, konstruktiv. Klartext für Deutschland.

Die Preußische Allgemeine Zeitung greift ohne Polemik, aber mit klarem Standpunkt all die Themen auf, an die sich die meisten anderen Medien nicht mehr herantrauen. Mit ihren breitgefächerten Themen zu Politik, Kultur und Geschichte des Abendlandes schlägt sie Brücken zwischen Gestern und Heute.

Jetzt 4 Ausgaben

kostenlos testen!



Bestellen Sie telefonisch
unter 040-414 008 42 oder per Mail an
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Die Wochenzeitung für Deutschland.



swg